

Neue Beweise zu Greifeld-Verbrechen KIT-Ehrensensortitel endlich annullieren!



27. Juni 2014

INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN

**Dokumente zur Erklärung von
Forum Ludwig Marum, Initiative gegen Militär-
forschung an Universitäten, VVN-BdA & FIR**

**KIT Karlsruhe, Ehrensensort Greifeld,
Alt-Nazi und Atom(waffen)manager**

26.06.2014 Presse-Erklärung Forum Ludwig Marum, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, VVN-Bund der AntifaschistInnen & FIR auf der Grundlage der Tagebuch-Aufzeichnungen 1940/41 von Edouard Bonnefoy	3-4
23.06.2014 Übersetzung des in der Erklärung zitierten Zeugnisses über die Widerstandstätigkeit von Edouard Bonnefoy	5
29.04.2014 Brief Dietrich Schulze an Solange Bonnefoy wegen Akteneinsicht in Lyon mit drei erläuternden Anlagen	6-10
Febr. 2014 Gegen Vergessen – Für Demokratie „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934–2004)“ Ergebnisse Karlsruher Workshop. Christof Müller-Wirth	11-13
04.01.2014 Stuttgarter Zeitung „KIT erforscht NS-Vergangenheit von Gründungsfigur“ Atomforschungs-Patron Rudolf Greifeld könnte an Verbrechen beteiligt gewesen sein. Stefan Jehle	13
25.12.2013 Neue Rheinische Zeitung „Der Spurensucher Rusinek“ KIT-Ehrensensort Greifeld: Nazi, Antisemit, Atom(waffen)technologie-Exporteur. Dietrich Schulze	14-17
18.12.2013 Badische Neueste Nachrichten „Keine Spuren von Greifeld“ Historiker Rusinek legt erste Ergebnisse seiner NS-Untersuchung zum KIT vor. Klaus Gaßner	18
23.10.2013 Neue Rheinische Zeitung "Geschichtswerkstatt gegen Vergessen" PM „Forum Ludwig Marum“ über Symposium „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934-2004)“	19-20
10.10.2013 „Der verfolgte Nazi-Jäger“ Einladung und Wort zum Gruenbaum-Symposium am 19. Oktober in Karlsruhe von Harald Denecken und Dietrich Schulze	21-23
27.07.2013 Badische Neueste Nachrichten „Gruenbaum versus Greifeld“ Symposium in Karlsruhe will Licht in die Verstrickungen des Forschungszentrums bringen. Klaus Gaßner	24
26.06.2013 Neue Rheinische Zeitung „Atomare Geschichtsentsorgung“ KIT Karlsruhe: Aufarbeitung der NS-Verstrickungen der deutschen Atomforschung. Dietrich Schulze	25-28
26.03.2013 Pressemitteilung von 15 Gruppen „Ehrensensortwürde für Rudolf Greifeld beenden!“	29

15.03.2013 Badische Neueste Nachrichten „Die NS-Zeit holt nun auch das KIT ein“ Klaus Gaßner	30
05.01.2013 Presse-Mitteilung "Zivilcourage gegen skandalöse Ehrensensatorwürde gefragt" Ex-Atommanager, Alt-Nazi und Antisemit Greifeld: KIT verschleppt Entscheidung. Dietrich Schulze für Brief-UnterzeichnerInnen an KIT vom 10.09.2012	31-32
28.12.2012 Frankfurter Allgemeine Zeitung „Geschichte eines Ehrensensors“ Rüdiger Soldt	33
10.09.2012 Brief an KIT: Drei ehem. KIT-Beschäftigte fordern KIT-Präsident Umbach zur Annullierung der KIT-Ehrensensatorwürde für Greifeld auf. Antwort vom 01.10.2012	34-36
Juni 2012 Tagung Jetzt entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs»Dienstleister«? am KIT über Zivilklausel, Rüstungs- und Atomforschung. "Option Atomwaffenstaat?" Harry Block	37-38
02.05.2012 KONTEXT „Die Pakistan-Connection“ Meinrad Heck über Rolle des Kernforschungszentrum	39-41
31.05.2011 Ossietzky „Atomkraftkultur - Nein Danke!“ KIT-Forschungsprogramm Transmutation, Atomkraft und Atomwaffen-Optionen damals und heute. D. Schulze	42
Mai 2011 Neue Rheinische Zeitung „Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur!“ Warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betreiben sollten. Die Schimären Transmutation und Kernfusion am KIT in Karlsruhe. „In Memoriam Leon Grünbaum (1934 - 2004)“ Genese der Plutonium-Tritium-Diktatur. Drei-Teiler Dietrich Schulze	43-56
10.05.2010 german-foreign-policy.com „Die brasilianische Bombe“ und der „strategische Partner“	57-58
23.09.2008 junge Welt „Altnazis schoben BRD-Atomprogramm mit an“ Reimar Paul	59
Jahr 1988 Karlsruher Stadtzeitung „Gegendruck“ NATO für Karlsruhe als Atomforschungs-Standort. Beweis: Original des Speidel-Schreibens vom April 1955	60
Mai/Juni 1982 KiK Magazin Karlsruhe "Das deutsche Atom-Kartell - Von Hitlers Atombombenprojekt zum »Schnellen Brüder«". Eine fundierte Analyse von Hans Nuns	61-78
Nov. 1979 Lateinamerika Nachrichten „Das deutsch/brasilianische Bombengeschäft“ Helmut Lorscheid „Alte Nazis in der Atomforschung“	79
06.12.1975 Stuttgarter Zeitung „Greifeld verzichtet“	80
26.11.1975 Frankfurter Allgemeine Zeitung „Ärgernis am ILL in Grenoble – 350 französische Wissenschaftler fordern die Abberufung von R. Greifeld“ Kommentar „Vermeidbare Blamage“	80
Okt./Nov. 1975 Le Monde „Le très zélé Dr. Rudolf Greifeld“ (nach SPIEGEL-Artikel 41/1975 „Affären: Publicity vermeiden“ über die militärisch-atomare Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Südafrika und die Mitwirkung des Kernforschungszentrums dabei) mit Email von Beate Klarsfeld an Dietrich Schulze vom 28.05.2006. Übersetzung des Le Monde Artikels "Der äußerst diensteifrige Dr. Rudolf Greifeld"	81-84

Zusammenstellung: Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de

Erklärung 26. Juni 2014

Neue Beweise zu Greifeld-Verbrechen

KIT-Ehrensensatortitel endlich annullieren

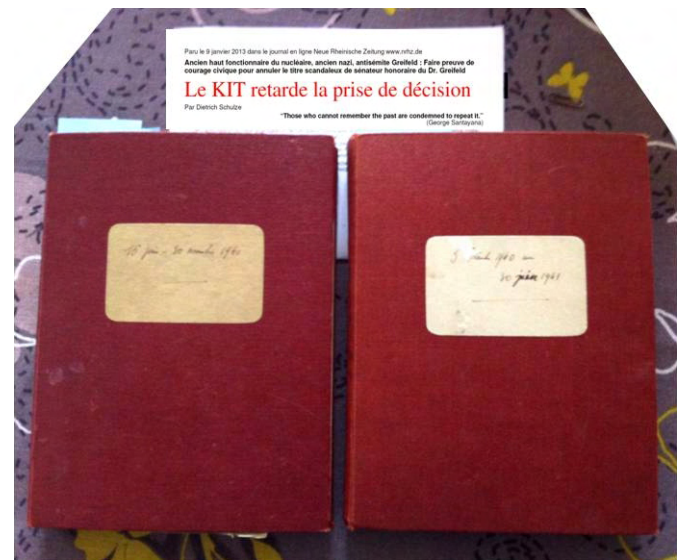
Kurz nach dem 70. Jahrestag des D-Day konnten weitere hochinteressante Originalakten aus den Jahren 1940/41 über die Maschinerie der deutschen Kriegsverbrechen im besetzten Frankreich ausgegraben werden.

Die Beweise über die antisemitische Mittäterschaft von SS-Kriegsverwaltungsrat Rudolf Greifeld (1929-1984) an führender Position im deutschen Besatzungsregime in Paris sind seit langer Zeit erdrückend. Gleichwohl verschleppt das Karlsruher Institut für Technologie KIT seit zwei Jahren systematisch die Forderung nach Annullierung der Ehrensensatorwürde für Greifeld, die ihm 1969 von der Universität Karlsruhe verliehen wurde.

Dietrich Schulze von der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten hat in Lyon Zugang zu den persönlichen Tagebuch-Aufzeichnungen (Bild 1) des Kabinettsmitglieds der Seine-Präfektur der Vichy-Regierung Edouard Bonnefoy erhalten, der die Anweisungen des Sprechers der Nazi-Wehrmachtkommandantur von Groß-Paris Greifeld umzusetzen hatte.

Zur behaupteten Verschleppung. Die Badischen Neuesten Nachrichten titelten Ende 2013 über die Zwischenergebnisse des vom KIT eingesetzten Historikers Bernd-A. Rusinek „Keine Spuren von Greifeld“. In einer ausführlichen Gegen-Analyse in der Neuen Rheinischen Zeitung unter dem Titel „Der Spurensucher Rusinek“ wurden zusätzliche Fakten aufgrund einer 1999 an der Universität Lyon vorgelegten Diplomarbeit veröffentlicht, die auf den genannten Tagebuch-Aufzeichnungen aus der Zeit 1940/41 beruhen.

Bonnefoy war 1944 wegen Zusammenarbeit mit der Resistance verhaftet und nach Neuengamme deportiert worden. Er ging mit der „Cap Arcona“ unter. Seine Aufzeichnungen gelangten nach dem Tod von Bonnefoys Frau 1989 in den Besitz seiner Schwiegertochter Solange Bonnefoy. Diese hatte bei einem Auschwitz-Besuch 1996 den Lyoner Geschichtswissenschaftler Prof. Bruno Benoit über die Existenz der Aufzeichnungen informiert, der die Diplomarbeit von Elodie Prost in die Wege leitete. Die Zusammenarbeit Bonnefoys mit der französischen Widerstandsbewegung ist in mehreren Zeugnissen und Ehrungen bestätigt worden, z.B. im Juni 1948 von einem Verantwortlichen der Rhone-Präfektur und Träger der Medaille des Widerstands (Bild 2).



(1) Original-Tagebücher von Edouard Bonnefoy „16 juin – 30 novembre 1940“ „3 décembre 1940 – 30 juin 1941“

Solange Bonnefoy gebührt großer Dank für die Ermöglichung des Zugangs zu den Aufzeichnungen. Mit dieser Originalquelle kann nunmehr zweifelsfrei bewiesen werden:

- Greifeld forderte Listen von jüdischen Beschäftigten der Pariser Stadtverwaltung an. Solche Listen waren bekanntlich der erste administrative Schritt für die Deportation in die Vernichtungslager.
- Greifeld bereitete mit organisatorischen Anweisungen den Hitler-Besuch in Paris vor, an dem er angeblich nicht beteiligt war.
- Greifelds lebenslang praktizierter Antisemitismus kann mit neuen Zitaten belegt werden: "Bei der Herstellung einer neuen Ordnung in Europa gibt es drei Gruppen von Gegnern, die weggefegt werden [...] das sind die Juden, die Freimaurer und die Plutokraten, diejenigen, die bereit sind, in den Krieg zu treiben, um Geld zu verdienen." [...] „Greifeld ist verwundert, dass die französische Regierung gegen die Juden keine energischeren Maßnahmen unternimmt [...] erklärt, dass die jüdischen Frechheiten kein Ende nähmen und dass es wünschenswert sei, dass eine gute Ordnung hergestellt wird gegen diese jüdische Bewegung, die für den Krieg verantwortlich ist und fortfährt, unschuldige Bevölkerungen in den Krieg zu treiben.“
- Der bekannte französische Physiker Paul Langevin war von der deutschen Besatzungsbehörde wegen seiner antifaschistischen Haltung verhaftet worden. Bonnefoy verweist Greifeld auf die Bedeutung von Langevins Tätigkeit als Direktor des Pariser Instituts für Physik und Verfahrens-Chemie. Greifeld bleibt untätig. Langevin gelang aber später mit Hilfe der Resistance die Flucht. Greifeld besaß in den 1970er Jahren als Atom-Manager die Unverfrorenheit, sich für die deutsche Seite in das Führungsgremium der Internationalen Forschungseinrichtung „Institut Laue-Langevin“ in Grenoble delegieren zu lassen.

In mehreren Appellen, zuletzt auf einem Symposium des Forum Ludwig Marum am 19. Oktober 2013 unter Teilnahme von Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup vorgetragen, wurde die Annullierungsforderung immer wieder unterstützt und bekräftigt, ohne dass vom KIT-Präsidium und der damit befassten Ethik-Kommission Konsequenzen gezogen worden wären.

Die unterzeichnenden Gremien-VertreterInnen fordern aufgrund dieser neuen Beweise nunmehr KIT-Präsident Prof. Holger Hanselka und KIT-Vizepräsidentin Dr. Elke Barnstedt als Vorsitzende der Ethik-Kommission auf, unverzüglich eine Entscheidung des KIT-Senats über die Annullierung dieses schändlichen Ehrensamtstitels einzuleiten.

Das ist auch als längst überfälliger und begrüßenswerter Beitrag zur deutsch-französischen Freundschaft zu verstehen.

Unterzeichner:

Forum Ludwig Marum e.V. (Harald Denecken, Vorsitzender), Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (Nadja Brachmann, Dagmar Hamdi, Dr. Ullrich Lochmann, Dr. Dietrich Schulze, SprecherInnenkreis), VVN-Bund der AntifaschistInnen e.V. (Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher und Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer FIR)

PRÉFECTURE
DU RHÔNE
CABINET DU PRÉFET
N° CAB/3FP

RÉPUBLIQUE FRANÇAISE
LIBERTÉ - ÉGALITÉ - FRATERNITÉ
Lyon, le 23 juin 1948

Je soussigné, Jean FERRAUD PRADIER, Chevalier de la Légion d'Honneur, Croix de Guerre 39-45 (au titre des Mérites de Sologne), Médaille de la Résistance (avec rosette), Préfet, adjoint au Préfet du Rhône, certifie, que M. BONNEFOY, arrêté par la Gestapo en Mai 1944, alors qu'il était Préfet Régional à Lyon, était en liaison intime avec les Organismes clandestins de la Résistance. Il ne lui fait aucun doute, que le M.A.P. notamment, a dû, en son temps, prendre en charge ce grand Français dont la participation active à la Résistance ne semble pas susceptible d'être mise en doute.



(2) Zeugnis vom 23. Juni 1948 über Edouard Bonnefoys Tätigkeit im Widerstand

RHONE-PRÄFEKTUR

KABINETT DES PRÄFEKTEN

Nº

CAB/JPP

FRANZÖSISCHE REPUBLIK
FREIHEIT – GLEICHHEIT – BRÜDERLICHKEIT

Lyon, den 23. Juni 1948

Ich, der Endunterzeichnete Jean PERREAU PRADIER, Ritter der Ehrenlegion, Träger des Croix de Guerre 1939–1945 (für die Widerstandsbewegung von Sologne) sowie der Médaille de la Résistance (mit Rosette), Präfekt sowie Stellvertretender Präfekt, bescheinige hiermit, dass Monsieur BONNEFOY, der von der Gestapo im Mai 1944 verhaftet wurde, als er Regionalpräfekt in Lyon war, in engster Verbindung mit den illegalen Organisationen der Résistance stand.

Es steht für ihn außer Zweifel, dass die Widerstandsorganisation N.A.P. damals die Verbindung mit diesem großen Franzosen herstellen musste, zu dessen aktiver Beteiligung am Widerstand es nicht den geringsten Zweifel geben kann.

(Rundsiegel:)

Rhône-Präfektur –
Kabinett des Präfekten

(gez.: Unterschrift)

Übersetzung des abgebildeten französischen Originals >>>

HB
**PREFECTURE
DU RHÔNE**

CABINET DU PRÉFET

Nº CAB/JPP

RÉPUBLIQUE FRANÇAISE
LIBERTÉ - ÉGALITÉ - FRATERNITÉ

Lyon, le 23 juin 1948

Je soussigné, Jean PERREAU PRADIER, Chevalier de la Légion d'Honneur, Croix de Guerre 39-45 (au titre des Méquis de Sologne), Médaille de la Résistance (avec Rosette), Préfet, adjoint au Préfet du Rhône, certifie, que M. BONNEFOY, arrêté par la Gestapo en Mai 1944, alors qu'il était Préfet Régional à Lyon, était en liaison intime avec les Organismes clandestins de la Résistance. Il ne lui fait aucun doute, que le N.A.P. notamment, a du, en son temps, prendre en charge ce grand Français dont la participation active à la Résistance ne semble pas susceptible d'être mise en doute.



Erläuterungen:

Croix de Guerre – Kriegskreuz

Médaille de la Résistance - Medaille des Widerstands

N.A.P Noyautage des administrations publiques – Unterwanderung der öffentlichen Verwaltungen. Eine Widerstandsorganisation im besetzten Frankreich.

Dr. Dietrich Schulze
Winterstr. 27
D-76173 Karlsruhe
Allemanne

29. April 2014

Mme. Solange Bonnefoy

Adresse

LYON France



Sehr geehrte Frau Bonnefoy,

ein Leben lang habe ich mich mit dem Antisemiten und Kriegs-Besatzer Dr. Rudolf Greifeld (1911-1984) beschäftigt und bin erst im letzten Jahr auf die Diplomarbeit von Elodie Prost aufmerksam geworden. Die heutige Mitteilung meines Freundes Rolf Junghanns, dass Sie uns Kopien von wichtigen Passagen aus dem Tagebuch von Edouard Bonnefoy über die verbrecherischen Handlungen Greifelds 1940/1941 überlassen können, hat mich glücklich gemacht.

Zu meiner Person. Ich war als Wissenschaftler von 1966 – 2005 am Kernforschungszentrum im Bereich der Hochenergiephysik und später als Betriebsratsvorsitzender tätig und habe Greifeld als autoritären Antisemiten persönlich erlebt.

Seit vielen Jahren kämpfen wir darum, dass die Ehrensensatorwürde, die 1966 von der Universität Karlsruhe an Greifeld ohne Kenntnis von dessen Tätigkeit in der Militärverwaltung des besetzten Paris verliehen wurde, annulliert wird. Die Tagebuch-Dokumente sind das beste Beweis-Material, das leider in der Bundesrepublik bisher völlig unbekannt ist.

Um Ihnen einen Eindruck von unserer jüngsten Arbeit zu vermitteln, lege ich Ihnen eine gekürzte Pressemitteilung über ein Symposium des Forum Ludwig Marum im Oktober 2013 (**Anlage 1**) bei, das von mir im Auftrag des Forums organisiert worden ist. Im Mittelpunkt stand die mutige Persönlichkeit von Léon Gruenbaum (1934-2004). Er hatte Anfang der 1970er Jahre mit Hilfe von Serge und Beate Klarsfeld das bis dahin sorgsam gehütete Geheimnis über Greifelds Teilnahme an den deutschen Kriegsverbrechen aufgedeckt.

1975 hatten daraufhin 400 WissenschaftlerInnen am Institute-Langevin in Grenoble, in dessen Verwaltungsrat Greifeld damals war, dessen Entfernung durchgesetzt. 1976 hatte Forschungsdirektor G. Amsel von der Universität Paris VII in einem Protestschreiben vom zuständigen deutschen Ministerium im Interesse der deutsch-französischen Freundschaft Greifelds Demissionierung verlangt (**Anlage 2**).

Offensichtlich waren damals die Bonnefoy-Tagebücher auch in Frankreich nicht bekannt. Dass Greifeld von Bonnefoy erfolglos um Schonung des berühmten Wissenschaftlers Langevin gebeten wurde, hätte damals noch eine ganz andere Wirkung gehabt.

Die uns am meisten interessierenden Tagebuch-Aufzeichnungen hat Rolf Junghanns anhand von vier Passagen aus der Prost-Diplomarbeit zusammen gestellt (**Anlage 3**).

Wenn wir Anfang Juni die Kopien für die Unterstützung der Annullierungsforderung bekommen könnten, wären wir Ihnen unendlich dankbar.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Dietrich Schulze

3 Anlagen

Geschichtswerkstatt gegen das Vergessen

Symposium „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934-2004)“ Karlsruhe

Das Symposium des „Forum - Ludwig Marum“ am Samstag, den 19. Oktober, hatte den Charakter einer inspirierenden Geschichtswerkstatt. Fünf konzentrierte Lernstunden über die Zivilcourage eines französischen Wissenschaftlers aus einer von den Nazis verfolgten jüdischen Familie und dessen zweite Verfolgung durch einen Atom-Manager am Kernforschungszentrum, einem der beiden Vorläufer des Karlsruher Instituts für Technologie KIT.

Ein bewegender Höhepunkt gleich zu Beginn, der Beitrag von Léon Gruenbaums in Paris lebender Witwe Rolande Tordjman-Gruenbaum, die ebenfalls einer jüdischen Familie entstammt. Sie sprach über das Nazi-Verbrechen an der aus Polen geflohenen deutschen Familie, deren größter Teil in Auschwitz umkam und über die psychischen Langzeitfolgen für Léon. Sie erklärte: „Léon ist unter uns.“



Frank Mentrup, dem Karlsruher Oberbürgermeister, wurde für sein ermutigendes und engagiert vorgetragenes Grußwort, dass die

Harald Denecken (1. vl) Rolande Tordjman-Gruenbaum (2. vl),
Wolff Geisler (4. vl), Dietrich Schulze (5. vl),
Christof Müller-Wirth (6. vl), Nadja Brachmann (8. vl)

mit dem Ausgrabungsprojekt des Symposiums zusammenhängenden Probleme einer Lösung zugeführt werden mögen, von den TeilnehmerInnen nachdrücklich gedankt. Zu diesen Problemen gehören die vor einem Jahr gut begründete Forderung nach Annullierung der KIT-Ehrensensator-Würde für den NS-belasteten Verfolger und Atom-Manager Greifeld.

Über die aktuelle und die geschichtliche Dimension dieser Probleme sprachen Dietrich Schulze, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender am Forschungszentrum und Wolff Geisler aus Köln, Arzt und Autor, aktiv in der früheren Anti-Apartheid-Bewegung. Wolff Geisler konnte als Zeitzeuge Léon Gruenbaum porträtieren, mit dem er gegen die illegalen deutschen Atom-Exporte an Diktaturen eng zusammen gearbeitet hatte. Wie Dietrich Schulze zu Beginn seines Beitrags schilderte, hatte der Autor Robert Jungk die persönliche Bekanntschaft von Léon Gruenbaum in Paris gemacht und in seinem Buch „Der Atomstaat“ die ihm aufgrund seiner Aufdeckungen drohenden Gefahren beschrieben, ebenso wie die autoritären und antisemitischen Machenschaften am Kernforschungszentrum.

Den Schlusspunkt des Symposiums setzten Studierende mit Überlegungen zum „Lernen aus der Geschichte“. Nadja Brachmann, Präsidentin des Studierendenparlaments am KIT, sprach über die konkrete Verantwortung der Wissenschaften. Lernen von Whistleblower und Aufklärer Léon Gruenbaum bedeute vor allem „genau hinsehen“ statt „wegsehen oder vergessen“.

Christof Müller-Wirth, Verleger und Journalist, Ehrenmitglied des Fördervereins „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ betonte in seinem Schlusswort, dass die Annullierung der KIT-Ehrensensator-Würde für Rudolf Greifeld eine der wichtigsten Schlussfolgerungen aus dem Symposium ist.

Mehr Informationen: <http://www.forum-ludwig-marum.de/veranstaltungen/symposium-gruenbaum/>

UNIVERSITÉ PARIS VII
GROUPE DE PHYSIQUE DES SOLIDES
DE L'ÉCOLE NORMALE SUPÉRIEURE

(LABORATOIRE ASSOCIÉ AU CENTRE NATIONAL DE LA RECHERCHE SCIENTIFIQUE)

Tour 23, 2, place Jussieu, 75221 Paris Cedex 05

TELEPHONE 336 25-25 - 325 12-21 - POSTE

PARIS, le 27 Février 1976.

Monsieur MATTHOFER,
Ministre Fédéral de la Recherche
et de la Technologie,
B.P. 120370,
53 BONN 12

Allemagne

Monsieur le Ministre,

Je me permets de vous écrire au nom de mes collègues à la suite de la lettre que m'a adressée de votre part Monsieur le Directeur Ministériel Dr. F. Bischoff le 18.12.1975 et dont je vous remercie. Les 400 physiciens des solides français signataires de la motion de mandat le départ de Monsieur R. Greinfeld du Comité de Direction de l'Institut von Laue-Langevin de Grenoble, ont accueilli avec satisfaction la réalisation de leur souhait. Cependant, nous avons été informés de diverses sources de l'interprétation de notre action qu'on fait circuler de façon officieuse auprès du personnel du Centre de Recherches Nucléaires de Karlsruhe. Il apparaît que cette action aurait été qualifiée de complot entre des physiciens allemands et français en vue de saboter l'amitié franco-allemande.

Au nom des signataires je m'adresse à vous, Monsieur le Ministre, pour vous demander de réagir avec énergie contre ces insinuations calomnieuses contre lesquelles nous élevons la protestation la plus indignée. Les physiciens ayant initié l'action au sujet de Monsieur R. Greinfeld sont de toute tendance politique, n'ont pris connaissance des faits que par la presse et n'ont eu de contacts à ce sujet avec aucun physicien allemand. Les signataires représentent plus de la moitié des physiciens français des solides et comptent parmi eux quelques uns des chercheurs de la plus haute notoriété internationale dans ce domaine. C'est précisément pour défendre l'amitié franco-allemande qu'il se sont élevés contre la présence au sein d'un organisme franco-allemand d'un homme au passé trouble. Rejeter avec force les séquelles du nazisme est une attitude qui ne relève d'aucune option politique mais est le devoir de tout honnête homme et nous sommes certains, Monsieur le Ministre, que vous partagez avec nous ce sentiment. La certitude de ce sentiment commun est en fait le ciment même qui a permis de rebâtir l'amitié franco-allemande après la guerre.

et permet aujourd'hui la collaboration harmonieuse entre physiciens allemands et français.

S'il était confirmé que de tels bruits sont répandus au sujet de notre action, si ces bruits n'étaient pas rapidement, officiellement et publiquement démentis, au besoin par la reprise de l'enquête commencée par le Dr. Bischoff au sujet de Monsieur R. Greifeld, l'injure faite à la communauté scientifique française serait difficilement réparable et porterait alors, et alors seulement un préjudice grave à l'esprit d'amitié dans la collaboration franco-allemande, à laquelle nous tenons tous.

Nous espérons, Monsieur le Ministre, recevoir de vous rapidement une réponse rassurante sur cette grave question, et vous prions dans cette attente, de croire à nos sentiments les plus dévoués.

pour les signataires,

G. AmseL

G. AMSEL,
Directeur de Recherche au Centre
National de la Recherche Scientifique.

copie à :-Monsieur le Secrétaire parlementaire, Docteur HAUFF,
-Monsieur le Directeur Ministériel, Docteur BISCHOFF,
-Monsieur le Secrétaire d'Etat HAUENSCHILD, Président
du Conseil d'Administration du Centre d'Etudes
Nucléaires de Karlsruhe,
-Monsieur le Président de la Société Française de Physique.

- Monsieur le Président de la Société Allemande de Physique

1. Ende Dezember 1940 verlangte Greifeld von Bonnefoy eine Liste aller jüdischen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die ihren Dienst quittiert hatten und kurz darauf aller derjenigen, die noch beschäftigt waren. Das war die Vorstufe für Deportation und Vernichtung. Bonnefoy versuchte, so gut es ihm möglich war, die Anordnungen zu verzögern oder deren Folgen abzumildern, sah sich aber dem ständig wachsenden Antisemitismus der Militärverwaltung und speziell Greifelds ausgesetzt.
2. Täglich musste Bonnefoy auf neue Forderungen antworten, z.B. nach Wäschelieferungen und Betten für das Gefangenenlager Drancy. Im Januar 1941 beschwerte sich Greifeld bei Bonnefoy über den Zustand der Straßen nach den Schneefällen und forderte den Einsatz von mehr Arbeitslosen zum Schneeräumen und Sandstreuen. Greifeld drohte: „Wenige Dinge sind gemacht worden. Wenn sich kein schneller Wechsel vollzieht, werde ich mich gezwungen sehen, den Präfekten persönlich dafür verantwortlich zu machen.“ Mit den Monaten wurden die deutschen Forderungen immer herrischer.
3. Am 5. Mai 1941 erklärte Greifeld gegenüber Bonnefoy: „Ich wundere mich, dass die französische Regierung gegenüber den Juden keine energischeren Maßnahmen ergreift. Die jüdische Frechheit hört nicht auf und es muss endlich Ordnung in die jüdische Bewegung gebracht werden. Die Juden sind für den Krieg verantwortlich und drängen fortgesetzt zum Krieg gegen die unschuldige Bevölkerung.“
4. Am 30. Oktober 1940 war Paul Langevin, ein international bekannter damals 68-jähriger Kernphysiker, wegen vermuteter Sympathien für die Résistance verhaftet worden. WissenschaftlerInnen setzten sich sofort für ihn ein. Laboratorien streikten. Bereits zwei Tage später bat Bonnefoy Greifeld unter Hinweis auf die Funktionsfähigkeit des von Langevin geleiteten Instituts für Physik und Technische Chemie wenigstens den Grund für die Verhaftung mitzuteilen. Greifeld hat keinen Finger gerührt. Langevin wurde nach einem Monat Haft aufgrund der Proteste in Troyes unter Polizeiaufsicht gestellt und konnte mit gefälschten Papieren in die Schweiz fliehen.

RAG Baden-Württemberg, Sektion Nordbaden

Christof Müller-Wirth

Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934–2004)

Ein Workshop in Karlsruhe am 19. Oktober 2013

Unter dieser Überschrift hat ein Arbeitskreis des Forums Ludwig Marum – benannt nach dem von den Nazis 1943 ermordeten badischen Juristen und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ludwig Marum – dazu eingeladen, das Leben Léon Gruenbaums (1934–2004) in Erinnerung zu rufen, um seinen Widerstand gegen das Wirken der Altnazis nach dem Krieg zu würdigen.

Sein Schicksal war das einer jüdischen Familie in der Nazizeit und danach. Seine Familie floh aus dem Saargebiet in das lothringische Forbach, wo er am 30. April 1934 zur Welt kam. Nach dem Überfall der Deutschen auf Frankreich wurden seine Eltern deportiert und kamen um. Léon Gruenbaum überlebte und wurde als Kind von französischen Résistance-Familien aufgenommen.

Nach dem Krieg kehrte der begabte Jugendliche nach Deutschland zurück, wo er in München Physik studierte. 1964 wurde er dort bei Werner Heisenberg promoviert. 1970 gelang es ihm, einen befristeten Arbeitsvertrag beim damaligen Kernforschungszentrum in Karlsruhe zu erhalten. Solche befristeten Verträge waren damals eher ungewöhnlich. Er konnte nicht ahnen, dass sich hier sein beruflicher Weg mit dem der mit Altnazis besetzten Leitung des Kernforschungszentrums kreuzen würde. Als bald sah er sich antisemitischen Provokationen und rassistischer Diskriminierung seitens der Leitung und führender Mitarbeiter ausgesetzt. Als sein befristeter Vertrag nach zwei Jahren im Ge-

gensatz zur Mehrheit der Beschäftigten trotz hervorragender wissenschaftlicher Leistung nicht verlängert wurde, fand er in Deutschland keine weitere Anstellung mehr.

Diese Umstände führten zu seiner „zweiten Vertreibung“. Sein Weg führte ihn nach Paris an die Sorbonne, wo er eine historische Promotion vorbereitete. Sein Dissertationsthema lautete: „Die Genese der Plutoniumgesellschaft. Politische Konspirationen und Geschäfte“.

Inzwischen hatte er herausgefunden, dass Rudolf Greifeld – von 1956 bis 1974 leitender Geschäftsführer des Kernforschungszentrums – ehemals ein überzeugter Nationalsozialist gewesen war. Als Wehrmachtschef im besetzten Paris hatte dieser den Besuch Hitlers in Paris organisiert und war zuständig für das berüchtigte Lager Drancy – der Durchgangsstation zur Hölle Auschwitz. Fakten, die bis dahin verheimlicht worden waren. Gruenbaum hatte inzwischen Verbindung mit Beate und Serge Klarsfeld aufgenommen, bekannt für die Verfolgung ehemaliger Kriegsverbrecher. Zusammen mit diesem Ehepaar, das auch die Veranstaltung im Oktober in Karlsruhe mit vorbereitet hat, veröffentlichte Gruenbaum 1975 auf einer Pressekonferenz in Straßburg die Dokumente, die Greifelds nationalsozialistische Vergangenheit und die anderer leitender Wissenschaftler am Kernforschungszentrum bewies. Inzwischen hatten auch 400 französische Wissenschaftler die Abberufung Greifelds vom internationalen Forschungszentrum Laue-Langevin bei Grenoble gefordert. Greifeld musste daraufhin dort seine Stellung niederlegen.

Die durchlebte und ihm gegenüber durch nichts motivierte Diskriminierung in Karlsruhe veranlasste Gruenbaum zum Nachdenken. Im Verlauf seiner historischen Recherche in Paris – seinem zweiten Exil – kam er zu einem Gesamtbild der Entwicklung der deutschen Atomindustrie und ihrer Vorläufer. Seine detaillierten Studien führen zurück bis ins 19. Jahrhundert. Er fand heraus, dass die Nationalsozialisten industrielle wie politische Strukturen aus der Vorkriegszeit aufgegriffen und fortgeführt hatten. In Vorahnung des Kriegsendes schufen sie im Ausland, unter anderem in Argentinien, Südafrika und anderen Ländern, Ausgangsposi-

Die Vortragenden Teilnehmer des Symposiums (v. l. n. r.): Harald Denecken, Rolande Tordjman-Gruenbaum (Witwe von Léon Gruenbaum), Joachim Radkau, Manya Altenburg, Wolff Geisler, Dietrich Schulze, Christof Müller-Wirth, Andrea Hoffend, Nadja Brachmann. Das Portrait am Rednerpult zeigt Léon Gruenbaum.

Foto: Sandra Jacques





Foto: Wikimedia Commons, Bundesarchiv,
Bild 146-2004-0017 / Southard / CC-BY-SA



Rudolf Greifeld (2. v. r.) auf einem Foto von 1940 mit Adolf Hitler, Albert Speer und anderen NS-Größen.

tionen für zeitweise emigrierte Naziwissenschaftler und deren Erkenntnisse. Man arbeitete gezielt an dem, was Gruenbaum ein „zweites Rapallo“ nennt, das heißt: Verbotenes im Ausland entwickeln, um es später im Inland einzusetzen.

So hat Gruenbaum der Nachwelt sein umfängliches, überzeugend dokumentiertes, bisher unveröffentlichtes Werk als Erbe hinterlassen (448 Seiten). Der Titel: „Die Genese der Plutoniumgesellschaft. Politische Konspirationen und Geschäfte“.

Nach der Eröffnung des von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. unterstützten Symposiums durch den Vorsitzenden des Forums Ludwig Marum, Harald Denecken, kam es gleich zu Beginn zu einem bewegenden Höhepunkt durch den Beitrag der in Paris lebenden Witwe Léon Gruenbaums, Rolande Tordjman-Gruenbaum, die ebenfalls einer jüdischen Familie entstammt. Sie sprach über ihre deprimierenden Erlebnisse in Karlsruhe nach dem Krieg, über das NS-Verbrechen an ihrer aus Polen geflohenen Familie und über die psychologischen Langzeitfolgen der Leiden Gruenbaums während seiner Zeit in Deutschland.

Oberbürgermeister Frank Mentrup, Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., sprach ein ermutigendes und engagiertes Grußwort. Dietrich Schulze, der Mitinitiator des Symposiums sprach über die persönliche Bekanntschaft Gruenbaums mit Robert Jungk in Paris, dessen Buch „Der Atomstaat“ und seine Warnung vor Verfolgung wegen der Aufdeckung der politischen

Das Grab von Léon Gruenbaum im badischen Mingolsheim.

Fotos: privat



Zusammenhänge. Andrea Hoffend, Historikerin aus Karlsruhe und ehemalige Koordinatorin der Sektion Nordbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., vertiefte die Fakten über die bewusste Integration von Nazitätern und deren Karrieren im Nachkriegsdeutschland.

Joachim Radkau, Historiker aus Bielefeld, rundete die Vortragsreihe mit seinem Beitrag „Plutonium-Politik und Atomwaffen“ ab. Den Schlusspunkt des Symposiums setzten Studierende mit Überlegungen zum „Lernen aus der Geschichte“. Dabei berichteten vier Studierende der Universität Heidelberg über bekannte und weniger bekannte NS-Karrieren – die auch nach dem Krieg weitergingen. Nadja Brachmann, Präsidentin des Studierenden-Parlaments der Universität Karlsruhe, sprach über die konkrete Verantwortung der Wissenschaften. Lernen vom Whistleblower und Aufklärer Léon Gruenbaum bedeute vor allem „genau hinsehen“ statt „wegschauen oder vergessen“.



Foto: Sandra Jacques

Der Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup bei seinem Grußwort.

Léon Gruenbaum litt gegen Ende seines Lebens stark an den Folgen eines Nervenleidens, das er sich schon in seiner Jugend durch Verfolgung und Diskriminierung zugezogen hatte. Er starb vereinsamt 2004 im badischen Mingolsheim. Dort fand er seine letzte Ruhestätte.

Zum Erfolg des Symposiums haben neben dem Forum-Ludwig-Marum dankenswerterweise die finanzielle Unterstützung der Rosa Luxemburg-Stiftung, der Ev.Landeskirche Baden, SPD Karlsruhe und private Spender beigetragen. ■

Der Verleger und Journalist **Christof Müller-Wirth** ist Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg, Sektion Nordbaden, von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

KIT erforscht NS-Vergangenheit von Gründungsfigur

Karlsruhe Rudolf Greifeld, der Patron der deutschen Atomforschung, könnte an Verbrechen beteiligt gewesen sein. *Von Stefan Jehle*

Das 1956 im Hardtwald nördlich von Karlsruhe errichtete ehemalige Kernforschungszentrum ist seit der Fusion 2009 mit der Universität Teil des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT). Seit Monaten ringt diese Einrichtung nun mit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Die Aufarbeitung, so scheint es, steht noch ziemlich am Anfang. Die Frage ist: Soll die Universität dem Gründungsgeschäftsführer Rudolf Greifeld (1911-1984) seine 1969 verliehene Ehrensenatorenwürde wieder aberkennen?

Der Jurist war von 1956 bis 1974 Geschäftsführer und hatte das frühere Atomzentrum maßgeblich aufgebaut. Er soll an Naziverbrechen im besetzten Frankreich beteiligt gewesen sein. In wie weit er verstrickt war, soll nun im Auftrag der Uni ein Historiker erforschen. Die Vorwürfe als solche sind nicht neu. Neu ist die heftige Kritik am Ehrensenatorenstatus.

1974 hatte die Nazi-Jägerin Beate Klarsfeld zusammen mit einem ehemaligen Mitarbeiter des Forschungszentrums, Leon Gruenbaum, in Paris auf Verwicklungen Greifelds aufmerksam gemacht. Deshalb musste der drei Jahre früher als geplant seinen Posten verlassen. 1975 schied er wegen des internationalen Protests zahlreicher Wissenschaftler zudem aus den Gremien des Atomforums im französischen Grenoble aus. Trotzdem gilt Greifeld bei vielen bis heute als der wichtigste „Patron“ der deutschen Atomforschung.

Unstrittig ist, dass Greifeld in Paris als Kriegsverwaltungsrat tätig war. Noch Jahrzehnte später habe er sich in kleinem Kreis gerühmt, er sei es gewesen, der im Juni

1940 den Besuch Hitlers nach dem Einmarsch in Paris organisierte, behaupten Zeugen. Ein Foto zeige Greifeld zusammen mit Rüstungsminister Albert Speer und dem Diktator unter dem Eiffelturm, heißt es. Ganz sicher ist das freilich nicht. Belegt sind derweil auch zahlreiche antisemitische Handlungen von ihm.

2012 stellte die Hochschule die Liste ihrer Ehrensenatoren ins Netz. Jetzt konnte jeder sehen, wer alles zu dem Kreis gehörte. In der Regel sind das honorierte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie Max Grundig, Franz Burda, der Tunnelbohrunternehmer Martin Herrenknecht oder Willy Brandts erster SPD-Bundesfinanzminister Alex Möller. Doch der Name Greifeld löste sofort heftige Kritik aus. Noch mehr verstörte, dass auch Robert Ley noch als Ehrensenator geführt wurde. Der war als Leiter der Deutschen Arbeitsfront ein führender NS-Politiker gewesen und

hatte sich als angeklagter Kriegsverbrecher in Nürnberg 1945 das Leben genommen.

Mittlerweile ist Ley von der Liste verschwunden und auch der Name Greifeld fehlt. Die Ehrensenatorenwürde „ruhe derzeit“, heißt es bei der Hochschule. Eine im Herbst 2012 eingerichtete Ethikkommission des KIT befasst sich mit seinen mutmaßlichen Verstrickungen im besetzten Paris. Laut dem kurz vor Weihnachten erschienenen Zwischenbericht des Historikers Bernd Russinek soll Greifeld „nicht zum führenden Personal des Besatzungsregimes in Paris gezählt haben“.

Die KIT-Pressestelle beantwortet die Anfrage zum Foto unter dem Eiffelturm im Juni 1940 so: Es gebe nach derzeitiger Quellenlage ernst zu nehmende Hinweise, dass „Greifeld nicht auf dem berühmten Foto des Führerbesuchs in Paris zu sehen sei“, es handle sich „möglicherweise um eine andere Person“. Zudem sei er auch „nicht Kommandant von Paris gewesen.“

Diese Position erntet Widerspruch, auch aus dem Umfeld der Hochschule. Ein ausgesprochener Kritiker ist Dietrich Schulze, 18 Jahre lang Forscher im Bereich

Hochenergie-Physik und von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum. Er brachte die Aufarbeitung der Verstrickungen Greifelds maßgeblich ins Rollen. Dessen wichtigste Aufgabe in der Kommandantur von Groß-Paris habe darin bestanden, die Anordnungen der deutschen Militärverwaltung bei den zuständigen Stellen des kollaborierenden Vichy-Regimes durchzusetzen. Eine 1999 an der Universität Lyon erstellte Diplomarbeit habe seine Rolle eindeutig belegen können. Greifeld sei als erwiesener Antisemit an der Verfolgung der Juden beteiligt gewesen.

Die Ehrensenatorenwürde sei eine Schande für das KIT und die gesamte öffentliche Bildung und Forschung, urteilt der Physiker. Dem vom KIT beauftragten Historiker wirft er mangelnde Unabhängigkeit vor. und „intelligent klingende Relativierungen und beredte Dienstbarkeit“. Russinek ist seit 2008 Leiter des Archivs am Forschungszentrum Jülich, das seinerseits im Verbund der Helmholtz-Gemeinschaft eng verbunden mit dem Forschungszentrum Karlsruhe ist.

Auch noch ein dritter dubioser Name tauchte auf der Liste auf. macht hellhörig: Der von Walter Schnurr. Der Deutsch-Argentinier war von 1960 bis 1970 technisch-wissenschaftlicher Geschäftsführers des einstigen Kernforschungszentrums. Schnurr wurde als Munitionsfabrikant einst „Sprengstoffpapst“ des Dritten Reichs genannt und war enger Vertrauter von Reichsluftfahrtminister Hermann Göring. Nach dem Krieg war er einige Zeit in Argentinien untergetaucht. Doch 1955 bat ihn offenbar der damalige Atomminister Franz Josef Strauß (CSU), in die Leitung des Kernforschungszentrum einzusteigen. Bis Ende 2014 will das KIT die Endfassung eines Gutachtens vorlegen.

GEGRÜNDET 1965

Reaktor Gegründet wurde das Forschungszentrum Karlsruhe 1956 als Reaktorbau- und -betriebsgesellschaft. Später wurde es in Kernforschungszentrum umbenannt. Seit der Fusion 2009 mit der Universität ist es Teil des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT).

Atommüll Aus diesem Bereich sind noch Forschungsthemen zu nuklearer Sicherheit am Institut für Transurane (ITU) und zur Kernfusion übrig geblieben. Auf einem abgetrennten Geländeteil findet sich innerhalb der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) auch eine Atommüllverglasungs-Anlage. sj



Es ist nicht geklärt, ob der Mann links neben Hitler wirklich Greifeld ist.

Foto: Ullstein

KIT-Ehrensensator Greifeld: Nazi, Antisemit, Atom(waffen)technologie-Exporteur

Der Spurensucher Rusinek

Von Dietrich Schulze

Seit September 2012 wird vom Karlsruher Institut für Technologie KIT die geforderte Annullierung der Ehrensensatorwürde des Dr. Rudolf Greifeld (1911-1984) verschleppt [1]. Greifeld hatte eine Führungsrolle als Kriegsverwaltungsrat 1940/41 im besetzten Paris inne und praktizierte seinen Antisemitismus auch später als langjähriger Atommanager des Kernforschungszentrums weiter.

In den Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) erschien am 18. Dezember unter dem Titel „Keine Spuren von Greifeld“ [2] ein Artikel über Nachforschungsergebnisse des vom KIT beauftragten Düsseldorfer Professors Bernd-A. Rusinek. Nach BNN-Angaben schließt dieser

aus, dass Greifeld „zum führenden Personal des Besatzungsregimes in Paris“ zählte. Den Besuch von Adolf Hitler habe er „unmöglich maßgeblich vorbereiten können“. Auf einem Foto, das Hitler vor dem Eiffelturm zeigt, sei Greifeld nicht abgebildet. „Das ist eine andere Person“, sagte Rusinek gegenüber den BNN.

Da darf man wirklich staunen, wie viele Augen der akademische Spurensucher da zugedrückt haben muss. Hier zur Erinnerung einige Fakten, die seit einundeinhalb Jahren unablässig besprochen und publiziert wurden. Beginnen wir mit der bestrittenen Führungsrolle.

Antisemit Greifeld sorgt für Kriegsordnung in Groß-Paris

Greifelds wichtigste Aufgabe in der Kommandantur von Groß-Paris bestand darin, die Anordnungen der deutschen Militärverwaltung beim Kabinettsdirektor des Präfekten der Vichy-Regierung, Edouard Bonnefoy, durchzusetzen. Die überlieferten Aufzeichnungen von Bonnefoy, der ab November 1941 mit der Résistance zusammen arbeitete, sind 1999 von Elodie Prost als Diplomarbeit an der Universität Lyon [3] vorgelegt worden. Aus dieser Arbeit können Führungsfunktion von SS-Kriegsverwaltungsrat Greifeld, sein bis nach Drancy, der Vorhölle von Auschwitz, reichender Verantwortungsbereich und seine Denk- und Handlungsweise sehr gut rekonstruiert werden. Nur fünf Episoden mit Zitaten:

- Am 30. September 1940 vertraute Greifeld Bonnefoy anlässlich einer Besprechung zur Vorbereitung der Propaganda-Ausstellung über die französischen Freimaurer im Kleinen Palais an: *„Bei der Herstellung der Ordnung in Europa ist mit drei Gruppen von Gegnern zu rechnen, die nicht sofort, aber mit Sicherheit überwunden werden: Die Juden, die Freimaurer und die Plutokraten, die im Krieg aufblühen, um Geld zu verdienen.“*
- Am 30. Oktober 1940 war Paul Langevin, ein international bekannter damals 68-jähriger Kernphysiker, wegen vermuteter Sympathien für die Résistance verhaftet worden. WissenschaftlerInnen setzten sich sofort für ihn ein. Laboratorien streikten. Bereits zwei Tage später bat Bonnefoy Greifeld unter Hinweis auf die Funktionsfähigkeit des von Langevin geleiteten Instituts für Physik und Technische Chemie wenigstens den Grund für die Verhaftung mitzuteilen. Greifeld hat keinen Finger gerührt. Langevin wurde nach einem Monat Haft aufgrund der Proteste in Troyes unter Polizeiaufsicht gestellt und konnte mit gefälschten Papieren in die Schweiz fliehen.
- Ende Dezember 1940 verlangte Greifeld von Bonnefoy eine Liste aller jüdischen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die ihren Dienst quittiert hatten und kurz darauf aller derjenigen, die noch beschäftigt waren. Deportation und Vernichtung wurden mit der Vorstufe begonnen, den jüdischen Einfluss in staatlichen Funktionen zurückzudrängen. Bonnefoy versuchte, so gut es ihm möglich war, die Anordnungen zu verzögern oder deren Folgen abzumildern, sah sich aber dem ständig wachsenden Antisemitismus der Militärverwaltung und speziell Greifelds ausgesetzt.
- Täglich musste Bonnefoy auf neue Gesuche antworten, zum Beispiel Wäschelieferungen und Betten für das Gefangenenlager Drancy. Im Januar 1941 beschwerte sich Greifeld bei Bonnefoy über den Zustand der Straßen nach den Schneefällen und forderte den Einsatz von mehr Arbeitslosen zum Fegen und Sand



Spurensucher Historiker Prof. Bernd-A. Rusinek
Quelle: <http://www.rusinek.eu/>

streuen. Greifeld drohte: „Wenige Dinge sind gemacht worden. Wenn sich kein schneller Wechsel vollzieht, werde ich mich gezwungen sehen, den Präfekten persönlich dafür verantwortlich zu machen.“ Mit den Monaten wurden die deutschen Forderungen immer herrischer.

- Am 5. Mai 1941 erklärte Greifeld gegenüber Bonnefoy: „Ich wundere mich, dass die französische Regierung gegenüber den Juden keine energischeren Maßnahmen ergreift. Die jüdische Frechheit hört nicht auf und es muss endlich Ordnung in die jüdische Bewegung gebracht werden. Die Juden sind für den Krieg verantwortlich und drängen fortgesetzt zum Krieg gegen die unschuldige Bevölkerung.“

Damit wird über Aufzeichnungen von glaubwürdigen Zeitzeugen belegt, dass Greifeld eine Führungsrolle in der Militärverwaltung von Groß-Paris hatte und als nazistischer Antisemit an der Verfolgung der Juden beteiligt war.

Greifelds Nazi-Gesinnung („Jüdische Frechheit“) im Krieg und danach

Am 15. Januar 1973 hatten verantwortungsbewusste WissenschaftlerInnen des Kernforschungszentrums über die dortigen autoritären Zustände einen Beschwerdebrief [4] an den zuständigen Staatssekretär Dr. Volker Hauff im Bundesforschungsministerium gerichtet. Darin wurde über eine besondere Führungsgruppe aus ehemaligen Wehrmacht- und Waffen-SS-Angehörigen berichtet, die Geschäftsführer Greifeld um sich geschart hatte. Wörtlich „Welcher besonderen Art diese Kriegskameradschaft ist, wurde deutlich, als Greifeld sich einmal gewählten Delegierten gegenüber zu vorgerückter Stunde eines Cocktailempfangs dahingehend offenbarte, daß er es gewesen sei, der den Besuch Hitlers in Paris organisiert habe (laut Speer-Memoiren gab es nur einen einzigen 1940) und was für ein bedeutender Mann Hitler gewesen sei, und daß die Juden heute schon wieder dieselben Fehler machten wie früher. Tatsächlich besitzen wir inzwischen ein Dokument darüber, daß Greifeld während des Krieges Mitglied der Militärregierung In Paris gewesen ist. Entsprechender Art sind seine Anordnungen bei Ausländern möglichst Blonde aus Schweden und keine vom Balkan einzustellen.“

Dieser Beschwerdeteil stand im Zusammenhang mit Greifelds antisemitisch motivierter Diskriminierung des mit einem Zeitvertrag am Kernforschungszentrum beschäftigten Wissenschaftlers Dr. Léon Gruenbaum, der dessen NS-Vergangenheit unter Mithilfe von Serge und Beate Klarsfeld aufgedeckt hatte. Die Zeitschrift Le Monde zitierte damals die Passage aus obigem Brief unter der Schlagzeile „Der äußerst dienst-eifrige Dr. Rudolf Greifeld“ [4]. Aus dem Beitrag:

„Der »Patron« der Atomforschung der Bundesrepublik Deutschland empfindet wenig Reue über seine Nazi-Aktivitäten, die er während des Krieges verübte - in Paris. Die Wochenblätter „Der Stern“ und „Der Spiegel“ haben kürzlich den Skandal über die geheime atomare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Apartheid-Regime in Südafrika aufgedeckt. ... »Patron« [des Karlsruher Forschungszentrums] ist Dr. Rudolf Greifeld, der aus seinen ausgezeichneten Beziehungen zu Südafrika niemals einen Hehl gemacht hat und für den Verkauf von Atomreaktoren an ein Land verantwortlich ist, das in moralischer Hinsicht nicht besonders empfindlich ist: Brasilien. ... Sind die wissenschaftlichen Funktionen von Dr. Greifeld tatsächlich vereinbar mit seiner dunklen Vergangenheit, mit seinen unverändert gebliebenen Ansichten über den Führer und über die Juden? ... Ein junger französischer Wissenschaftler, Dr. Léon Grünbaum, interessierte sich nun näher für die Kriegsjahre von Dr. Greifeld. ... In dieser Situation führten die Nachforschungen von Serge und Beate Klarsfeld in den deutschen Archiven am Anfang der Woche zur Entdeckung eines ersten Dokuments, das Dr. Rudolf Greifeld völlig fragwürdig erscheinen lässt. Am 2. Januar 1941, das heißt zu Beginn der deutschen Besatzung, war von einem gewissen Greifeld eine antijüdische Anweisung unterschrieben worden. ... Greifeld, im Januar 1941 Besitzer von Paris, „regt an“ (was die Autorität beweist, die seiner Person oder Funktion zukam) „eine Verlängerung der Verdunkelung“ in Paris und „verpflichtet“ die Eigentümer von „Kabarett“, „an ihrer Eingangstür ein Hinweisschild aufzuhängen, dass Juden der Zutritt zum Lokal untersagt ist“. Wegen dieser Vergangenheit leidet Herr Dr. Greifeld, wie wir gesehen haben, unter keinem einzigen Gewissensbiß. Die Nachforschungen in den von der Besatzungsmacht hinterlassenen Archiven werden weitergeführt. Welche Ergebnisse diese in der Zukunft auch immer haben werden, so erscheint es bereits jetzt als unzulässig, dass Dr. Greifeld auch nur



die geringste verantwortliche Position auf atomarem Gebiet bekleidet, noch dazu in einem Deutschland, das an genau festgelegte Vorschriften hinsichtlich seiner Wiederbewaffnung gebunden ist.“

Greifeld als Organisator des Hitlerbesuchs 1940 in Paris

Die beschriebene Führungsrolle steht sehr wohl im Einklang damit, dass Greifeld den Hitler-Besuch maßgeblich organisiert hat. Daraus folgt aber nicht zwangsläufig, dass er zu der Führungsriege gehörte, die auf den beiden Bildern im Bundesarchiv als Foto erhalten ist. Das wurde von den kritischen Wissenschaftlern seit Aufdeckung der Besatzer-Rolle Greifelds Anfang der 1970er Jahre wegen der frappierenden Ähnlichkeit mit Greifeld so angenommen. Und von daher stammt auch die wiederholte Einrede aufgrund der abgebildeten Mütze, dass Greifeld SS-Kriegsverwaltungsrat gewesen sei. Es gab keine personellen Kapazitäten für detailliertere Recherchen unsererseits.

Wie der Autor gerade erst zur Kenntnis nehmen konnte, wird in der Texterklärung zum Foto im Bundesarchiv [6] neuerdings die Personenkette so beschrieben: „Nach der Besetzung Frankreichs durch die faschistische deutsche Wehrmacht im Juni 1940 besucht Adolf Hitler Paris. UBz: Adolf Hitler mit seiner Begleitung nach der Besichtigung des Eiffelturms. vlnr: SS-Gruppenführer Wolff, [Architekt Hermann Giesler], dahinter Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, SA-Gruppenführer Wilhelm Brückner, Reichsminister Albert Speer, Adolf Hitler, dahinter Reichsminister Martin Bormann, [Bildhauer Arno Breker], Reichspressechef Staatssekretär Otto Dietrich.“ Werfen Sie doch bitte einen vergleichenden Blick auf die von mir nebeneinander gestellten Personen-Profile: die fragliche Person 1940, Karl Wolff 1940 und Rudolf Greifeld 1957. In der Tat schwer zu entscheiden. Allerdings spricht das Alter des Abgebildeten eher für Greifeld, denn Wolff war damals 40 Jahre alt und Greifeld 29.

In den Akten des Generallandesarchivs Karlsruhe befinden sich Kopien von Zeitungsberichten über Greifelds Ablösung aus seinen Posten: FAZ 26.11.75 "Ärgernis am ILL (Institut Laue-Langevin) Grenoble - 350 französische Wissenschaftler fordern Abberufung von R. Greifeld" und Stuttgarter Zeitung 8.11.75 "Greifeld verzichtet" [3] sowie das bekannte Bild mit dem ausdrücklichen Archiv-Hinweis „Foto Greifeld mit Hitler in Paris“. Greifeld hat seine furchtbaren Taten abgestritten und er hat gelogen, dass sich die Balken biegen. Dass es ein anderer gewesen sei, der mit dem Führer in der ersten Reihe marschierte, hat niemand vom ihm gehört.

Wie dem auch sei, ob es Greifeld war oder Wolff. Der Beweis ist genug, dass diese Ehrensensatorwürde eine Schande für das KIT und für die gesamte öffentliche Bildung und Forschung ist.

Prognose zu Rusineks Erfolglosigkeit bei der Spurensuche

Liebe Leserinnen und Leser, Sie können es mir wirklich glauben. Ich hätte mich liebend gern geirrt mit meiner Prognose über die Erfolgsaussichten von Prof. Rusineks sicher nicht schlecht bezahlten geschichtswissenschaftlichen Bemühungen. Unter dem Titel „Atomare Geschichtsentsorgung“ [7] hatte ich im Juni in der Neuen Rheinischen Zeitung dessen Abhängigkeit von der Atomlobby geschildert und mein Gesamtbild über dessen Arbeitsweise so zusammen gefasst: „Intelligent klingende Relativierungen und beredte Dienstbarkeit. Deswegen wurde er für diesen Neuanlauf einer atomaren Geschichtsentsorgung ausgewählt.“



Der Zufall wollte es, dass ich erst jetzt auf Rusineks Dissertation gestoßen bin, die das Bild über den Auftragsforscher in unserem Kontext abzurunden vermag. Der Buch-Autor Alexander Goeb schildert in Neue Rheinische Zeitung [8] die Auseinandersetzung darüber, ob eine Gruppe von Edelweißpiraten aus dem Arbeitermilieu in Köln-Mülheim zum Widerstand gegen die Nazis zu zählen ist oder ob sie gewöhnliche Kriminelle waren. Goeb erklärt dazu, dass NRW-Innenminister Herbert Schnoor (SPD) Ende der 80er Jahre den Düsseldorfer Prof. Peter Hüttenberger mit einem Gutachten beauftragte. Dieser habe den Auftrag an seinen Doktoranden Bernd Rusinek vergeben. Und wörtlich:

„Rusinek wühlte sich durch die Nazi-Akten, nahm jedoch Abstand davon, überlebende Zeitzeugen ausgiebig zu befragen. Rusinek, heute selbst Professor, war damals ein »Stellenanwärter«, das Gutachten war seine Doktorarbeit. Er kam zu dem Fazit, dass die ermordeten Edelweißpiraten zwar keine Verbrecher waren. Doch als »desolate Rowdys« konnten sie nach Meinung des Doktoranden keinen politischen Widerstand geleistet haben. **Die Kölner Stadtrevue schrieb damals eine vernichtende Einschätzung über Rusineks Gutachten und zitierte eingangs aus Adornos "Minima moralia: »Selbst wenn sie außerhalb des Betriebes als ganz humane und vernünftige Wesen sich erweisen, erstarren sie zur pathetischen Dummheit in dem Augenblick, in dem sie von Berufs wegen denken.«** Neben anderen protestierte damals auch Romani Rose vom Zentralrat deutscher Sinti und Roma: »Es ist für uns unerträglich, wenn von heutigen Wissenschaftlern junge Menschen, die im Dritten Reich sich gegen die bestehenden NS-Organisationen, gerade auch gegen die Hitlerjugend, zusammenschlossen, als aufgrund der Zeitumstände "zwangsläufig kriminell" diffamiert werden.«“

Ergebnisse des Gruenbaum-Symposiums und Ausblick

Zu Ehren des jüdischen Wissenschaftlers Léon Gruenbaum, dessen Familie vor den Nazis fliehen und der von dem NS-belasteten Greifeld eine zweimalige Verfolgung erleiden musste, hatte das Forum - Ludwig Marum unter dem Titel „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934-2004)“ am 19. Oktober im ver.di-Haus Karlsruhe eine inspirierende Geschichtswerkstatt [9] veranstaltet. Christof Müller-Wirth hatte in seinem Schlusswort als dringende Vorhaben zusammen gefasst: (A) Erstellung einer gründlichen Biographie von Léon Gruenbaum (B) Annullierung der KIT-Ehrensator-Würde für Greifeld (C) Veröffentlichung der Monographie von Léon Gruenbaum und (C) Beendigung der illegitimen Atomreaktorforschung „Transmutation“ am KIT.

Zum Symposium hatte der Vorsitzende des Forums, Harald Denecken, den frisch bestellten KIT-Präsidenten Prof. Holger Hanselka eingeladen. Dieser konnte aus Termingründen nicht teilnehmen und wünschte dem Symposium viel Erfolg.

Daran soll ein Schlussgedanke geknüpft werden. Die auch in anderem Zusammenhang [10] empfundene, von Hanselka ausgehende Öffnung, die Neuartigkeit im Umgang mit Kritik und die Dialogbereitschaft mögen dazu beitragen, eine unabhängige Persönlichkeit zu gewinnen, die dem KIT dabei hilft, sich spätestens im Sommersemester 2014 von der schändlichen Ehrensatorwürde für Dr. Rudolf Greifeld zu befreien. Wie hier dargelegt, ist Prof. Bernd-A. Rusinek dazu nicht willens oder in der Lage.

Quellen:

- [1] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121231.pdf> <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18624>
- [2] „Keine Spuren von Greifeld“ BNN 18.12.13 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20131218.pdf>
- [3] Elodie Prost „Edouard Bonnefoy, un haut fonctionnaire sous l'occupation (juin 1940 - mai 1945). Le devoir de désobéissance.“, Institut d'études politiques, Université Lyon, 1999
- [4] Gruenbaum-Symposium: Reader <http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/reader.pdf> und Klarsfeld-Botschaft <http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/beilage-zum-reader.pdf>
- [5] „Grünbaum versus Greifeld“ BNN 27.07.13 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130728.pdf>
- [6] [http://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/_1387799973/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=6](http://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/_1387799973/?search[view]=detail&search[focus]=6)
- [7] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19181>
- [8] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16407>
- [9] http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/pm_3.pdf
- [10] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19480>

Über den Autor:

Dr.-Ing. Dietrich Schulze (Jg. 1940) war nach 18-jähriger Forschungstätigkeit im Bereich der Hochenergie-Physik von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe. 2008 gründete er mit anderen in Karlsruhe die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf). Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit sowie in der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ und publizistisch tätig.

„Keine Spuren von Greifeld“

Historiker Rusinek legt erste Ergebnisse seiner NS-Untersuchung zum KIT vor

Von unserem Redaktionsmitglied
Klaus Gaßner

Karlsruhe. In der Diskussion um die NS-Vergangenheit von früheren Geschäftsführern des Kernforschungszentrums Karlsruhe gibt es jetzt erste greifbare Ergebnisse. Der mit der Aufklärung beauftragte Düsseldorfer Professor Bernd-A. Rusinek schließt aus, dass Rudolf Greifeld „zum führenden Personal des Besatzungsregimes in Paris“ zählte.

Greifeld (1911–1984) sei als Kriegsverwaltungsrat in der französischen Hauptstadt tätig gewesen nicht als Zivilkommandant, wie es zuweilen fälschlich heiße. Schon mit Blick auf diesen Dienstgrad habe Greifeld den Besuch von Adolf Hitler unmöglich maßgeblich vorbereiten können. Solche Besuche seien in aller Regel von höchsten Kreisen der SS oder SA organisiert worden.

Auf einem Foto, das Hitler vor dem Eiffelturm zeigt, sei Greifeld nicht abgebildet. „Das ist eine andere Person“,

sagte Rusinek gegenüber den BNN. Der Historiker, der in den vergangenen Monaten mehrere Archive durchforstet hat, verweist darauf, dass seine Ergebnisse noch „Werkstattcharakter“ hätten. Er plane weitere Archivbesuche, um etwa die Protokolle der Nürnberger Prozesse einzusehen. Bei diesen Prozessen trat Greifeld als Zeuge auf.

Greifeld war 18 Jahre Geschäftsführer des damaligen Kernforschungszentrums. Er wurde mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, die Universität ernannte ihn zum Ehrensenator. Ein Initiativkreis um den früheren Betriebsrat des Forschungszentrums Dietrich Schulze fordert seit über einem Jahr mit Blick auf angebliche NS-Verstrickungen die Rücknahme der Auszeichnung. Das KIT beschloss darauf, die Auszeichnung bis zum Ende einer Untersuchung ruhen zu lassen. Von Grei-

feld sind aus seiner Zeit in Paris antisemitische Äußerungen bekannt. Überdies erhob der Nazi-Jäger Serge Klarsfeld Vorwürfe gegen den Forschungszentrums-Chef. „Beides verbietet es, Greifeld als vollkommen harmlos darzustellen“, sagt Rusinek.

In der Nachkriegszeit sah sich Greifeld keinerlei Anfeindungen ausgesetzt. Nach einer

Tätigkeit beim Sparkassen- und Giroverband wechselte der Jurist in das damals von der SPD geführte baden-württembergische Wirtschaftsministerium, wo er für Energiefragen zuständig war.

1956 wurde er zu einem von drei Geschäftsführern des neugegründeten Kernforschungszentrums ernannt. 1974 schied er altersbedingt aus. In den siebziger Jahren wurde Greifelds Tätigkeit im besetzten Paris bekannt, was zu Drohanrufen im Forschungszentrum führte.

Debatte um einen KIT-Ehrensenator

Symposium „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934-2004)“ Karlsruhe

Geschichtswerkstatt gegen das Vergessen

Von Peter Kleinert

Das Symposium „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934-2004)“ des Forum - Ludwig Marum am Samstag, den 19. Oktober 2013, im vollbesetzten großen Versammlungsraum des ver.di-Hauses in Karlsruhe mit mehr als achtzig TeilnehmerInnen hatte den Charakter einer inspirierenden Geschichtswerkstatt. Fünf konzentrierte Lernstunden über die Zivilcourage eines französischen Wissenschaftlers aus einer verfolgten jüdischen Familie und dessen zweimalige Verfolgung durch einen Atom-Manager am Kernforschungszentrum, einem der beiden Vorläufer des Karlsruher Instituts für Technologie KIT.

Harald Denecken, Vorsitzender des Forums, begrüßte die Bundestagsabgeordnete der Linken Karin Binder, den Landtagsabgeordneten der Grünen Alexander Salomon und den Stadtrat der Karlsruher Liste Lüppe Cramer als Gäste. Moderiert wurde das Symposium von Jürgen Stude, Ev. Landeskirche in Baden – Arbeitsstelle Frieden.

Ein bewegender Höhepunkt gleich zu Beginn, der Beitrag von Léon Gruenbaums in Paris lebender Witwe Rolande Tordjman-Grunbaum, die ebenfalls einer jüdischen Familie entstammt. Sie sprach über das Nazi-Verbrechen an der aus dem Polnischen geflohenen deutschen Familie, deren größter Teil in Auschwitz umkam und über die psychischen Langzeitfolgen für Léon. Sie erklärte: „Léon ist unter uns.“

Frank Mentrup, dem Karlsruher Oberbürgermeister, gebührt großer Dank für sein ermutigendes und engagiert vorgetragenes Grußwort, dass die mit dem Ausgrabungsprojekt des Symposiums zusammenhängenden Probleme einer Lösung zugeführt werden mögen.

Zu diesen Problemen gehört die vor einem Jahr gut begründete Forderung nach Annullierung der KIT-Ehrensensator-Würde für den NS-belasteten Verfolger und Atom-Manager Greifeld, aber ebenso die unverzügliche Beendigung der KIT-Atomreaktorforschung in Verbindung mit dem Atombomben-Rohstoff Plutonium, die von der Bundesregierung entgegen Atomausstiegs-Beschluss weiter unterstützt und von der Grün-Roten Landesregierung gebilligt wird. Über die aktuelle und die geschichtliche Dimension dieser Probleme sprachen Dietrich Schulze, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender am Forschungszentrum (jetzt KIT Campus Nord), und Wolff Geisler aus Köln, Arzt und Autor, aktiv in der früheren Anti-Apartheid-Bewegung. Wolff Geisler dokumentierte deutsche Nuklear-Exporte an Südafrika, Argentinien, Brasilien, Pakistan, Iran u.a. mit Technologie des KIT-Vorläufers, die eine Atombomben-Herstellung auf fremdem Boden ermöglichte. Als Zeitzeuge konnte er Léon Gruenbaum porträtieren, mit dem er gegen diese illegalen Exporte eng zusammen gearbeitet hatte. Dazu und zur inter-



Gruenbaum-Symposium: Harald Denecken, Rolande Tordjman-Grunbaum, Joachim Radkau, Manja Altenburg, Wolff Geisler, Dietrich Schulze, Christof Müller-Wirth, Andrea Hoffend, Nadja Brachmann (v.l.n.r)
Foto: Sandra Jacques



Gruenbaum-Symposium: Karlsruher Oberbürgermeister Frank Mentrup
Foto: Sandra Jacques

nationalen Vorgeschichte hat Léon Gruenbaum später eine tiefeschürfende geschichtswissenschaftliche Monographie unter dem Titel „Die Genese der Plutonium-Gesellschaft“ vorgelegt. Der Atomlobby sind Person und Wirken Léon Gruenbaums nach wie vor ein Dorn im Auge.

Serge und Beate Klarsfeld aus Paris, die zu den Initiatoren des Symposiums zählen, aber leider nicht teilnehmen konnten, hatten in einer schriftlichen Botschaft an das Symposium den Beginn der von ihnen unterstützten spannenden Spurensuche nach dem Nazi-Täter Greifeld niedergelegt. Am Vorabend des Symposiums hatte der Arbeitskreis Kultur und Kommunikation der Studierenden am KIT den französischen Film „La Traque“ („Die Hetzjagd“) gezeigt, wie die beiden Nazi-Jäger Serge und Beate Klarsfeld unter Lebensgefahr den „Schlächter von Lyon“ Klaus Barbie vor das Gericht gebracht hatten. Wie Dietrich Schulze zu Beginn seines Beitrags schilderte, hatte der Autor Robert Jungk die persönliche Bekanntschaft von Léon Gruenbaum in Paris gemacht und in seinem Buch „Der Atomstaat“ die ihm aufgrund seiner Aufdeckungen drohenden Gefahren beschrieben, ebenso wie die autoritären und antisemitischen Machenschaften am Kernforschungszentrum.

Manja Altenburg von der Jüdischen Kulturvermittlung in Heidelberg erläuterte anhand von Folien das Juden-Vernichtungs-Programm im besetzten Frankreich und Formen des kulturellen Widerstands am Beispiel des Konzentrationslagers Gurs.

Andrea Hoffend, Historikerin aus Karlsruhe, vertiefte die Fakten über die NS-Vergangenheit Greifelds mit Informationen über die bewusste Integration von Nazi-Tätern und deren Karrieren im Nachkriegs-Deutschland unter dem Vortragstitel „Braunfäule“, die bis heute fortwirke.

Joachim Radkau, Historiker aus Bielefeld und bekannter Buch-Autor über die Atomwirtschaft, rundete die Sachvortragsreihe mit einem Beitrag unter dem Titel „Plutonium-Politik und Atomwaffen“ ab.

Den Schlusspunkt des Symposiums setzten Studierende mit Überlegungen zum „Lernen aus der Geschichte“. Vier Studierende der Universität Heidelberg vom dortigen Historischen Seminar berichteten über bekannte und weniger bekannte Nazi-Karrieren und über die Schlussfolgerungen daraus. Nadja Brachmann, Präsidentin des Studierendenparlaments am KIT, sprach über die konkrete Verantwortung der Wissenschaften. Lernen von Whistleblower und Aufklärer Léon Gruenbaum bedeute vor allem „genau hinsehen“ statt „wegschauen oder vergessen“. In diesem Sinne gelte es, endlich die Zivilklausel am KIT zu verwirklichen, d.h. den Verzicht auf jegliche Militärforschung. Die dagegen ins Feld geführten Ethik-Leitlinien seien kein Ersatz.

Christof Müller-Wirth, Verleger und Journalist, Ehrenmitglied des Fördervereins „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ und die stellvertretende Forums-Vorsitzenden Monika Pohl fassten im Schlusswort thematisch zusammen, dass in den Vorträgen und der Diskussion anhand der Vergangenheit über die Zukunft geredet worden sei, unter Benennung von vier handfesten und dringenden Vorhaben: Erstellung einer gründlichen Biographie von Léon Gruenbaum, Annullierung der KIT-Ehrensator-Würde für Greifeld, Veröffentlichung der Monographie von Léon Gruenbaum sowie Beendigung der illegitimen Atomreaktorforschung „Transmutation“ am KIT vor dem Hintergrund der jetzt schon für den Steuerzahler aufgelaufenen Kosten von zwei Milliarden € für die Atommüll-Verglasung.

Ein Wermutstropfen: Die Zielgruppe Studierende war nur marginal vertreten, obwohl am Dienstag vor den Veranstaltungen vor der Uni-Mensa über 300 Einladungsflyer verteilt worden waren. Sehr erfreulich hingegen die Teilnahme vieler jüdischer MitbürgerInnen.

Last not least: Zum Erfolg des Symposiums hat die dankenswerte finanzielle Unterstützung durch „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“, Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg, Ev. Landeskirche in Baden - Arbeitsstelle Frieden und private Spender beigetragen. Nicht unerwähnt bleiben sollten die schmackhafte kulinarische AWO-Unterstützung, die funktionierende elektronische ver.di-Raumausstattung und der für die Dokumentation wichtige Audio-Mitschnitt des Freien Radios „Querfunk“.

Es ist geplant, eine Dokumentation über das Symposium heraus zu bringen.
Mehr Informationen und Presseberichte in der Webseite des Forums unter
<http://www.forum-ludwig-marum.de/veranstaltungen/symposium-gruenbaum/>
(PK)

Dieser Text wurde aus der Presse-Mitteilung des „Forum – Ludwig Marum“ vom 21. Oktober 2013 über das Ergebnis des Symposiums übernommen:
http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/pm_3.pdf
Die Neue Rheinische Zeitung hatte vorab mehrfach über die Themen des Symposiums berichtet.

Einladung und Wort zum Gruenbaum-Symposium am 19. Oktober in Karlsruhe

Der jüdische Wissenschaftler Léon Gruenbaum: Verfolgt - Verdient - Vergessen

Der verfolgte Nazi-Jäger

Von Harald Denecken und Dietrich Schulze

Über die historischen Verdienste und das Schicksal des 2004 in Karlsruhe verstorbenen französischen Wissenschaftlers Léon Gruenbaum hat die Geschichte den Mantel des Schweigens gebreitet. Das ist vor allem der Atomenergie-Allianz zu „verdanken“. Mit einem Symposium am 19. Oktober in Karlsruhe soll der „Vergessene“ geehrt werden.

Léon Gruenbaum hatte als promovierter Nuklearphysiker von 1971 - 1973 am Kernforschungszentrum Karlsruhe gearbeitet und war dort von dem langjährigen Atom-Manager Rudolf Greifeld aus rassistischen Gründen diskriminiert worden mit der Folge, dass er nirgendwo mehr eine Beschäftigung in seinem Beruf fand. Mit fast unglaublichen Anstrengungen vermochte er es, die Ursache für die ungerechtfertigte Diskriminierung aufzudecken.



Léon Gruenbaum 1969

Der Atom-Manager, der 1956 von Franz-Josef Strauß als Geschäftsführer des ersten Atomforschungszentrums der Bundesrepublik eingesetzt worden war, hatte ein dunkles Geheimnis. Es war in den Jahren 1940 - 1942 in dem von den Nazis besetzten Paris als SS-Kriegsverwaltungsrat in ranghoher Funktion der Wehrmacht-Verwaltung tätig. Dieses Geheimnis kannten alle Regierungen seit Adenauer und hielten es mit Billigung der NATO unter der Decke. Léon Gruenbaum gelang es mit Hilfe von Freunden in Karlsruhe sowie von Serge und Beate Klarsfeld in Paris ein Dokument aufzufinden, mit dem Greifelds antisemitische Besitzer-Rolle bewiesen werden konnte. Greifeld, der unter anderem Hitlers Paris-Besuch organisiert hatte, musste seine Posten im internationalen Forschungszentrum „Laue-Langevin“ in Grenoble und im Kernforschungszentrum Karlsruhe gegen seinen Willen räumen.

Léon Gruenbaum erarbeitete in Paris eine bedeutende geschichtswissenschaftliche Monographie unter dem Titel „Die Genese der Plutonium-Gesellschaft“, seine zweite geniale Leistung von bleibender Bedeutung. Trotz intensiver Bemühungen konnte bisher allerdings keine öffentliche Spur darüber gefunden werden. An einer Übersetzung des französischen Manuskripts und an der überfälligen Veröffentlichung wird gearbeitet.

Nach diesen skandalösen Vorkommnissen Anfang der 1970er Jahre wurde erneut der Schweige-Mantel über die Affäre Greifeld gebreitet. Wohl unbeabsichtigt geriet dieses schlimme Kapitel bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte vor einem Jahr erneut ans Licht der Öffentlichkeit. Das Karlsruher Institut für Technologie KIT, der Zusammenschluss von (Kern)Forschungszentrum und Universität Karlsruhe, hatte eine Liste der Ehrensensoren veröffentlicht. Das Internetportal german-foreign-policy.com entdeckte dort den Ehrensensator Greifeld, dem diese Würde 1969 (also vor der von Léon Gruenbaum erkämpften Enthüllung) von der Universität Karlsruhe verliehen wurde. Die Forderung von drei ehemaligen KIT-Beschäftigten nach Annullierung der Würde wurde von der KIT-Leitung mit Betroffenheit zur Kenntnis genommen und trotz vielseitiger Unterstützung bis heute nicht beschlossen.



Hitler, Speer, Giesler, Breker und Greifeld (x) am 30. Juni 1940 in Paris. Quelle: Bundesarchiv Az 146-2004-0017

Das Forum - Ludwig Marum, das die Erinnerung an den 1934 von den Nazis im KZ Kislau ermordeten SPD-Reichstagsabgeordneten Ludwig Marum wach hält, hat sich der Sache angenommen und veranstaltet am 19. Oktober in Karlsruhe ein Symposium unter dem Titel „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934-2004)“ mit einer ganzen Reihe von interessanten ReferentInnen - darunter in der Reihenfolge des Auftretens - Wolff Geisler (Arzt und Publizist Köln), Manja Altenburg (Jüdische Kulturvermittlung Heidelberg), Andrea Hoffend (Historikerin Karlsruhe), Joachim Radkau (Historiker Bielefeld) und Nadja Brachmann (Studierende Karlsruhe). Zufall der Geschichte – Léon Gruenbaum

wurde auf der Flucht seiner jüdischen Familie vor den Nazis am Tag nach dem gewaltsamen Tod von Ludwig Marum in Frankreich in Forbach / Elsass geboren.

Das Symposium-Programm und umfangreiche Hintergrund-Informationen finden Sie auf der Webseite des Forums <http://www.forum-ludwig-marum.de/veranstaltungen/symposium-gruenbaum/>
Mehr in der WebDoku <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

Im Anhang finden sich vier Schlüssel-Zitate, die einen Einblick in Léon Gruenbaums Persönlichkeit und Tätigkeit zu geben vermögen.

Das Symposium wird eingeleitet mit einem Grußwort des Karlsruher Oberbürgermeisters Frank Mentrup. Rolande Tordjman-Grunbaum, Léon Gruenbaums in Paris lebende Witwe, wird als Ehrengast am Symposium und an der Filmvorführung am Vortag in der Uni teilnehmen.

Der neue KIT-Präsident Holger Hanselka hat dem veranstaltenden Forum mitgeteilt, dass er aus zeitlichen Gründen nicht teilnehmen kann. Er wünscht dem Symposium einen erfolgreichen Verlauf.

Lassen Sie sich diesen einmaligen Geschichtsunterricht bitte nicht entgehen.

19. Oktober: Beginn 10 Uhr im ver.di-Haus Karlsruhe, Rüppurrer Str. 1a.

Über die Autoren:

Harald Denecken ist Vorsitzender des Forum – Ludwig Marum in Karlsruhe. Er ist ehemaliger langjähriger Erster Bürgermeister der Stadt Karlsruhe und Präsident der Deutschen Olympischen Gesellschaft. E-Mail harald@denecken.com

Dietrich Schulze ist Ingenieurwissenschaftler, war nach langjähriger Forschungstätigkeit 21 Jahre lang Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe. Nach seinem altersbedingten Ausscheiden 2005 gründete er 2008 mit anderen die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf). Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit sowie in der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ und publizistisch tätig.
E-Mail dietrich.schulze@gmx.de

AN H A N G

1. Wolff Geisler in einer Vorab-Stellungnahme zum Symposium:

"Léon Gruenbaum war ein begeisterter, faszinierender Mensch. Er war gut und ängstlich und kühn. Er vibrierte von geistiger Aktivität, hatte ein enormes Gedächtnis, mit dessen technischem Inhalt er uns politische Zusammenhänge aufzeigte. Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich vertraglich verpflichtet, auf ihrem Territorium keine Atomwaffen zu bauen. Léon Gruenbaum besprach mit uns Projekte deutscher Firmen, die in Staaten mit a) undemokratischen Regierungen und b) der Nichtunterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrages zur Produktion von Atombomben führen konnten. Dafür wurden legale, z.T. kriminelle Konstruktionen benutzt. ... Léon Gruenbaums Informationen und Anregungen trugen entscheidend dazu bei, dass zu diesen unglaublichen Projekten eine Gegenöffentlichkeit entstand, die diese Projekte behinderte, ja z.T. verhinderte. ... Er hat sehr viel bewegt. Danke Léon."

2. Serge Klarsfeld in einer Grußbotschaft für das Symposium:

„Es war im Jahr 1973, als eines Tages Léon Gruenbaum zu Beate und mir kam. Er wollte uns seinen Fall darlegen. Er arbeitete in der Reaktorsicherheit und fühlte sich in seinem Berufsleben schikaniert, er war vom Kernforschungszentrum in Karlsruhe abhängig. Er beklagte sich über die Feindseligkeit, mit der ihm der administrative Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Dr. Rudolf Greifeld begegnete. Er berichtete uns, dass der angesäuselte Greifeld bei einem Cocktail-empfang von sich gegeben habe, dass er während der Okkupation in Paris gewesen sei. ... Wir wussten nichts von den Verantwortlichkeiten Greifelds während des Krieges. Was mir als einzige Möglichkeit verblieb: den nicht unbeträchtlichen Inhalt Dutzender Archivkartons mit Unterlagen des Militärbefehlshabers in Frankreich zu durchsuchen, die als Fotokopien im Jüdischen Dokumentationszentrum Centre de Documentation Juive Contemporaine in Paris archiviert waren (die Originale werden in den Archives Nationales aufbewahrt). Wobei ich nichts in der Hand hatte als den Namen Greifeld, seinen Vornamen und seine Unterschrift. ... Was mich aber bei dieser nervtötenden Arbeit aufrecht hielt, das war der hoffnungsleere Blick von Gruenbaum. Wenn seine Beteuerung stimmte, so war er erneut dafür verfolgt worden, dass er Jude war, und dies nun schon nach der so schmerz erfüllten Zeit der Schoah. ... Ich bin mir nicht mehr sicher, ob es am zweiten oder dritten Tag war: Plötzlich deckte sich das Bild der Unterschrift in meinem Gedächtnis mit der Unterschrift auf dem Papier – zwei identische Unterschriften! Und sogleich flog mein Blick auf den Dokumententext – es konnte eine unbedeutende Sache sein, ohne Bezug zur Judenfrage, denn die Militärverwaltung war zuständig für tausende unterschiedliche Fragen. Doch da war das Wort „Juden“, wie man es aus Chaplins „Großem Diktator“ kennt: „Die Juden, ach die Juden ...“ – sofort

sprang mir dieses Wort in die Augen. Im Dokument ging es um Greifeld und die Juden. Der Text war sichtbar antisemitisch: Greifeld verlangte, dass man den Juden verbot, in Kabaretts zu gehen. Das war nicht so schwerwiegend wie der Erlass vom 8. Juli 1942, der den Juden die Anwesenheit an allen öffentlichen Orten untersagte. Dieses Schreiben Greifelds war allerdings viel früher abgefasst – 1941, ging also dem Erlass vom 8. Juli 1942 voraus – und war die geistige Vorbereitung zu diesem. Ich rief Grünbaum herbei, der sofort angerannt kam. Es las das Dokument und war überwältigt. Gleich darauf startete er eine Kampagne unter seinen Physikerfreunden in Karlsruhe und in Grenoble, wo Greifeld als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Direktionskomitee des Laue-Langevin-Instituts saß.“

3. Robert Jungk in „Der Atomstaat“:

„Bei der Durchleuchtung dieser Vorgänge in Karlsruhe hat ein hervorragender französischer Physiker eine Schlüsselrolle gespielt, der bis vor kurzem im «Bureau des Mines» (Bergbau-Verwaltung), einem französischen Staatsinstitut, wichtige Forschungen über die Lagerung von Atom Müll durchführte. Er war während seiner Anstellung in Karlsruhe denkbar schlecht behandelt worden. 1973 wurde entgegen den Versprechungen, die man ihm gemacht hatte, sein Vertrag durch die Geschäftsführung nicht verlängert. Diesen Mann – er heißt Dr. Léon Grünbaum – habe ich in seiner Pariser Vorstadtwohnung aufgesucht, weil mir angedeutet worden war, daß er noch mehr und noch Grundsätzlicheres über die Vorgänge in Karlsruhe zu erzählen habe. In der Tat: Dr. Grünbaum hat eine interessante These über die Entwicklungsgeschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik aufgestellt und durch Nennung von Namen, Fakten und Ereignissen abgestützt. Seiner Ansicht nach ist es kein Zufall, daß Franz Josef Strauß, der bekanntlich Deutschlands erster Atomminister war und am 26. Januar 1955 die Gründungssitzung der deutschen Atomkommission persönlich leitete, zu diesem Aufgabenkreis so auffallend viele Persönlichkeiten heranzog, die bereits im Dritten Reich führende Positionen eingenommen hatten. Eine These, die es verdient, gehört und debattiert zu werden, zu der ich aber zunächst den Einwand hatte: «Nun ja, man wird sagen – so hat es mir gegenüber einmal ein großindustrieller Mithelfer der braunen Massenmörder formuliert – das seien doch gefrorene «Posthorntöne». Hat ihre Theorie dennoch für die heutige Situation noch eine Bedeutung?» «Gewiß. Ich meine, es ist doch wohl kein Zufall, daß diese Männer sich gerade so sehr für die Atomindustrie interessiert haben. Sie müssen sich schon zu einem frühen Zeitpunkt gesagt haben, daß hier eine Schlüsselindustrie entsteht, die einmal alle anderen an Machtfülle und Einfluß überflügeln würde. Doch dann kommt vielleicht noch ein anderes Motiv dazu: der Wunsch der Deutschen, auch einmal Atombomben zu haben – oder zumindest die Verfügung über industrielle Kapazitäten, die eine Herstellung der ihnen verbotenen Waffengattung bei Bedarf ermöglichen.»“

4. Léon Gruenbaum in seiner Monographie:

„In der Tat kann man diese neonazistische Atmosphäre [im Kernforschungszentrum Karlsruhe] nur empfinden und erkennen, wenn man sie schon einmal durchlebt hat. Der Autor hatte sie vorausgefühlt als er das Gelände des Zentrums betrat, aber er musste zuerst einmal ein Knäuel von Ereignissen durchleben, um schließlich zur Entdeckung der Aktivitäten eines gewissen Dr. GREIFELD während des Zweiten Weltkriegs zu gelangen, die „allerwenigstens als zweifelhaft“ erschießen. So kam es auch dazu, dass in der Zeit seines Aufenthalts in Karlsruhe einer seiner Kollegen, dessen Namen er aus Sicherheitsgründen besser nicht nennt, auf einer Abendgesellschaft in einem Privatklub einen gewissen Dr. ERNST traf. Dieser Dr. ERNST war schon nicht mehr sehr jung und war während des Krieges in Paris tätig gewesen, wo er auch die Bekanntschaft des Dr. GREIFELD gemacht hatte. Und zum Ausgang der Abendgesellschaft richtete ERNST wie ganz selbstverständlich an den Kollegen des Autors die Bitte, Grüße an Dr. GREIFELD zu überbringen. So gelangten wir an den Anfang der Spur, die zeigte, dass Dr. GREIFELD gut und gern einen Teil des Krieges in Frankreich verbracht hat. Dieses mündliche Zeugnis hatte aber nur geringen Wert. Was man brauchte, war die schriftliche Bestätigung von ERNSTs Äußerung durch GREIFELD. Anstatt ERNSTs Botschaft einfach nur an GREIFELDs Sekretärin zu überbringen, bevorzugten wir den internen Postweg. Der Kollege des Autors verfasste eine schriftliche Mitteilung an GREIFELD, in der er ihn von der Botschaft ERNSTs informierte. In dieser Mitteilung führte er klar die Tatsache an, dass der Beginn der Bekanntschaft dieser beiden Personen in die Zeit der Okkupation von Paris durch die Deutschen fiel. GREIFELD beantwortete die Mitteilung und bestätigte, ERNST während des Krieges in Paris kennengelernt zu haben. Von diesem Zeitpunkt an (das war 1972) hatte der Autor die Gewissheit, dass seine Recherchen von Erfolg gekrönt sein würden. Er hatte den Verdacht geschöpft, dass GREIFELD während des Krieges Aktivitäten antisemitischen Charakters betrieben hatte. Dieser Verdacht war in ihm aufgekeimt im Anschluss an ein persönliches Gespräch, das er mit Dr. GREIFELD in dessen Büro hatte. Die Archive zu durchsuchen, ohne eine Spur zu haben, hätte keinen Sinn gehabt. Aber zumindest war der Autor nun sicher, dass die Richtung „Paris“ zutreffend sein sollte. Hatte denn GREIFELD nicht selbst schriftlich bestätigt, ERNSTs Bekanntschaft während des Krieges in Paris gemacht zu haben?“

Grünbaum versus Greifeld

Ein Symposium in Karlsruhe will Licht in NS-Verstrickungen des Forschungszentrums bringen

Von unserem Redaktionsmitglied
Klaus Gaßner

Karlsruhe. Hübsch am Rande des Hardtwaldes gelegen, das Schloss nur ein paar Schritte entfernt – das „Heinrich-Hertz-Haus“ auf dem Campus des Karlsruher Instituts für Technologie ist eine formidable Adresse. Seit über 40 Jahren treffen sich dort Forscher aus aller Welt, während ihres Aufenthalts in der Fächerstadt können sie in dem 1966 erstellten Gebäude wohnen und arbeiten. Der Anfang dieser Geschichte ist auch mit dem Namen Rudolf Greifeld verbunden. „Er hat sich damals stark für die Heinrich-Hertz-Gesellschaft eingesetzt“, erzählt Hellmut Wagner.

Wagner folgte 1974 als Geschäftsführer auf Rudolf Greifeld: Der prägte zuvor 20 Jahre lang die Leitung des Forschungszentrums, der Aufbau eines der größten deutschen Forschungszentren und die Rekrutierung von Tausenden neuer Mitarbeiter fallen in die Ära des Juristen. Überdies – das Heinrich-Hertz-Haus ist dafür Beleg – setzte er sich auch vielfach für die Verbindung zur Universität ein. „Er hat überzeugende Arbeit gemacht“, urteilt Wagner.

„Überzeugende Arbeit“ – es gibt vehemente Kritiker dieser Sichtweise. Deren Kritik ist so stark, dass sie in die Forderung mündet, das KIT möge dem 1984 verstorbenen Rudolf Greifeld posthum den Titel eines Ehrensenators entziehen. Grund für die Vorwürfe: Greifelds NS-Engagement im Dritten Reich. Und rassistische Äußerungen während seiner Arbeit am Forschungszentrum.

Zweimal Opfer?

Im Oktober will sich das Ludwig-Marum-Forum in einem eintägigen Symposium mit den Vorwürfen befassen. Der Kronzeuge: Leon Grünbaum. An den 2004 verstorbenen promovierten Physiker erinnert ein unscheinbares Grab auf dem Friedhof im Bad Schönborner Ortsteil Mingolsheim. Und eine mehrere hundert Seiten starke, mit wissenschaftlicher Akribie verfasste



AUF DER GRÜNEN WIESE GING ES LOS: Die Geschichte des Forschungszentrums ist eine Erfolgsgeschichte – doch wie belastet von ihrer NS-Vergangenheit waren die ersten Forscher? Die Frage stellt jetzt das Ludwig-Marum-Forum, doch es dürfte schwer werden, eine allumfassende, gerechte Antwort zu finden.

Studie, in der er schwere Anklage erhebt. Grünbaum entwirft ein Szenario, nach dem ein Netzwerk aus Forschern mit NS-Vergangenheit maßgeblich den Aufbau der deutschen Atom-Industrie in der frühen Bundesrepublik betrieben habe. Und er berichtet von autoritären Strukturen im Forschungszentrum, die sich besonders gegen Ausländer gerichtet hätten.

Auch Grünbaum selbst, als Jude bereits während des Weltkriegs verfolgt, sei dadurch selbst wieder zum Opfer geworden. Nachdem sein Zeitvertrag nicht verlängert worden war, fand der Physiker in den Folgejahren keine Anstellung mehr und widmete sich daher ganz der historischen Arbeit. Grünbaum hat mit den Pariser Nazi-Jägern Serge und

Beate Klarsfeld die Spuren Greifelds als Mitglied der Militärregierung von Paris offengelegt. 1940 bis 1941 arbeitete Greifeld dort, ein Bild zeigt ihn an der Seite Adolf Hitlers, ein antijüdisches Dekret soll seine Unterschrift tragen.

Als die Verbindungen bekannt wurden, zog die Bundesregierung Greifeld 1975 aus dem Lenkungsausschuss des deutsch-französischen Forschungszentrums Laue-Longevin zurück. „Man wollte die Beziehungen zu Frankreich nicht unnötig belasten“, urteilt ein Augenzeuge aus Grenoble. Wenige Monate später wäre Greifeld, der im Forschungszentrum bereits 1974 in den Ruhestand getreten war, als deutscher Vertreter ohnehin in Grenoble ausgeschieden.

Rudolf Greifeld selbst hatte zu Lebzeiten offen dargelegt, dass er als „Kriegsverwaltungsrat“ im Militärstab der Stadt Paris tätig war. Er bestritt allerdings, „mit jüdischen Angelegenheiten“ befasst gewesen zu sein. Auch habe er Hitler nie persönlich gesehen. Nun wird Bernd Rusinek, der im Auftrag des KIT die NS-Vergangenheit der ersten Forschungszentrum-Spitze aufarbeitet, Klärung herbeiführen müssen.

Unbequeme Fragen

Dass die Stunde null nicht wirklich in allen Bereichen einen Neustart bedeutete, das haben Historiker wiederholt dargelegt. „In den technischen Branchen ist die Beschäftigung mit NS-Verstrickungen länger aufgeschoben worden als

in anderen Bereichen“, sagte kürzlich Rusinek in einem BNN-Interview.

Das könnte nun verhängnisvoll sein. Denn ein gerechtes Urteil über die NS-Nähe Greifelds aus heutiger Perspektive zu fällen, wird schwierig oder gar unmöglich. Reichen eine Unterschrift und ein Foto aus? Und außer Grünbaums Studie gibt es derzeit keine weiteren Belege für antijüdische Ressentiments in der Nachkriegszeit. Zeitzeugen weisen solche Vorwürfe energisch zurück. Das Forschungszentrum habe damals viele junge Wissenschaftler zusammengeführt. Und die Stimmung war eindeutig „nach vorne gerichtet“, heißt es. Daher hat auch keiner unbequeme Fragen nach der Vergangenheit gestellt. Jetzt könnte es zu spät sein, Antworten zu finden.



Fotos: BNN-Archiv

Atomare Geschichtsentsorgung

Von Dietrich Schulze

Am 22. Juni berichteten die Badischen Neuesten Nachrichten in Karlsruhe (BNN) unter dem Titel „NS-Netzwerken auf der Fährte“ **[1]** über die begonnene Geschichtsaufarbeitung zur NS-Vergangenheit bei Gründern des Kernforschungszentrums Karlsruhe (FZK), das mit der Uni Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie KIT fusioniert wurde. Damit sei der Historiker Bernd-A. Rusinek beauftragt worden. Rusinek arbeitet seit 2008 im Forschungszentrum Jülich (früher Kernforschungsanlage KFA) und ist dort Leiter des Vorstandsarchivs. Ohne Details zu kennen, wirft das unmittelbar die Frage auf, ob der historisierende Beschäftigte eines Atomforschungszentrums, das selber traditionelle Probleme mit seiner NS-Vergangenheit hat, die notwendige Unabhängigkeit für diese Aufgabe aufbringen kann. Vermutlich geht es um eine ganz andere Zielstellung, wie zu zeigen sein wird.



Historiker Prof. Bernd-A. Rusinek
Quelle: <http://www.rusinek.eu/>

Worum geht es? Im September 2012 war von drei ehemaligen FZK-Beschäftigten **[2]**, darunter dem Autor, von KIT verlangt worden, die Ehrensensatorwürde für Rudolf Greifeld abzuerkennen. Greifeld war einer der FZK-Gründer und langjähriger Geschäftsführer. Anfang der 1970er Jahre wurde er aufgrund antisemitischer Äußerungen und Handlungen als SS-Kriegsverwaltungsrat in dem von der faschistischen Wehrmacht besetzten Paris enttarnt und deswegen 1974 drei Jahre vor seinem Rente vom Bundesforschungsministerium seines Postens enthoben. Die Beweisdokumente für die begründete Abschiebung sind jederzeit zugänglich. Trotzdem verzögerte das KIT-Präsidium eine Senatsentscheidung mit immer neuen Ausflüchten gegen vielfältigen öffentlichen Protest, der Ende 2012 mit einer FAZ-Veröffentlichung **[3]** ins Rollen kam.

Wenn es noch einer Erklärung für die nicht nachvollziehbare Verzögerungstaktik bedurft hätte, so wurde sie von der im KIT immer noch äußerst einflussreichen Atomlobby selber geliefert. Der Ex-Chef des Schnellbrüter-Forschungsprogramms Willy Marth schrieb Mitte April in seinem blog **[4]** eine apologetische Würdigung des Atommanners, in der die zuvor geäußerten KIT-Ausflüchte nachgelesen werden können. Er spricht dort von „angeblichen NS-Verstrickungen“ Greifelds. In seiner eigenen Schrift „70 Jahre lang“ **[5]** vor zehn Jahren wusste er noch, dass Greifeld 1974 nach 18-jähriger Tätigkeit als administrativer Geschäftsführer die Vergangenheit aufgrund der Besatzungszeit in Paris eingeholt hatte, nachdem er den „französischen Gastwissenschaftler Dr. Leon Grünbaum - nomen est omen - den Anstellungsvertrag aufkündigte“ und Greifeld wegen rassistischer Verhaltensweisen nicht mehr zu halten war. „Er (Greifeld) musste 62-jährig, und sehr gegen seinen Willen, die Rente antreten“, schrieb Marth 2003. Nun sind daraus „angebliche NS-Verstrickungen“ geworden. Die KIT-Leitung hat das ähnlich, nur etwas vornehmer ausgedrückt.

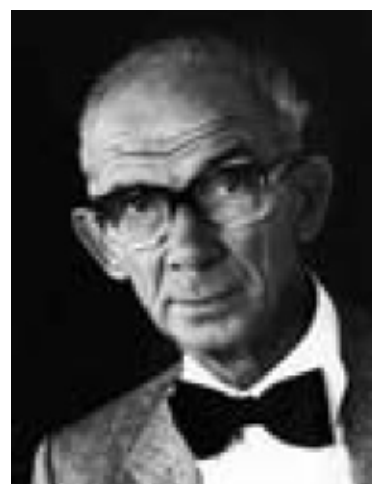
„Die Vorwürfe gegen Dr. Greifeld - so die Argumentation - müssten wissenschaftlich belastbar verifiziert werden. Der von der Ethik-Kommission des KIT hinzugezogene Fachmann sehe dafür einen Zeitbedarf von ein bis zwei Jahren.“ wurde KIT in einer Pressemitteilung [6] von 15 unterzeichnenden Gruppen und Organisationen Ende März 2013 zitiert und dazu kommentiert: „Erwiesene Fakten werden damit in zu überprüfende Vorwürfe umgedeutet. So anerkennenswert die umfassende Geschichtsaufarbeitung ist, so unverständlich ist es, dass die Entscheidung über die Aberkennung hierdurch verzögert wird. Relevante Dokumente zur Causa Greifeld, die auch seine nach 1945 ungebrochen antisemitische Haltung belegen, ebenso wie solche, die im Zusammenhang mit dem weltweit bekannten Lischka-Prozess erwachsen sind, können beim Bundesforschungsministerium sowie bei der Staatsanwaltschaft Köln jederzeit eingesehen werden. Bei gutem Willen kann der KIT-Senat somit noch im Sommersemester 2013 eine Entscheidung in der hier in Frage stehenden Angelegenheit fällen.“



Atommanager Rudolf Greifeld
Quelle: BNN 15.03.13

Was der Historiker Rusinek für die geforderte Aberkennung in seinem für Oktober 2014 (!!!) geplanten Gutachten heraus bringen wird, lässt sich aus dem eingangs erwähnten BNN-Artikel schliessen. „Aus den persönlichen Beziehungen zwischen tätigen Führungskräften erhofft er sich dann, einen »strukturorientierten Blick« auf die ersten Jahre im Forschungszentrum werfen zu können.“ Dieser Blick auf die ersten FZK-Jahre, so die BNN weiter, „könnte zu Erkenntnissen führen, die aus heutiger Sicht bedeutender sind als die Frage nach individueller Schuld oder Nicht-Schuld.“

Bis dahin soll über den NS-belasteten Atommanager Greifeld nicht mehr gesprochen werden. Und nach geschlagenen zwei Jahren wird es ein ellenlanges Gutachten über Strukturfragen geben und eine vieldeutige Antwort zu Rudolf Greifeld. Für dieses Traumergebnis aus der Sicht der Atomlobby ist Bernd-A. Rusinek unbestreitbar hoch qualifiziert. Das kann anhand seiner Veröffentlichungen ohne weiteres abgeleitet werden. Einerseits hat er sich mit der Rolle des Jülicher Greifelds namens Alfred Boettcher auseinander gesetzt [7]. Boettcher war SS-Hauptsturmführer, Physiker und Nazi-Kriegswissenschaftler in den besetzten Niederlanden und u.a. an Apparaturen für Experimente an Dachauer Häftlingen beteiligt. In den Niederlanden war er von 1945-1948 inhaftiert und ab 1960 als wissenschaftlicher Geschäftsführer der KFA Jülich eingesetzt worden. Andererseits ist Rusinek Mitautor einer Denkschrift von 2006 anlässlich des 50-jährigen KFA-Jubiläums [8], in der es zu Boettcher heißt: „Aufgrund seiner Tätigkeit als Physiker im Kriege, die aber nicht als wehrwissenschaftliche Physik anzusehen ist, war Boettcher in der Öffentlichkeit umstritten.“ In einer holländischen Dokumentation - zitiert 2007 im THTR-Rundbrief [9] - erklären die Autoren „Boettcher war ein enthusiastischer Mitarbeiter des Nazi-Systems.“ Dort wird auch auf die verhängnisvolle Rolle von Alfred Boettcher in der KFA und von Walther Schnurr (ab 1960 wissenschaftlicher Geschäftsführer des FZK) hingewiesen, die ebenso wie Greifeld an der atomaren Zusammenarbeit mit den



Nazi-Kriegswissenschaftler
Alfred Boettcher Quelle:
<http://juwel.fz-juelich.de>

damaligen Diktaturen Argentinien, Brasilien und Südafrika beteiligt waren. Rusinek hat auch über einen weiteren KFA-Gründungsvater und dessen Verwicklungen in die NS-Kriegswissenschaft sowie dessen atomare Aufbauleistungen für die neuen Herren geschrieben [10]. Sehr viel Psychologisches und Entschuldigendes für verantwortungslose Wissenschaft.

Wie kann man all diese Widersprüchlichkeiten begreifen? Gesamtbild: Intelligent klingende Relativierungen und beredte Dienstbarkeit. Deswegen wurde er für diesen Neuanlauf einer atomaren Geschichtsentsorgung ausgewählt. Dafür lässt sich das KIT nicht lumpen. Rusinek soll auch in Paris recherchieren. Greifelds Nazi-Vergangenheit in Paris, u.a. die Organisation des Hitler-Besuchs und antisemitische Dienstanweisungen, wurden von dem bereits zitierten jüdischen Physiker Leon Gruenbaum unter Mithilfe von Serge und Beate Klarsfeld aufgedeckt. Wie in einem früheren Beitrag des Autors [11] berichtet, verlor Greifeld aufgrund dieser Enthüllungen und des massiven Protestes französischer WissenschaftlerInnen seine Funktion als deutsches Lenkungsausschussmitglied in der internationalen Forschungseinrichtung Laue-Langevin (ILL) in Grenoble. Dort war er untragbar geworden und später auch in Karlsruhe.

Ernsthafte Aufklärung beschäftigt sich nicht nur mit den Tätern, sondern auch mit den Opfern. Schon jetzt ist dem Forum Ludwig Marum dafür zu danken, dass es am 19. Oktober in Karlsruhe ein Symposium [12] zu Ehren des jüdischen Wissenschaftlers Leon Gruenbaum abhalten wird. Gruenbaum hatte große persönliche Opfer zu erbringen. Aufgrund von Greifelds Diskriminierung fand er keine Beschäftigung als Physiker mehr. Er blieb aufrecht, wissenschaftlich kreativ und entwickelte sich zum Historiker. Als Referenten für das Symposium haben Serge und Beate Klarsfeld zugesagt. Die Historikerin Andrea Hoffend wird sich mit der Nazi-Restauration in Politik und Wissenschaft unter Adenauer auseinandersetzen. Aus dem Bereich der Naturwissenschaften soll eine Persönlichkeit gewonnen werden, die über die deutsche Plutonium-Politik vorträgt. Das hat sowohl einen konkreten als auch einen historischen Hintergrund. KIT forscht an Atomreaktoren der IV. Generation [13] mit Reaktoren, die dem in Kalkar beerdigten ähneln und einer atomaren Wiederaufarbeitung, die der in Wackersdorf beerdigten vergleichbar ist. Als ob es nie eine Energiewende und einen Atomausstieg gegeben hätte. Alles obendrein mit Billigung der Grün-Roten Landesregierung von Baden-Württemberg, die auch zur Causa Greifeld lauthals schweigt. Der historische Bezug ist ein dem Autor übergebenes geschichtswissenschaftliches Manuskript von Leon Gruenbaum unter dem Titel „Genesis der Plutoniumgesellschaft - Politische Konspirationen und Geschäfte“, das wegen seiner Qualität und seines Gedankenreichtums für das Symposium in Auszügen übersetzt vorgelegt werden wird. (PK)

Quellen:

[1] NS-Netzwerken auf der Fährte, Klaus Gaßner BNN 22.06.13
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130622.pdf>

[2] Schriftwechsel mit KIT
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121231.pdf>

[3] Geschichte eines Ehrensensors, Rüdiger Soldt FAZ 29.12.12
<http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/geschichte-eines-ehrensensors-12008671.html>

[4] KIT: Dafür stand Rudolf Greifeld, blog Willy Marth 14.04.13
<http://www.rentnerblog.com/2013/04/kit-dafur-stand-rudolf-greifeld.html>

[5] 70 Jahre lang – Erlebnisse und Beobachtungen, Willy Marth September 2003

- [6] Ehrensenatorwürde für Rudolf Greifeld beenden! PM 26.03.13
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130326.pdf>
- [7] Deutsche und niederländische Physiker, B. Rusinek (unveröffentlicht, datumslos)
<http://www.rusinek.eu/wp-content/uploads/2012/02/Deutsche-und-niederl%C3%A4ndische-Physiker-Vortrag-2001-unver%C3%B6ffentlicht.pdf>
- [8] Rückblick - 50 Jahre Zukunft, Forschungszentrum Jülich 2006
<http://juwel.fz-juelich.de:8080/dspace/bitstream/2128/2534/1/>
- [9] Nukleare „Rattenlinie“: Eichmann und EHR in Argentinien, THTR Rundbrief April 2007
<http://www.reaktorpleite.de/nr.-112-april-07.html>
- [10] Leo Brandt (1908 -1971) Ingenieur - Wissenschaftsförderer -Visionär, B. Mittermaier, B. Rusinek (Hrg.) Forschungszentrum Jülich 2009
http://juwel.fz-juelich.de:8443/dspace/bitstream/2128/3692/1/Allgemeines_06.pdf
- [11] Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur, Dietrich Schulze 2011 in 3 Teilen bei NRhZ
 (1) Warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betreiben sollten
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16473>
 (2) Die Schimären Transmutation und Kernfusion am KIT in Karlsruhe
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16511>
 (3) Die Genese der Plutonium-Tritium-Diktatur - In Memoriam Leon Grünbaum (1934 - 2004) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16547>
- [12] Protestplakat der VVN-Bund der AntifaschistInnen Karlsruhe zum Tag der Arbeit 2013
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130501.pdf>
- [13] Jetzt Entrüsten – Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder „Kriegsdienstleister“? Streitschrift zur Tagung im Juni 2012 am KIT, AnStifter-Verlag Peter Grohmann, Seiten 28-33 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>

Weitere einschlägige NRhZ-Artikel des Autors:

- 27.03.13 Dem KIT-Präsidium alles längst bekannt
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18903>
 Ehrensenatorwürde für Rudolf Greifeld wegen Nazi-Vergangenheit beenden!
- 09.01.13 KIT verschleppt Entscheidung <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18624>
 Zivilcourage gegen skandalöse Ehrensenatorwürde von Dr. Greifeld gefragt
- 19.12.12 Olivgrün gewendeter Landespatriarch
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18537>
 Die Winfried-Kretsch-Maus-Wende in Baden-Württemberg
- 02.05.12 „Atom- und Waffenforschung“ unterbinden!
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17736>
 Zivilklausel: KIT zivil statt militärisch weiter entwickeln!
- 27.04.11 Aber KIT öffnet sich <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16452>
 Atomforschungsprogramm in Karlsruhe bleibt strittig
- 30.03.11 Zweimal Wende eingeleitet <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16350>
 AUS für CDU-Herrschaft - BaWü-Bildungsreform und Uni-Zivilklausel JETZT

Ehrensensatorwürde für Rudolf Greifeld beenden!

Dr. Rudolf Greifeld, 1956 einer der Gründungsmanager des Kernforschungszentrums Karlsruhe, wurde im Zuge des Bekanntwerdens seiner Nazi-Vergangenheit 1974 vorzeitig in seiner Funktion abgelöst. Dennoch konnte sich das Präsidium des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) bisher nicht zu einer Aberkennung der Ehrensensatorwürde entschließen, die Greifeld 1969 von der Universität Karlsruhe ohne Kenntnis seiner Nazi-Vergangenheit verliehen wurde. Die unterzeichnenden Organisationen und Gruppierungen mahnen weiterhin dringend die Annullierung dieser Ehrung an.

Im Dezember 2012 hat die Frankfurter Allgemeine Zeitung die wesentlichen Fakten publik gemacht:

- Greifelds antisemitische Haltung als SS-Kriegsverwaltungsrat im besetzten Paris (u. a. organisatorische Vorbereitung des Hitler-Besuchs in Paris 1940),
- den Protest von 400 französischen WissenschaftlerInnen beim Institut Max von Laue - Paul Langevin (ILL) in Grenoble und Greifelds Rücktritt aus dessen Lenkungsgrremium,
- Greifelds vorzeitige Entfernung aus seiner langjährigen Position als Geschäftsführer des Karlsruher Kernforschungszentrums durch das Bundesforschungsministerium nach umstrittenen Aktivitäten u. a. zugunsten von Kooperationen mit Diktaturen und anderen Atomwaffen anstrebenden Ländern.

Obwohl die Führung des KIT die im September 2012 erstmals vorgetragene Forderung dreier ehemaliger KIT-Beschäftigter nach Annullierung der Ehrensensatorwürde zur Kenntnis genommen und sich betroffen gezeigt hatte, reagierte sie im Januar 2013 in nicht nachvollziehbarer Weise: Die Vorwürfe gegen Dr. Greifeld – so die Argumentation – müssten wissenschaftlich belastbar verifiziert werden. Der von der Ethik-Kommission des KIT hinzugezogene Fachmann sehe dafür einen Zeitbedarf von ein bis zwei Jahren. Erwiesene Fakten werden damit in zu überprüfende Vorwürfe umgedeutet.

Wie die Badischen Neuesten Nachrichten im März 2013 berichteten, hat das KIT jetzt entschieden, einen unabhängigen Historiker mit der Erforschung der NS-Verbindungen weiterer früherer Manager des Kernforschungszentrums – neben Rudolf Greifeld sind das Walther Schnurr, Gerhard Ritter und Josef Brandl – zu beauftragen. Im Zuge dieses zeitaufwändigen Prozesses soll über das Fortbestehen der Ehrensensatorwürde für Greifeld entschieden werden, da dies angesichts der „Schwere der Vorwürfe“ einer „sorgfältigen Prüfung“ bedürfe. So aner kennenswert die umfassende Geschichtsaufarbeitung ist, so unverständlich ist es, dass die Entscheidung über die Aberkennung hierdurch verzögert wird.

Relevante Dokumente zur Causa Greifeld, die auch seine nach 1945 ungebrochen antisemitische Haltung belegen, ebenso wie solche, die im Zusammenhang mit dem weltweit bekannten Lischka-Prozess erwachsen sind, können beim Bundesforschungsministerium sowie bei der Staatsanwaltschaft Köln jederzeit eingesehen werden. Bei gutem Willen kann der KIT-Senat somit noch im Sommersemester 2013 eine Entscheidung in der hier in Frage stehenden Angelegenheit fällen.

Unterzeichnende: Aktionsbündnis „Zeichen setzen“ Bad Schönborn, Attac Karlsruhe, Leni Breymaier (ver.di Landesbezirksleiterin), Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg, Forum Ludwig Marum, freier Zusammenschluss von studentInnen-schaften e. V. (fzs), Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Sektion Nordbaden, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, Initiative Lern- und Gedenkort „Hotel Silber“ e. V., Jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe, Serge und Beate Klarsfeld (FFDJF Paris), LernOrt Zivilcourage e.V., NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ e. V. (NatWiss), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA)

Kontakt: Dr. Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de mobil +49160 9911 3131

Quellenhinweise:

- (1) „Geschichte eines Ehrensensators“ Rüdiger Soldt FAZ 29.12.12 (Printausgabe Seite 2)
- (2) „Mehrzweckforschungsreaktor“ & „Ein Versailles kosmischen Ausmaßes“ gfp.com „Traditionspflege“ (pdf) 08.01.13
- (3) [Originalbrief der drei Beschäftigten](#) an KIT-Präsident Eberhard Umbach 10.09.12 [Schriftwechsel mit KIT](#)
- (4) [„Annullierung der Ehrung Dr. Greifeld“](#) VVN-BdA an KIT 28.01.13 [Schriftwechsel mit KIT](#)
- (5) [„In Memoriam Leon Grünbaum \(1934-2004\)“](#) Dietrich Schulze in Neue Rheinische Zeitung NRhZ Mai 2011
- (6) [„KIT verschleppt Entscheidung“](#) NRhZ 09.01.13 [„Le KIT retarde la prise de décision“](#)
- (7) [„Die NS-Zeit holt KIT ein“](#) Klaus Gaßner BNN 15.03.13 [„KIT arbeitet NS-Historie auf“](#) BNN 22.03.13 mit Kommentar

Mehr in der Web-Dokumentation www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Die NS-Zeit holt nun auch das KIT ein

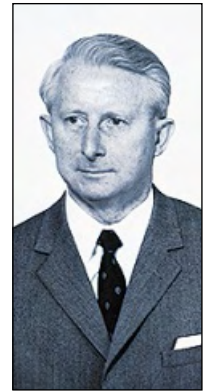
Die Ehrensensator-Würde für einen ehemaligen Chef des Forschungszentrums löst umfassende Aufarbeitung der Geschichte aus

Von unserem Redaktionsmitglied
Klaus Gaßner

Karlsruhe. Sie ist eine einzige Erfolgsgeschichte, die Entwicklung des Forschungszentrums Karlsruhe. Was einst als Experimentierlabor für deutsche Atomenergie seinen Anfang nahm, wurde zu einer wissenschaftlichen Ideenschmiede für die Welt von morgen – von der Medizin- bis zur Umwelttechnik. Diese rasante Entwicklung vom Kernforschungszentrum (KfK) zum Forschungszentrum und nun zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT) gelang auch deshalb, weil die Keimzelle schon kurz nach dem Krieg mit herausragenden Köpfen besetzt wurde.

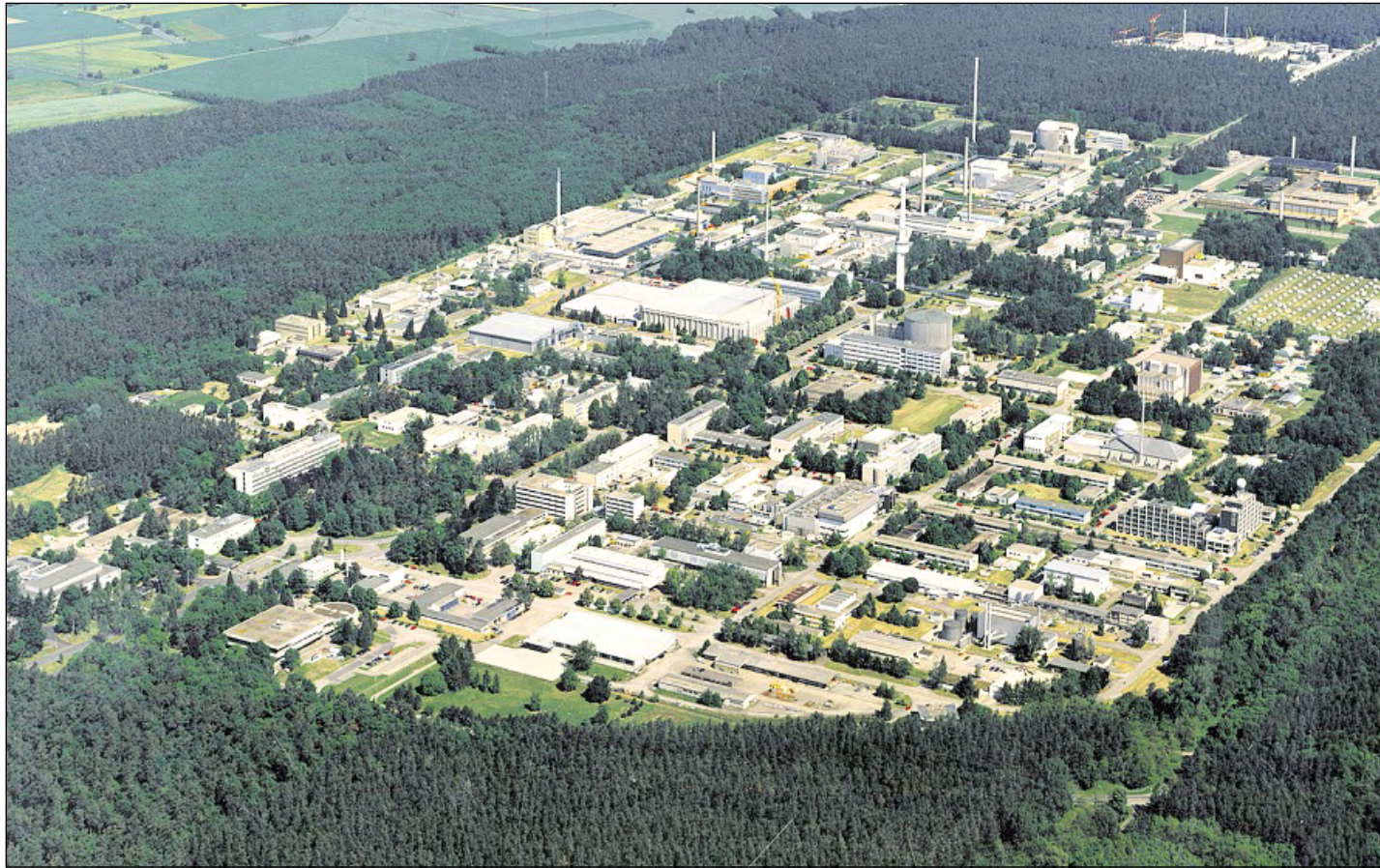
Einer von ihnen ist der 1984 verstorbene Rudolf Greifeld, viele Jahre war er Geschäftsführer des KfK. Seine

Arbeit ist unumstritten, geschickt hat Greifeld schon damals Universität und Forschungszentrum miteinander verzahnt. Das hat ihm 1969 den Titel eines Ehrensensors eingebracht – und dem KIT nun ein paar drängende und unangenehme Fragen. Denn Greifeld war im Dritten Reich in oberster Etage tätig, ein Bild soll ihn an der Seite Adolf



Rudolf Greifeld

Hitlers zeigen. „Und überliefert sind eine ganze Reihe judenfeindlicher Zitate“, sagt Dietrich Schulze, früherer Betriebsrat im Forschungszentrum. Daher fordert Schulz und mit ihm ein kleiner Initiativkreis die Rücknahme des Ehrensensatortitels. Nachdem die Forderungen erstmals laut wurden, hat das KIT die Würde des Ehrensensors „ausgesetzt“ – wie die Pressestelle vermeldet. Die Vorwürfe müssten nun überprüft werden. Diese Prüfung dauert mittlerweile sechs Monate, was die „Frankfurter Allgemeine



DAS FORSCHUNGSZENTRUM KARLSRUHE – einige Forscher der ersten Stunde waren bereits in der Zeit des Nationalsozialismus in führenden Positionen tätig.
Foto: Forschungszentrum/Archiv

ne Zeitung“ kritisch registriert hat. Das kommt nicht von ungefähr: Die FAZ hatte in den siebziger Jahren das Foto veröffentlicht, das Greifeld vor dem Eiffelturm zeigt gemeinsam unter anderen mit Adolf Hitler. Nachdem französische Wissenschaftler nach dieser Veröffentlichung Greifelds Demission gefordert hatten, legte er 1975 seinen Aufsichtsratsposten bei einem deutsch-französischen Atomforschungsinstitut in Grenoble nieder – blieb aber in Karlsruhe in Amt und Würden.

Greifeld steht nicht allein, es gibt weitere, mittlerweile verstorbene ehemalige

Führungskräfte mit unklarer Vergangenheit. Gerhard Ritter, ebenfalls Geschäftsführer im damals taufrischen Zentrum, war im Dritten Reich in der Leitung der IG Farben tätig.

Von Argentinien nach Baden

Als Mitarbeiter der Abteilung „Forschung und Entwicklung“, die dann in die Reichsstelle für Wirtschaftsausbau überging, war er beteiligt an der Entwicklung eines chemischen Kampfstoffs, der noch heute an den späteren Karlsruher Forscher erinnert: Sarin – die Buchstaben des Kunstworts stehen

für Schrader, Ambros und eben: Ritter. Josef Brandl wiederum war zuständig für den Sondergeschäftsbereich Mehrzweckforschungsreaktor. Der Historiker Götz Aly zählt ihn zu den Verwaltungsleuten, die in der NS-Zeit die rigorose Judenpolitik in Ostgalizien zumindest hautnah miterlebten. Auch Walther Schnurr, von 1960 bis 1970 wissenschaftlich-technischer Geschäftsführer des KfK, war an exponierter Stelle für die IG Farben tätig. Nach etlichen Quellen war er im berüchtigten Lager Christianstadt eingesetzt, das größte Munitionslager der NS-Zeit, in dem Zwangsar-

beiter wie Sklaven gehalten wurden. Gleich nach dem Krieg wanderte der Wissenschaftler nach Argentinien aus, wo er im Auftrag der Regierung Sprengstoffe entwickelte. Mitte der fünfziger Jahre kam er nach Karlsruhe. 1972 wurde Schnurr vom Landeskriminalamt über seine Verbindungen mit der Fabrik Christianstadt befragt, er betonte, nie im Lager gewesen zu sein.

Dass die erste Riege der Karlsruher Forscher bereits in der Zeit des Dritten Reichs tätig waren, kann niemanden verwundern. Freilich ist es eine dringende historische Aufgabe zu klären, ob oder inwieweit diese Wissenschaftler für nationalsozialistische Verbrechen Verantwortung trugen. Die andere Aufgabe: Wieweit beeinflusste die Zusammensetzung der Führungsetage die Arbeit im Forschungszentrum? Mit welchem Antrieb erfolgte die Zusammenarbeit etwa zwischen Karlsruhe und Argentinien in Sachen Atomforschung? Und wie wirkte sich die Vorgeschichte des Spitzenpersonals auf die Mitarbeiterführung aus? Der „Spiegel“ und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kritisierten in den siebziger Jahren die Arbeit der Karlsruher Forschungsmanager als bürokratisch und autoritär. So sei es etwa üblich gewesen, sich stets mit Titel anzureden, heißt es da – ganz anders als etwa in anderen Forschungseinrichtungen.

Zumindest von einem ehemaligen Forschungszentrums-Mitarbeiter ist überliefert, wie er während seiner Anstellung in Karlsruhe litt: Der jüdische Physiker Leon Grünbaum hat in einer aufwendigen Studie die Verwicklungen von Paul Greifeld in den siebziger Jahren ans Licht gebracht. Mit bitterem Unterton: Grünbaum selbst, der 2004 starb und auf einem Friedhof in Bad Schönborn bestattet ist, klagte wiederholt über Benachteiligungen im Dienst.

Das KIT beschloss nun, die NS-Verwicklungen des früheren KfK-Personals genau aufzuarbeiten und einen Forschungsauftrag zu vergeben. Unabhängige Historiker sollen sich um eine umfassende Darstellung kümmern.

KIT-Ehrenszenator Dr. Rudolf Greifeld

An die Medien

zur Kenntnis an zuständige Adressaten (*) mit der erneuten Bitte um Unterstützung

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend und anbei eine Presse-Mitteilung zum Thema „Zivilcourage gegen skandalöse Ehrenszenatorwürde gefragt“ mit der Bitte um Veröffentlichung.

Im Falle von Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

für die UnterzeichnerInnen des Briefs an KIT vom 10.09.12

Dietrich Schulze

Dr.-Ing. Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de

Beiratsmitglied NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit www.natwiss.de

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

tel +49721 385403 hy +49160 9911 313

(*) eberhard.umbach@kit.edu'; 'Barnstedt, Elke Luise (VP)'; 'annette.schavan@bundestag.de';
'Winfried.Kretschmann@GRUENE.landtag-bw.de'; 'theresia.bauer@gruene.landtag-bw.de';
'ob.fenrich@karlsruhe.de'; 'manfred.popp@kit.edu'; 'Edith.Sitzmann@GRUENE.landtag-bw.de';
'Claus.Schmiedel@SPD.landtag-bw.de'; 'Frank.Mentrup@SPD.landtag-bw.de';
'alexander.salomon@gruene.landtag-bw.de'; 'gisela.splett@gruene.landtag-bw.de';
'johannes.stober@spd.landtag-bw.de'; 'vorsitz@usta.de'; 'wolfgang.eppler@kit.edu';
'susanne.wenz@verdi.de'; 'thorsten.dossow@verdi.de'; 'detlev.meier@kit.edu';
'Rebecca.Rangnow@isi.fraunhofer.de'; 'hanna.binder@verdi.de'; 'leni.breymaier@verdi.de';
'alfred.uhing@gew-bw.de'; 'matteo.foschi@gew-bw.de'; 'Andrea Hoffend'; 'vorsitzende@gew-bw.de';
'info@jg-karlsruhe.de'; 'klarsfeld.ffdjf@wanadoo.fr'

Ex-Atommanager, Alt-Nazi und Antisemit Greifeld: KIT verschleppt Entscheidung Zivilcourage gegen skandalöse Ehrenszenatorwürde gefragt

“Those who cannot remember the past are condemned to repeat it.”

(George Santayana)

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (1) berichtete am 29. Dezember 2012 über die vom Karlsruher Institut für Technologie KIT (Zusammenschluss von Universität und Forschungszentrum Karlsruhe) geforderte Annullierung der Ehrenszenatorwürde für Dr. Rudolf Greifeld, der 1956 von Franz-Josef Strauß als maßgeblicher Gründer mit geheim gehaltener Nazi-Vergangenheit im ehemaligen Kernforschungszentrum Karlsruhe eingesetzt wurde. 1969 hatte ihn die Universität Karlsruhe ohne Kenntnis von dessen Vergangenheit als Ehrenszenator benannt.

Als in zweierlei Hinsicht überraschende Reaktion auf den FAZ-Artikel meinte die KIT-Leitung am 3. Januar 2013, dass „die Vorwürfe gegen Dr. Greifeld wissenschaftlich belastbar verifiziert“ werden müssen und der hinzugezogene Fachmann dafür einen Zeitbedarf von 1-2 Jahren sieht.

Damit werden erstens die in der FAZ benannten Fakten:

- Greifelds dokumentarisch belegter Antisemitismus als SS-Kriegsverwaltungsrat der Nazi-Wehrmacht im besetzten Paris in ranghöchster Funktion (u.a. Organisation des Hitlerbesuchs in Paris),
- der massive Protest französischer WissenschaftlerInnen am Institut Max von Laue – Paul Langevin ILL in Grenoble und in dessen Folge die Demissionierung Greifelds dort im Lenkungsgremium und
- dessen vorzeitige Entfernung als Geschäftsführer des Kernforschungszentrums durch das Bundesforschungsministerium nach 20-jähriger hochumstrittener Tätigkeit (u.a. Einfädelung von atomaren Kooperationen mit Diktaturen mit Atomwaffenambitionen)

schlicht in zu überprüfende Vorwürfe umgefälscht.

Damit wird zweitens eine Recherche-Aufgabe für qualifizierte Fachleute von 1-2 Monaten von einem merkwürdigen Fachmann auf 1-2 Jahre aufgeblasen. Eine völlig inakzeptable vorsätzliche Verschleppungstaktik.

Wie eigentlich ist dieser Ehrensensator nach so langer Zeit auf die Tagesordnung geraten? Statt die Geschichte aufzuarbeiten, wurde nach Greifelds Entfernung erneut der Mantel des Schweigens über die Affaire gebreitet. Im April 2012 veröffentlichte KIT erstmals die Liste der Ehrensensatoren im Internet. Zuerst machte das Internet-Portal [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) **(2)** darauf aufmerksam. Anfang September wandten sich drei ehemalige Beschäftigte des Kernforschungszentrums mit der Forderung nach Annullierung an die KIT-Leitung **(3)**. Dem Archivar der Universität (KIT Campus Süd) wurden dazu wichtige Dokumente übergeben.

Von Beginn an unterstützten die Annullierungsforderung Beate und Serge Klarsfeld aus Paris ("Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France" FFDJF, die eine tragende Rolle bei der Aufdeckung von Greifelds Nazi-Vergangenheit spielten), die jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe, der Verein „LernOrt Zivilcourage e.V.“, Bundestags- und Landtagsabgeordnete und viele andere mehr. Ganz im Gegensatz dazu eine Reihe von Zuständigen in Bund, Land und Technologieregion, die um Unterstützung gebeten wurden. Bundesforschungsministerin Schavan (CDU), Ministerpräsident Kretschmann (GRÜNE), Wissenschaftsministerin Bauer (GRÜNE) und der Karlsruher Oberbürgermeister Fenrich (CDU) schweigen seit einem Vierteljahr lauthals. Dabei wäre es für Ministerin Schavan eine Kleinigkeit, KIT mit den Greifeld-Unterlagen ihrer Vorgänger Ehmke, Matthöfer und Hauff zu versorgen.

Der Verfasser des eingangs zitierten Artikels, FAZ-Korrespondent Rüdiger Soldt, hat völlig Recht, wenn er seinen Beitrag mit der Hoffnung schließt, dass das ehemalige Kernforschungszentrum (KIT Campus Nord) mit der Aufarbeitung seiner Geschichte beginnen möge. Der erste notwendige Schritt dazu sollte die Entscheidung über Ehrensensator Greifeld sein, die bei gutem Willen noch in diesem Semester getroffen werden kann.

Die Geschichtsaufarbeitung betrifft nach Auffassung der drei UnterzeichnerInnen **(4)** der Annullierungsforderung sowohl Täter als auch Opfer. Mit tragischen persönlichen Konsequenzen hatte der jüdische Physiker und Heisenberg-Schüler Leon Grünbaum den Stein gegen Greifeld ins Rollen gebracht. In seiner zweiten geschichtswissenschaftlichen Dissertation an der Sorbonne zeichnet er u.a. die antisemitischen Wurzeln der Affaire Greifeld **(5)** nach. Grünbaums zweimalige Verfolgung, zuerst seiner Familie durch die Faschisten und später die Diskriminierung durch Greifeld darf nicht in Vergessenheit geraten. In Kürze wird mit der Planung eines Symposions über Leon Grünbaum begonnen.

Quellen:

- (1) Geschichte eines Ehrensensors“, Rüdiger Soldt in FAZ 29.12.12 (Printausgabe Seite 2)
<http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/geschichte-eines-ehrensensors-12008671.html>
- (2) „Mehrzweckforschungsreaktor“ 21.06.12 und „Ein Versailles kosmischen Ausmaßes“ 14.06.12 in [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120628.pdf>
- (3) Schriftwechsel mit KIT (11.09.12 bis 31.12.12) mit cc an Zuständige
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121231.pdf>
- (4) Originalbrief 10.09.12 an den KIT-Präsidenten http://www.bruchsaler-friedensinitiative.de/common/download.php?artikel/2012/20120911_1_schreiben_umbach_w_g_greifeld_20120910.pdf
- (5) "In Memoriam Leon Grünbaum (1934-2004)", Dietrich Schulze in Neue Rheinische Zeitung 25.05.11 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16547>
mehr in der Web-Dokumentation <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

<http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/geschichte-eines-ehrensensors-12008671.html>

Geschichte eines Ehrensensors

28.12.2012 · Das Jahr 1969 war für das Karlsruher Kernforschungszentrum ein schlechtes Jahr. In der Presse wurde über Misswirtschaft berichtet. Das Zentrum werde mit so viel Geld gefördert wie eine große Universität, die wissenschaftlichen Ergebnisse seien aber eher bescheiden. Der damalige Bundesforschungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) entschied, die Forschungen zum dampfgekühlten „Schnellen Brüter“ einzustellen. Die Universität Karlsruhe traf 1969 auch eine Entscheidung, die bis heute ein zweifelhaftes Licht auf die staatlich forcierte Atomforschung fallen lässt: Sie verlieh dem Geschäftsführer des Forschungszentrums, Dr. Rudolf Greifeld, die Ehrensensorenwürde.

Heute sind das ehemalige Kernforschungszentrum und die Technische Universität zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT) vereint. Und die Entscheidung über die Ehrensensorenwürde wird angefochten: Dietrich Schulze, ein ehemaliger Mitarbeiter des Karlsruher Forschungszentrums, hat einen Brief an den KIT-Präsidenten Professor Eberhard Umbach geschrieben, in dem er ihn dazu auffordert, Greifelds Ehrentitel zu annullieren. Greifeld musste 1975 als Aufsichtsrat eines französischen Kernforschungsinstituts zurücktreten, weil er Kriegsverwaltungsrat im zivilen Stab des deutschen Militärbefehlshabers von Paris gewesen war. Es gibt ein Foto, das ihn vor dem Eiffelturm am 28. Juni 1940 zeigt, mit auf dem Bild: Adolf Hitler, Arno Breker, Albert Speer. Von Greifeld sind aus dieser Pariser Zeit antisemitische Äußerungen belegt. Durch heftige internationale Proteste und auch die kritische Berichterstattung dieser Zeitung wurde Greifeld damals zum Rücktritt bewegt. Zuvor hatte Rudolf Greifeld noch ein Kooperationsabkommen mit der pakistanischen Atomenergiebehörde unterzeichnet.

Nun sorgt der Fall wieder für Aufsehen. „Die Ehrensensorenwürde von Dr. Rudolf Greifeld ruht derzeit. Der KIT-Senat hat die Ethikkommission des KIT beauftragt, den Sachverhalt zu prüfen“, teilte das Institut mit. Es scheint, als ob die Aufarbeitung der Geschichte des Kernforschungszentrums Karlsruhe noch ziemlich am Anfang steht.

RÜDIGER SOLDT

Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie KIT
Prof. Eberhard Umbach
Kaiserstraße 12
76131 Karlsruhe

KIT-Ehrensensator Dr. Rudolf Greifeld

Sehr geehrter Herr Prof. Umbach,

wir wünschen Ihnen Erfolg in Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit und bitten um Nachsicht, dass wir Sie gleich zu Beginn Ihrer Position als alleiniger KIT-Präsident mit einem Thema befassen müssen, das weit in die Vergangenheit der beiden KIT-Vorläufer zurückreicht.

Als langjährige ehemalige Beschäftigte des Forschungszentrums haben wir mit tiefer Bestürzung erfahren, dass in der erstmals ins Internet gesetzten Liste der 182 KIT-Ehrensensatoren Rudolf Greifeld geführt wird: „Die damalige Universität Karlsruhe verlieh Dr.-jur. Rudolf Greifeld 1969 die Ehrensensatorenwürde.“

Herr Greifeld musste Anfang 1976 vorzeitig von seiner Funktion als administrativer Geschäftsführer des Kernforschungszentrums (seit Gründung 1956 hatte er diese Position) entlassen werden, weil dessen jahrzehntelang gehütetes Geheimnis ans Licht der Öffentlichkeit gebracht worden war. Er war als SS-Kriegsverwaltungsrat Kommandant von Groß-Paris, d.h. Hitlers oberster Statthalter im besetzten Paris.

Im Oktober 1975 war aufgrund der Nachforschungen von Serge und Beate Klarsfeld ein Dokument aufgefunden worden, das Greifelds Antisemitismus unter Beweis stellte (2.1.1941 „In letzter Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit. ...“). Diese Enthüllung hatte eine jahrelange Vorgeschichte, die mit Greifelds Diskriminierung des bei der damaligen Gesellschaft für Kernforschung beschäftigten jüdischen Kernphysikers Dr. Leon Grünbaum ins Rollen kam. Mehrere Beschäftigte sahen sich veranlasst, am 15.1.1973 ein Schreiben an den Forschungsminister zu richten. Greifeld hatte sich beim Empfang von gewählten WissenschaftlerInnen damit gebrüstet, den Hitler-Besuch 1940 in Paris organisiert zu haben und erklärt: „Immerhin ist Hitler ein bedeutender Mann gewesen.“ Aufgrund der Recherchen und Veröffentlichungen von Grünbaum und den Klarsfelds hatten 400 WissenschaftlerInnen der internationalen Forschungseinrichtung „Institut Laue-Langevin“ ILL in Grenoble mit einer Petition die Demission Greifelds als deutsches Mitglied im ILL-Lenkungsausschuss durchgesetzt. Nach graphologischer Echtheitsbestätigung des obigen Dokuments konnte Greifelds aktive Rolle bei der Judenverfolgung nicht länger vertuscht werden. Aufgrund seines unbelehrbaren nazistischen und antisemitischen Charakters war er als Manager einer öffentlichen Forschungseinrichtung untragbar geworden.

Das alles ist dem Gremium der Universität Karlsruhe bei der Beschlussfassung im Jahr 1969 mit Sicherheit nicht bekannt gewesen. Einen Antisemiten mit Nazi-Vergangenheit als KIT-Ehrensensator zu führen, ist eine Schande und fügt dem Ansehen des KIT großen Schaden zu.

Wir ersuchen Sie hiermit, Herr Prof. Umbach, Ihre Autorität dafür einzusetzen, dass diese Ehrensensatorwürde annulliert wird.

Mit freundlichen Grüßen



Zur Information mit der Bitte um Unterstützung:

- Ministerin Dr. Annette Schavan; Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Ministerin Theresia Bauer; Oberbürgermeister Heinz Fenrich (Vorstandsvorsitzender der Technologieregion Karlsruhe); Prof. Manfred Popp (früherer Vorstandsvorsitzender des Forschungszentrums)
- Landtagsfraktionen der Koalition Edith Sitzmann, Claus Schmiedel; regionale Landtagsabgeordnete Dr. Frank Mentrup, Alexander Salomon, Dr. Gisela Splett, Johannes Stober
- UStA KIT Philipp Rudo; Personalrat KIT Dr. Wolfgang Eppler; Gewerkschaft ver.di Susanne Wenz, Thorsten Dossow, Detlev Meier, Rebecca Ragnow, Hanna Binder, Leni Breymaier; Gewerkschaft GEW Alfred Uhing, Matteo Foschi, Maria Galda, Achim Brötz, Doro Moritz
- Jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe David Seldner, Solange Rosenberg; Rolande Tordjman-Grunbaum (Witwe von Leon Grünbaum), Paris; Beate Klarsfeld, Paris

Sénateur d'honneur du KIT Dr. Rudolf Greifeld

Monsieur le Président,

Permettez-nous de vous envoyer nos souhaits de succès pour vos activités dans votre nouvelle fonction responsable de Président du KIT. En même temps, nous prions de bien vouloir nous excuser que, déjà au début de votre travail dans cette position, nous attirons votre attention sur un problème qui remonte loin dans l'histoire des deux prédécesseurs du KIT.

En tant qu'anciens collaborateurs du Centre de recherche nous venons d'apprendre avec le sentiment d'une grande consternation que la liste des 182 sénateurs d'honneur du KIT nouvellement publiée dans l'internet contient le nom de Rudolf Greifeld: »L'ancienne Université de Karlsruhe a décerné en 1969 le titre de sénateur d'honneur au docteur en droit Rudolf Greifeld.«

Au début de l'année 1976 M. Greifeld a été licencié prématurément de son poste de directeur administratif du Centre des recherches nucléaires (poste qu'il occupait depuis sa fondation en 1956) car certaines informations tenues secrètes pendant des décennies avaient été rendues publiques. En tant que conseiller d'administration de guerre de la SS, il était le commandant du Grand-Paris. En autres termes il était le gouverneur supérieur d'Hitler de la ville de Paris occupée.

Grâce aux recherches de Serge et Beate Klarsfeld, un document qui prouvait l'antisémitisme de Greifeld avait été découvert en octobre 1975 (2 janvier 1941: »Ces derniers temps, le Juifs prennent de nouveau leurs aises à Paris «). Cette révélation avait une préhistoire durant des années qui débutait par la discrimination d'un physicien nucléaire juif, le Dr. Léon Grunbaum, qui était employé dans la Société de la recherche nucléaire de l'époque. Plusieurs employés se sont sentis amenés à adresser le 15-01-1973 une lettre de protestation au Ministre de la Recherche scientifique de la R.F.A. pour attirer son attention sur le fait que Greifeld, lors d'une réception de scientifiques choisis, s'était vanté d'avoir organisé la visite d'Hitler à Paris en 1940 et avait déclaré devant eux: »Tout de même, Hitler avait été un homme important.« Suite aux recherches et publications de Grunbaum et des Klarsfeld, 400 scientifiques de L'Institut international »Laue-Langevin« à Grenoble avaient signé une pétition et obtenu la démission de Greifeld du poste de représentant de la R.F.A. dans le Comité directeur de cet institut. Après que l'authenticité du texte ait été reconnue par un graphologue, il n'était plus possible de tenir secret le rôle actif de Greifeld dans la persécution des juifs. Etant donné ses opinions nazies et antisémites irrécupérables, il n'était plus possible de le laisser conserver son poste de manager d'une grande institution de recherche publique.

Tout cela n'était certainement pas connu du Comité Directeur de l'Université de Karlsruhe lors de la prise de décision en 1969. C'est une honte que d'avoir en tant que sénateur d'honneur un antisémite avec un passé de nazi, et cela inflige un grand préjudice à la réputation du KIT.

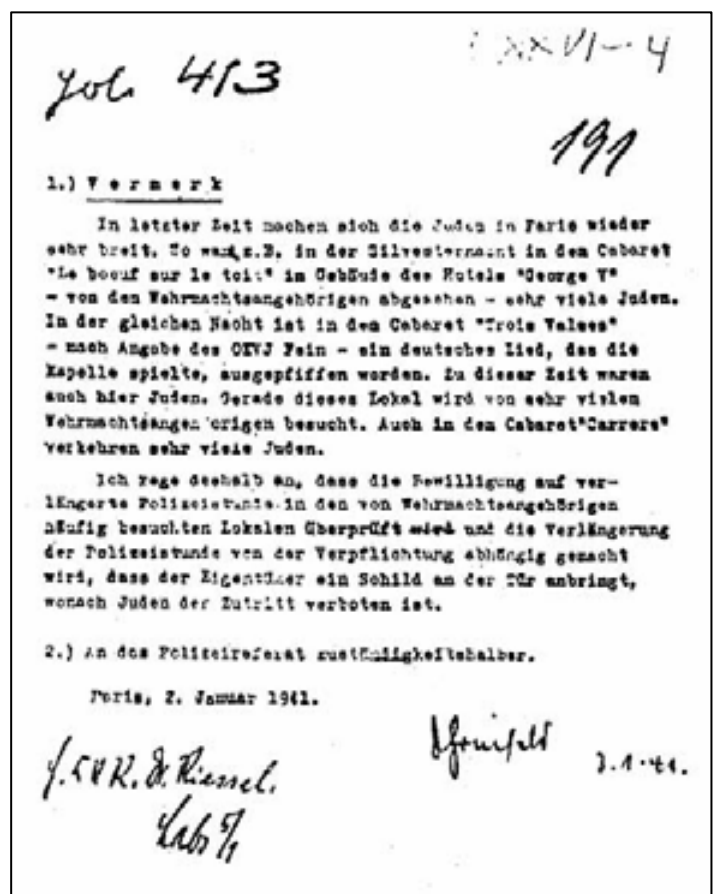
Par la présente nous vous demandons de faire usage de votre autorité pour que soit mis un terme à ce titre de sénateur d'honneur.

Veuillez agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués



Rudolf Greifeld, Herrmann Giesler, Albert Speer, Adolf Hitler und Arno Breker am 28. Juni 1940 in Paris (v.l.n.r.)

Quelle: www.juedische-allgemeine.de



Frau
Dagmar Hamdi
Hagsfelder Allee 3a
76131 Karlsruhe

Herrn
Dr.-Ing. Dietrich Schulze
Winterstr. 27
76137 Karlsruhe

Herrn
Dr. Volkhard Jung
Elbingerstr. 2a
76139 Karlsruhe

Präsident
Prof. Dr. Eberhard Umbach

Hermann-von-Helmholtz-Platz 1
76344 Eggenstein-Leopoldshafen

Telefon: +49 721 608-22000
Fax: +49 721 608-26123
E-Mail: eberhard.umbach@kit.edu
Web: www.kit.edu

Datum: 01. Oktober 2012

KIT-Ehrensensator Dr. Rudolf Greifeld

Sehr geehrte Frau Hamdi, sehr geehrter Herr Dr. Schulze, sehr geehrter Herr Dr. Jung,

mit Ihrem Schreiben vom 10. September 2012 haben Sie mich darauf aufmerksam gemacht, dass Dr. Rudolf Greifeld, dem im Jahre 1969 die Ehrensensatorwürde der damaligen Universität Karlsruhe verliehen wurde, ein allem Anschein nach äußerst fragwürdiges Amt in der Zeit des Nationalsozialismus innehatte sowie eine ebenso fragwürdige persönliche Einstellung zeigte. KIT nimmt diese Hinweise sehr ernst. Daher hat der KIT-Senat umgehend eine umfassende Prüfung des Sachverhalts durch die Ethikkommission des KIT veranlasst. Neben Dr. Rudolf Greifeld werden überdies alle weiteren 18 Ehrensensatoren, die in der Zeit des Nationalsozialismus ernannt wurden, einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die Ethikkommission wird dem KIT-Senat seine Ergebnisse übermitteln, auf deren Basis eine Entscheidung über das weitere Vorgehen getroffen wird.

Mit bestem Dank für Ihren Hinweis und freundlichen Grüßen,



Eberhard Umbach

Jetzt entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs»Dienstleister«?

Berichte über die Tagung im Juni 2012 zu Verantwortung der Wissenschaft, Zivilklausel, Rüstungs- und Atomforschung am KIT Karlsruhe

Anmerkung der Herausgeber

Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte sind Atom- und Waffenforschung unter dem Dach von KIT gleichzeitig angesiedelt. Solange nicht die seit 2008 geforderte einheitliche Zivilklausel im KIT-Gesetz verankert ist, liegt hier eine hochbrisante Situation vor. Das wurde in Eröffnungsbeiträgen der Karlsruher Tagung und in der abschließenden Podiumsdiskussion erörtert. Nachfolgend der Beitrag von Harry Block



Option Atomwaffenstaat?

In der Bundesrepublik ist personell und technologisch von Beginn an die Option offen gehalten worden, Atomwaffenstaat werden zu können. Der Vortragende, damaliger Mitgründer der Grünen Partei, wurde 1989 wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland in fünf Fällen vor Gericht gestellt. Begründet wurde die Klage mit dessen Erklärung „Das Kernforschungszentrum Karlsruhe ist eine potentielle Atomwaffenschmiede.“ Geltend gemachter Schadensersatzanspruch 2 Milliarden DM. Das Gericht hatte ein Einsehen, brach eine Lanze für die Meinungsfreiheit und wies die Klagen betreffend den Forschungsreaktor FR2, den Mehrzweckforschungsreaktor MZFR, die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe und die Versuchsanlage KNK (Schneller Brüter) zurück.

Das ehemalige Kernforschungszentrum (jetzt KIT) ist das Paradebeispiel für den Irrweg Atomkraft, für die irrläufige Verknüpfung von Industrie-Interessen (EnBW) mit Universitäts- und Großforschung. Dabei ist interessant, dass in Anlehnung an die Sichtweise der Göttinger 18 (Professoren-Protest von 1957 gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr) die Friedensbindung per Zivilklausel von Anfang an galt (völkerrechtliche Verpflichtung im Ergebnis des zweiten Weltkriegs). Einer der Göttinger, Professor Wirtz, der an der Haigerlocher Uranmaschine (stand im Kontext des Versuchs Nazi-Deutschlands eine Atombombe zu bauen) geforscht hatte, der Vater der Karlsruher Atomanlagen, hat selber niedergeschrieben, dass Forschung nie wieder für einen Krieg verwendet werden darf. Die deutsche Kernforschung hatte aber ganz andere Folgen. Über Kernforschungs Kooperationen mit Südafrika, Brasilien, Pakistan, Indien, Israel und Iran erlangten diese Länder das für Atomwaffen notwendige Wissen. Hieran wird die prinzipielle Gefahr der Doppeltverwendbarkeit (Dual Use) dieser Technologie sichtbar. Noch im Jahre 2003 war das Kooperationsabkommen für die „friedliche Nutzung der Atomenergie“ mit dem Iran erneuert worden.

Bis heute gibt es kein Endlager für den radioaktiven Müll. Im KIT Nord existiert das bundesweit größte Zwischenlager für schwach- und mittelaktiven Atom Müll (120.000 Fässer mit 67.000 m³) mitten im Hardtwald, dem größten zusammenhängenden Waldgebiet. Aus 18 von früher 32 Kaminen werden radioaktive Emissionen nach wie vor abgegeben. Vor der KIT-Gründung war der Atom Müllbereich an die Energie Nord, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Bundesrepublik ausgegliedert worden. Wegen des Ausstiegsbeschlusses und der Nichtverfügbarkeit eines Endlagers steht nun die Erweiterung des jetzt schon überquellenden Zwischenlagers auf der Tagesordnung. Dagegen hat sich in der Anrainer-Gemeinde Linkenheim Widerstand entfaltet. Die Gemeinde will nicht das Atom Müll-Klo der Republik werden. Hätten 1986 nach Tschernobyl die WissenschaftlerInnen hier in Karlsruhe und anderswo die jetzt allgemein anerkannten Konsequenzen gezogen, wäre das alles vermutlich abgearbeitet und die Energiewende verwirklicht.

Zur Erinnerung: In der Versuchsanlage WAK zur Wiederaufarbeitung der radioaktiven Brennstäbe auf dem Gelände des KIT Nord sind (1971-1991) 1.100 kg Plutonium vom Atom Müll abgetrennt worden. Erst kürzlich wurden die 70 m³ radioaktive Abfalllösung in verglaste Form nach Lubmin verbracht. Für den Atom Müll der schon abgerissenen bzw. noch abzureißenden Anlage gibt es kein Endlager (Kostenpunkt für Abriss: 2,8 Milliarden EURO laut Badische Neueste Nachrichten).

Das europäische Institut für Transurane ITU auf dem Gelände des KIT Nord forscht für die 4. Generation von Atomkraftwerken (die 2. Generation sind die jetzt gebräuchlichen, die 3. Generation wird derzeit z.B. in Frankreich und Finnland gebaut) unter Federführung von KIT-Wissenschaftlern für die Europäische Union unter Mitarbeit einer großen Menge an KIT-Beschäftigten. Es geht um Brennelemente für die sog. Transmutationsreaktoren. Das sind ähnliche Reaktoren wie der stillgelegte Schnelle Brüter in Kalkar.

Dazu ist mehrfache Wiederaufarbeitung nötig – weit über das hinaus, was für das verhinderte Wackersdorf geplant war. Dafür hat das ITU eine Gebäudeerweiterung zum Zweck der Lagerung von 68 kg hochgiftigem Plutonium, 350 kg Thorium und 1000 kg Uran beantragt, darunter 100 kg auf 98% angereichertes atomwaffenfähiges Uran. Vor zwei Monaten hat die Grün-Rote Landesregierung Baden-Württemberg dem beschlossenen Atomausstieg zum Trotz dem ITU die atomrechtliche Genehmigung für den Umgang mit fast 1,5 Tonnen radioaktivem Material erteilt. Kein Wort der Kritik an der Fortsetzung der Atomreaktorforschung im KIT. (*Harry Block*)

Podium: Weder Atom- noch Waffenforschung

Die Friedensarbeit von Werner Buckel zeigte sich als verbindende Klammer für alle Beiträge des Karlsruher Kongresses gegen Kriegsforschung als auch für das abschließende Podium mit VertreterInnen aus Friedenswissenschaft, Studierendenschaft, Gewerkschaften und Politik.

Die wichtigsten gemeinsam von den PodiumsteilnehmerInnen und dem Auditorium getragenen Ergebnisse:

- (1) Die Zivilklausel steht nicht im Widerspruch zur Wissenschaftsfreiheit und soll die Hochschulen frei von Militärforschung halten mittels Senatsbeschlüssen und durch gesetzliche Verankerung in Landeshochschulgesetzen. Für das zur Novellierung anstehende Hochschulgesetz Baden-Württemberg wird die Aufnahme der Zivilklausel mit Wirkung auch für das KIT-Gesetz befürwortet.
- (2) Dem Transparenzgebot (s. auch Koalitionsvertrag BaWü) muss Geltung verschafft werden. Als unerträglich wird es empfunden, dass Bundestagsanfragen nach militärrelevanten Forschungsprojekten an einzelnen Hochschulen neuerdings am „Geheimchutz“ scheitern. Diese BMVG-Geheimchutz-Klausel sei abzuschaffen.
- (3) Als Konsequenz aus der Energiewende ist die Atomreaktorforschung (IV. Generation, Transmutation) am KIT zu beenden.

Die Pakistan-Connection

von Meinrad Heck

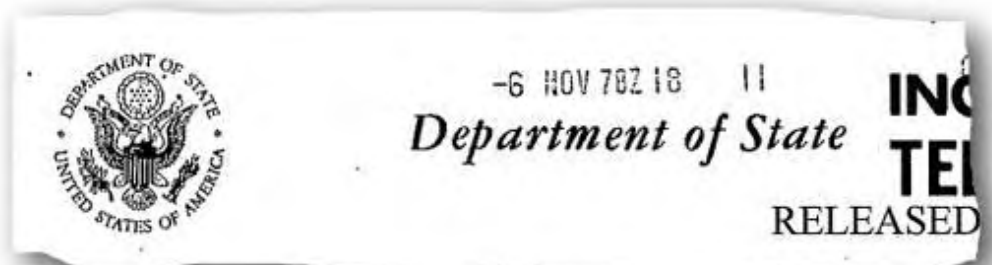
Wenn die verfeindeten Atommächte Indien und Pakistan Raketen testen, zuckt die Welt zusammen. Letzten Monat war es wieder so weit. Erst feuerte Indien eine atomwaffenfähige Rakete ab, eine Woche später Pakistan. Woher stammt die Bombe? In den USA erst vor Kurzem veröffentlichte Dokumente nähren den Verdacht, das frühere Kernforschungszentrum Karlsruhe könnte 1978 eine unrühmliche Rolle gespielt haben.



November 1978, irgendwo in Wien: Die beiden Männer unterhielten sich über ein außerordentlich brisantes Thema. Diese Geschichte stand im Zusammenhang mit dem befürchteten Bau einer pakistanischen Atombombe, und sie sollte nur "mit größter Diskretion" behandelt werden. Andernfalls, so vertraute der Informant seinem Gesprächspartner an, andernfalls könnte die Spur zur Quelle dieser heiklen Information sehr leicht zurückverfolgt werden.

Die beiden Herren, die sich da im Vertrauen unterhielten, waren keine Agenten, sondern höchst offizielle Vertreter ihrer jeweiligen Behörden. Roger Kirk war in jenen Jahren US-Botschafter bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), und der Engländer David Fischer war Stellvertretender Direktor dieser IAEO. Was Fischer dem Amerikaner zu sagen hatte, elektrisierte den US-Diplomaten. Seit Jahren stand Pakistan im Verdacht, an einer Atombombe zu bauen, nachdem Erzfeind Indien im Mai 1974 seinen ersten nuklearen Sprengsatz gezündet hatte. Und in diesem Zusammenhang ließ Fischer vier Jahre danach seinen US-Gesprächspartner wissen, dass "ein pakistanischer Wissenschaftler zwölf Monate bei Transuranium in [Karlsruhe](#)" verbrachte habe und später noch einmal zwei Wochen bei "WAK in Germany" (gemeint war die damalige Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe). Beide, WAK und Transuranium, lagen seinerzeit am Nabel der nuklearwissenschaftlichen Welt: im Kernforschungszentrum Karlsruhe. In beiden Einrichtungen geht es um den Umgang mit dem Bombenstoff Plutonium.

Und vielleicht brisanter noch: Er, der stellvertretende IAEO-Direktor, wisse aus der gleichen Quelle, dass eine deutsche Delegation nach Pakistan gereist sei, um Themen der Wiederaufarbeitung ("reprocessing matters") zu diskutieren. Dieser Delegation sei in Pakistan der Zugang zu bestimmten Atomanlagen verwehrt worden, weshalb die



IT COULD EASILY BE TRACED TO A SINGLE AGENCY SOURCE. A PAKISTANI SCIENTIST HAD SPENT TWELVE MONTHS AT TRANS-URANIUM AT KARLSRUHE, SIX MONTHS AT IUREX IN ITALY AND TWO WEEKS AT WAK IN GERMANY OVER COURSE OF LAST TWO YEARS. THE SAME SOURCE REPORTED THAT AN FRG MISSION WHICH WENT TO PAKISTAN (PRESUMABLY LAST YEAR) TO TALK ABOUT REPROCESSING

Deutschen "besorgt" gewesen seien. Vor allem, weil sie auch Laboratorien gesehen hätten, deren Ausstattung den Umgang mit Plutonium erlaubten. Und der englische IAEA-Direktor ließ seinen Gesprächspartner wissen, seine Quelle wisse auch zu berichten, dass die Pakistanis versucht hätten, mit einem deutschen Unternehmen für den Bau von Wiederaufarbeitungsanlagen Kontakt aufzunehmen. Eilig setzte sich der US-Diplomat am 6. November 1978 in sein Büro und kablete die Informationen "secret" an das US-Außenministerium.

Zwei Tage später alarmierten die Amerikaner das deutsche Außenministerium, um "auf höchster politischer Ebene" Näheres über den befürchteten Bau einer pakistanischen Wiederaufarbeitungsanlage und die mögliche deutsche Beteiligung herauszufinden. Die Antwort aus der damaligen Bundeshauptstadt Bonn fiel den Jahrzehnte unter Verschluss gehaltenen US-Dokumenten zufolge ernüchternd aus. Die Deutschen zeigten sich "überrascht". Sie hielten ihre Exportbeschränkungen für Nuklearmaterial für "mehr als angemessen" und bezweifelten, dass deutsche Unternehmen jemals illegal exportieren könnten.

"Sensitive Bereiche der Urananreicherung"

Tatsächlich war am 25. Juni 1974 zwischen der Pakistan Atomic Energy Commission (PAEC) und dem Kernforschungszentrum Karlsruhe eine offizielle "Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie" geschlossen worden. Einen Monat zuvor hatte Pakistans Erzfeind Indien seinen ersten Atombombentest durchgeführt. Pakistans Diktator General Zia ul-Haq hatte seinem Land deshalb verboten, ebenfalls eine Bombe zu bauen, selbst "wenn wir dafür Gras fressen müssten". Jenes Abkommen zwischen den Karlsruhern und Islamabad sprach zwar von einer friedlichen Nutzung der Kernenergie, allerdings sollten dabei ausdrücklich auch "sensitive Bereich der Urananreicherung, Wiederaufarbeitung und Schwerwasserherstellung abgedeckt" sein. Samt und sonders also Bereiche, die sowohl friedlich als aber eben auch militärisch nutzbar waren.

Die Amerikaner hatten den Braten Jahre später gerochen. Schon Tage vor jenem geheimnisvollen Gespräch zwischen dem US-Mann und dem stellvertretenden IAEA-Direktor hatte ein französischer Diplomat in Sachen pakistanischer Beschaffungsversuche in Europa keinen Hehl aus seinen Befürchtungen gemacht. "Die größte Gefahr", erklärte der Franzose einem US-Geheimpapier zufolge, "geht von Italien und Deutschland aus." Der Mann hatte nur vergessen zu erwähnen, dass die Grande Nation selbst längstens dick mit den Pakistanis im Geschäft war.

Dokumente Jahrzehnte unter Verschluss

Diese entlarvenden Dokumente sind erst seit wenigen Monaten auf dem Markt. Sie haben nichts mit den sogenannten Wikileaks-Botschaftsdepeschen zu tun, die offiziell Tausenden von Menschen zugänglich waren. Die Dokumente über die Pakistan-Connection waren dagegen ausnahmslos als geheim klassifiziert und nur gut einem Dutzend Insidern zugänglich. Sie blieben über drei Jahrzehnte unter Verschluss und stammen ausdrücklich nicht aus dunklen oder anonymen Quellen. Ihre Freigabe wurde vom privaten National Security Archive an der George-Washington-Universität mit Verweis auf das amerikanische Informationsfreiheitsgesetz erzwungen. Sie wurden im Sommer vergangenen Jahres veröffentlicht. Seitdem stehen die Papiere online im Internet (www.nsarchive.org).



Bis dahin gab es in der Geschichtsschreibung eher einen einzigen Bösewicht: Abdul Quadir Khan, jenen Pakistani, den seine Landsleute als den "Vater" ihrer Bombe verehren. Er hatte als junger Wissenschaftler in europäischen Forschungseinrichtungen gearbeitet, dort die Blaupausen gestohlen und sie später angeblich auch an den Iran und Nordkorea verkauft. Die Justiz seines Heimatlandes hatte ihn mit Samthandschuhen angefasst und lediglich bis zum Jahr 2009 zu Hausarrest verurteilt. Aber der Mann hatte ein geheimes Netzwerk aus ungezählten pakistanischen Wissenschaftlern. Und hinter diesen Zuträgern und ihren Quellen waren die Amerikaner her.

Kein europäisches Land, schon gar nicht Deutschland und seine Forschungsinstitute wollten in diesem Zusammenhang genannt werden. Noch im Oktober 1979 erklärte das Auswärtige Amt in einer "Unterrichtung über das pakistanische Nuklearprogramm" wörtlich: "Wir haben sichergestellt, dass die deutschen Forschungsinstitute keine pakistanischen Wissenschaftler im Nuklearbereich, insbeson-

dere im sensitiven, ausbilden und beschäftigen." Genau das Gegenteil war der Fall. Die Herren aus Islamabad waren längst in Karlsruhe tätig.

Die badischen Atomforscher hatten jedoch ebenfalls kalte Füße und Wind von den Bombenplänen bekommen. Die Wissenschaftler unterstanden dem Bundesforschungsministerium, und von dort wollten sie schriftlich wissen, inwieweit ihre Kooperation mit den Pakistanis "berührt" sein könnte. Das Ministerium verdonnerte die Karlsruher am 7. August 1979 nicht etwa zum Stopp der Zusammenarbeit, sondern "zu größter Zurückhaltung". Es sei "sicherzustellen, dass unsere bilateralen Aktivitäten in keiner Weise mit den vermuteten pakistanischen Bestrebungen in Verbindung gebracht werden können". Eine solche Formulierung darf man sich getrost noch einmal auf der Zunge zergehen lassen: "... nicht in Verbindung gebracht werden ..."

Einem Ministerialen platzte der Kragen

Die Verbalakrobatik setzte sich über Jahre fort. Nur eines Tages platzte einem Mitarbeiter des Bundeswirtschaftsministeriums in einem Briefwechsel mit dem Auswärtigen Amt der Kragen, und er schrieb eine geharnischte Depesche: "Während einerseits ständige Bemühungen im Gange sind, den Erfolg des pakistanischen Nuklearprogramms zu inhibieren (verhindern), steht das Kernforschungszentrum Karlsruhe offensichtlich in engstem Kontakt mit einschlägigen pakistanischen Dienststellen, um das Wissen für ebendieses Nuklearprogramm zu vermitteln."

Die Antwort des Forschungsministeriums fiel eher harmlos aus. Kernforschungszentren seien als juristisch selbstständige Personen für die Beachtung ausfuhrrechtlicher Bestimmungen selbst verantwortlich und "sich auch der bestehenden Verpflichtungen durchaus bewusst". Aber die Anregung, sich in Zweifelsfällen beraten zu lassen, werde an die Forschungszentren weitergeleitet. Hieß es. Also wenigstens etwas. "Endlich", kommentierte ein kritischer Ministerialer handschriftlich auf dem Dokument.

Spätestens seit dem Schmiergeld- und Abfallskandal um die hessischen Firmen Nukem und Transnuklear im Jahr 1987 realisierte eine immer kritischere Öffentlichkeit, wie bedrohlich Geschäfte mit Nuklearmaterial sein können, wenn sie außer Kontrolle geraten. Monatelang versuchten mehrere Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Länderebene Vorwürfe zu klären, bei diesen Geschäften sei spaltbares Material illegal nach Pakistan und Libyen verschifft worden. Juristisch wasserdicht wurde das nie erhärtet. Mehrere Buchautoren haben sich mit diesem Thema beschäftigt. Zuletzt der Bonner Journalist Dieter Kassing in seinem gerade erschienenen Buch ["Nucleus"](#). Ein "Tatsachenroman", so der Autor, "über korrupte und unter mysteriösen Umständen zu Tode gekommene Manager und illegale Nuklearexporte der deutschen Wirtschaft".

Alle Bemühungen, das pakistanische Atomprogramm unter Kontrolle zu halten, waren letztlich gescheitert. Am 28. Mai 1998 zündete Islamabad seinen ersten nuklearen Sprengsatz ([Video](#)).

Im Hochtechnologieland Baden-Württemberg wurde aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe 1995 das Forschungszentrum Karlsruhe. Alle Nuklearaktivitäten an Forschungsreaktoren, dem Schnellen Brüter und der Wiederaufarbeitungsanlage waren eingestellt worden. Das Zentrum macht heute auf nuklearem Gebiet nur noch durch [Skandale](#) im Entsorgungsbereich auf sich aufmerksam und durch die Detektivarbeit des Europäischen Instituts für Transurane zur Verhinderung illegalen Nuklearhandels. Auf heftige Kritik war aber auch die Forschungstätigkeit dieses Instituts für [Reaktorsysteme](#) der vierten Generation gestoßen. Der Konflikt war erst unlängst in einem öffentlichen Mediationsverfahren beigelegt worden.

Das Forschungszentrum fusionierte 2006 mit der örtlichen Universität zum Karlsruher Institut für Technologie. Bis heute versuchen kritische Stimmen eine sogenannte [Zivilklausel](#), welche die Forschung an militärisch nutzbarem Material ausschließen soll, zu etablieren. Bis heute ist dieser Versuch gescheitert.

Atomkraftkultur – nein danke!

Dietrich Schulze



Die Europäische Kulturstiftung hat Joachim Knebel, Chief Science Officer am Karlsruhe Institute of Technology (KIT), den Wissenschafts-Kulturpreis verliehen. Begründung: »Wir würdigen damit die wissenschaftlichen Verdienste um die Technologie »Partitioning und Transmutation« zur Reduzierung der Radiotoxizität des hochradioaktiven Abfalles und der damit verbundenen Schließung des nuklearen Brennstoffkreislaufes.« Mit dem Preis wurde der Herr des millionenschweren Forschungsprogramms Transmutation geehrt. Warum eigentlich nicht? Wenn der elegante Kriegsfürst Barack Obama Friedensnobelpreisträger sein kann, warum soll dann ein stolzer Atomkraftfanatiker nicht Kulturpreisträger sein. Je fragwürdiger eine Technologie wird, je offenkundiger die Gefahr, die von ihr ausgeht, desto mehr Gründe gibt es für die Profiteure, ihr Treiben in den Rang von Kultur erheben zu lassen.

Transmutation ist das Zukunftsversprechen, den langlebigen radioaktiven Schrott der Atomenergie in kürzerlebigen zu verwandeln – von einigen zehntausend in einige hundert Jahre Zerfallszeit. Wunderbar. Dann sind wir zwar die Gefahr der Kernschmelze à la Tschernobyl und Fukushima nicht los, aber immerhin den Abfall, von dem niemand weiß, wo man ihn vernünftigerweise lagern soll. Aber nur vielleicht.

Denn die dafür erforderlichen Anlagen sind ohne stetige massive staatliche Zuschüsse ebenso wenig durch das »freie Spiel der Marktkräfte« finanzierbar wie der Atomstrom. Die Technologie ist vergleichbar mit der des Schnellen Brüters, dessen Schicksal mit dem Scheitern der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf und des Brutreaktors in Kalkar besiegelt wurde. Geflissentlich verschwiegen wird, daß viele Anlagen vom Typ Wackersdorf und sogenannte Kernreaktoren der 4. Generation gebaut werden müßten, wenn die Technologie vielleicht in zwei Jahrzehnten einsatzreif sein sollte. Der hochradioaktive Schrott aus der Versuchsanlage für die Wiederaufarbeitung und dem Versuchsbrüter des Forschungszentrums Karlsruhe ist gerade per Castor durch die Republik verschoben worden. Mit der Transmutation geht das Ganze von vorne los. Das Programm richtet sich direkt gegen den Ausstieg aus der Atomenergie und gegen den erforderlichen Umstieg zur Energie-Einsparung und zu erneuerbarer Energie. Das jedenfalls ist die gut begründete Auffassung der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative »Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit«.

Und dafür gibt es einen weiteren zwingenden Grund. Die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie ist nach wie vor die technologische Voraussetzung für den Bau von Atomwaffen. Das Kernforschungszentrum Karlsruhe wurde von Franz-Josef Strauß mit Nazi-Rüstungswissenschaftlern und Nazi-Juristen in den Führungspositionen ausgestattet, die nach der Hitler-Diktatur mit den damaligen Diktaturen in Argentinien, Brasilien und Südafrika zusammenarbeiteten, um die militärische Atomtechnologie weiterzuentwickeln. Adenauer und Strauß wollten die deutsche Bombe.

In Brasilien wird gegenwärtig neue Atomkraft-Euphorie verbreitet. Offizielle Stimmen fordern, die Rohstoffressourcen gegen mögliche Begehrlichkeiten der USA notfalls mit eigenen Atomwaffen zu schützen. Sowohl die seit Jahrzehnten gepflegte Atomkooperation als auch neuerdings die direkte Militärkooperation mit der Bundeswehr soll verstärkt werden. Brasilien ist der alte und neue strategische Partner, der bereits über den geschlossenen Brennstoffkreislauf (mit Wiederverwendung des Plutoniums aus abgebrannten Brennstäben verfügt.

Die Schließung des Brennstoffkreislaufs war das vom Karlsruher Schnellbrüter-Pionier Wolf Häfele mit religiöser Inbrunst propagierte Mantra. Das Verkaufsargument mit der Kulturkomponente erscheint da schon etwas intelligenter. Und dennoch könnte sich die Transmutations»kultur« als der entscheidende Sargnagel des KIT erweisen. Im autoritär geführten KIT sind bereits die letzten Reste von Mitbestimmung verschwunden und ganz nebenbei der traditionsreiche Name der Universität (TH) Karlsruhe.

Etwas Versöhnliches zum Schluß. Wenn sich die Menschheit eines Tages von Atomwaffen und Atomkraft befreit und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung erkämpft haben sollte, kann wieder über die Transmutation zur rascheren Befreiung vom atomaren Schrotts nachgedacht werden. Aber keinen Tag früher.

Warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betreiben sollten - Teil 1

Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur!

Von Dietrich Schulze

Der nach Fukushima anschwellende Protest gegen die Atomenergie wird von der herrschenden Politik und der etablierten Wissenschaft mit hinhaltendem Widerstand beantwortet. In den diesjährigen Ostermärschen gegen Atomkraft und Atomwaffen wurde hingegen der doppelte Zusammenhang zwischen Energiepolitik und Frieden herausgestellt. Eine Umstellung auf ausschließlich erneuerbare Energieträger untergräbt objektiv die Kriegspolitik zur Beherrschung fremder Ressourcen.

Libyen verfügt bekanntlich über Öl und Uran. Und die "friedliche Nutzung" der Atomkraft schafft die intellektuellen und technischen Kapazitäten für das ultimative Machtmittel Atombombe, nicht nur im Iran. Ein Rückblick in die verdrängte Gründungsgeschichte der bundesdeutschen Atomforschung kann hierzu ziemlich unerwünschte Einsichten vermitteln. Das soll am Beispiel Karlsruhe etwas genauer untersucht werden. Wie zu Beginn des Atomzeitalters wird in der Forschungspolitik auch heute offiziell in weltmachtpolitischen Kategorien gedacht und gehandelt, aber auch eine über die traditionelle Friedensbewegung hinausgehende Bewegung für eine Zivilorientierung und gegen die Militarisierung der Hochschulen wird sichtbar.



Bundesminister für Atomfragen Franz Josef Strauß unterschreibt am 19. Juli 1956 in Karlsruhe die Gründungsurkunde der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH

Quelle: www.institut-wv.de/2473.html

Ex-Nazis bestimmten Atomforschung mit

Robert Jungk schreibt in seinem Buch "Der Atomstaat" (1975), dass Anfang der 1950er Jahre von Adenauer und Strauß Kommandostellen wie Atomkommission und Vorstände der Kernforschungszentren, hauptsächlich in Karlsruhe und Jülich, mit Ex-Nazis und Wehrmacht-Rüstungswissenschaftlern besetzt worden sind. Der von ihm befragte jüdische Physiker Dr. Dr. Leon Grünbaum aus Frankreich sagt zu den Motiven:

„Ich meine, es ist doch wohl kein Zufall, dass diese Männer sich gerade so sehr für die Atomindustrie interessiert haben. Sie müssen sich schon zu einem frühen Zeitpunkt gesagt haben, dass [hier](#) eine Schlüsselindustrie entsteht, die einmal alle anderen an Machtfülle und Einfluss überflügeln würde. Doch dann kommt vielleicht noch ein anderes Motiv dazu: der Wunsch der Deutschen, auch einmal Atombomben zu haben - oder zumindest die Verfügung über industrielle Kapazitäten, die eine Herstellung der ihnen verbotenen Waffengattung bei Bedarf ermöglichen.“

In den THTR-Rundbriefen (THTR Jülicher Projekt Hochtemperaturreaktor), in denen die Atompolitik seit Jahrzehnten kritisch



Physiker Dr. Dr. Leon Grünbaum
Quelle: Dietrich Schulze

durchleuchtet wird, kann man den Beginn genauer studieren. Nur ein Kurzporträt: Dr. Walther Schnurr, ab 1960 wissenschaftlicher Geschäftsführer der Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe (GfK, später Kernforschungszentrum, dann Forschungszentrum, heute Karlsruher Institut für Technologie KIT Campus Nord).

War Chemiker bei IG Farben und Hitlers Sprengstoffexperte. Nach 1945 über die "nukleare Rattenlinie" nach Argentinien gelangt. Dort unter Peron an Entwicklungen für Atombomben und Raketen beteiligt. Von F.J. Strauß für höhere Aufgaben zurückgeholt. Bis 1970 in dieser Schlüsselposition für die "friedliche Nutzung" der Atomenergie und für die enge, offiziell geleugnete Kooperation mit der argentinischen Diktatur bestimmend.

Proteste, Entwicklungsbrüche, Nachwirkungen

Der Göttinger Appell gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr und später das Scheitern des Kalten Krieges änderte zwar die Außenpolitik, aber nicht die Ambitionen, die mit dieser Schlüsseltechnologie verbunden sind. Bleiben wir bei Karlsruhe. Erst viel später kamen dort entwickelte bombenträchtige Technologien zu Fall, wie das Trenndüsenverfahren zur Urananreicherung und der Schnelle Brutreaktor, der eine gigantisch destruktive Plutonium-Gesellschaft zur Folge gehabt hätte. Die Kooperationen im Zusammenhang mit der "Trenndüse" des Prof. Erwin Willy Becker mit den damaligen Diktaturen in Südafrika und Brasilien wurden ebenso fleißig vertuscht, wie von Prof. Wolf Häfele mit einer an religiösen Wahn grenzenden Inbrunst die Segnungen seiner unerschöpflichen Schnellbrüter-Energiequelle propagiert wurden. Systematisch und in verantwortungsloser Weise wurde auch von der herrschenden Wissenschaft die Problematik der Beseitigung des Atommülls herunter gespielt. An abenteuerlichen Konzepten zur Müllumwandlung (Transmutation) wird bis heute gearbeitet.

Aufbauend auf dem Göttinger Appell hatte sich als Gegenpol allerdings eine kritische Wissenschaft entwickelt. Neben heute noch tätigen Gruppen wie der "NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit" (NatWiss), VDW, IPPNW, IALANA, INES usw. war Anfang der 1970er Jahre der „Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten“ (VWF) aktiv. Er setzte sich mit den hierarchischen Strukturen auseinander, die in den Universitäten gerade von der 68er-Bewegung aufgebrochen worden waren. Dabei spielte die unterdrückte Kritik am Schnellen Brüter eine wichtige Rolle.

In diesem Kontext gab es einen bezeichnenden Vorfall in Karlsruhe. Der zitierte jüdische Physiker Grünbaum war mit einem Zeitvertrag im Schnellbrüter-Projekt beschäftigt. Trotz hervorragender Leistungen wurde die damals übliche Übernahme in ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis verhindert - auf Betreiben des administrativen Geschäftsführers Dr. Rudolf Greifeld, in dieser Funktion seit Gründung 1956 (!!!). Dessen antisemitische Äußerungen veranlassten Grünbaum zu einer Recherche im französischen Außenministerium. Ergebnis: Greifeld war Hitlers oberster SS-Führer in der Wehrmachtverwaltung von Groß-Paris, u.a. für Drancy (das Durchgangslager für die Deportationen nach Auschwitz) zuständig.

Nachdem 400 französische WissenschaftlerInnen dessen Entlassung aus dem Aufsichtsrat des deutsch-französischen Forschungszentrums Laue-Langevin (ILL) in Grenoble gefordert hatten, musste er 1975 von Forschungsminister Hans Matthöfer in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden. Alle Vorgängerregierungen kannten Greifelds Vergangenheit oder sie war ihnen verheimlicht worden. Unter Greifeld war eine Waffen-SS-Mitgliedschaft für die Berufung in verantwortliche



Walther Schnurr startet 1961 den ersten deutschen Kernreaktor
Quelle: www.anti-atom-aktuell.de



Rudolf Greifeld, Herrmann Giesler, Albert Speer, Adolf Hitler und Arno Breker am 28. Juni 1940 in Paris (v.l.n.r.)
Quelle: www.juedische-allgemeine.de

Funktionen, wie z.B. für die Leitung der Personalabteilung oder der Lehrlingsausbildung, kein Hinderungs- sondern ein Bevorzugungsgrund.

Greifeld hat wie alle anderen Ex-Nazis in der Atomforschung eine breite und tiefe Furche an Diskriminierungen und wissenschaftsfeindlichem Obrigkeitsdenken hinterlassen. Leon Grünbaum litt trotz aktiver Auseinandersetzung mit dieser furchtbaren rassistischen Diskriminierung sehr schwer darunter, seine berufliche [Arbeit](#) nicht fortführen zu können. Er wandte sich der Technikgeschichte zu und promovierte Anfang der 1980er Jahre zum zweiten Mal. Das Dissertationsthema an der Sorbonne "Die Genese der Plutoniumgesellschaft - politische Konspirationen und Geschäfte" handelt von den geheimen Ursprüngen und Verbreitungswegen von Atomwissen und -waffenmaterial mitsamt der Rolle der genannten Nazi-Größen und vielem mehr. Die Arbeit ist nirgendwo zu finden. Zufall? Sie sollte veröffentlicht werden. Dem Autor liegt das 450-seitige Manuskript (französisch) vor. Kapitel 3 „Deutsches Zwischenspiel – die Affaire Greifeld“(1).

Wissenschaftliche Mitbestimmung, Tschernobyl, Zivilklausel

Spätestens nach dem Scheitern des Kalten Kriegs wurde in den Atomforschungseinrichtungen anderes Führungspersonal gebraucht, das mit dieser Vergangenheit nichts zu tun haben wollte, neue Forschungsthemen als Ersatz für die teilweise abgearbeitete Kernforschung förderte und auf Leistung setzte. Und auch die kritischen Beschäftigten und ihre Gewerkschaften waren nicht faul. Sie nutzten die wissenschaftliche Mitbestimmung, die Anfang der 1970er Jahren aus den Universitäten wegen "mehr Demokratie wagen" übertragen wurde, und die Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz, um die betriebliche Demokratie zu stärken.

Beispiel Tschernobyl. Die offizielle Reaktion: „Kommunistischer Murks, kann bei uns nicht passieren.“ (O-Ton Regierungsvertreter als Reaktion auf die erste Rundfunkmeldung bei der Rückreise von einer externen Aufsichtsratssitzung des Kernforschungszentrums Karlsruhe in Creys-Malville beim französischen Schnellbrüter Superphénix - der Autor war Ohrenzeuge). Aber: Der innerbetriebliche Religionsersatz Kernenergie konnte vom Sockel gestoßen werden. Zusammen mit der Evangelischen Akademie und Pfarrer Dr. Ulrich Lochmann gelang es, eine Podiumsdiskussion zum Thema "Chancen und Risiken der Kernenergie" durchzuführen. Zuvor gab es nichts als Chancen. Die beiden Kontrahenten: Prof. Klaus Traube, Atom-Aussteiger, Ex-Chef des Siemens-/Interatom-Schnellbrüterprogramms (Intimfeind aller Atomfetischisten, hatte Robert Jungk als Nr. 1 abgelöst) und Dr. Willy Marth, Chef des Karlsruher Schnellbrüter-Forschungsprogramms.

Auch der unermüdlichen Arbeit der Betriebsräte der später so genannten Großforschungseinrichtungen und gewählten Wissenschaftsgremien an der betrieblichen Demokratie ist es zu verdanken, dass eine andere heute in den Universitäten hochaktuelle Grundsatzfrage im Bewusstsein geblieben ist: die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaften für eine Zivilorientierung.

Der völkerrechtliche Preis für den Eintritt in die Atomforschung war der deutsche Verzicht auf Atomwaffenforschung. Das musste in den Atomforschungszentren mit der Zivilklausel „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“ per Satzung festgelegt werden. Für Adenauer, Strauß und ihre Getreuen wie die auf rasche Expansion bedachte Wirtschaft war das nichts weiter als ein momentanes Zugeständnis, das bei nächstbesten Gelegenheit gebrochen worden wäre. Es kam aber alles ganz anders. Die drei Diktaturen Argentinien, Brasilien und Südafrika wurden gestürzt und deren Atomwaffen beerdigt. Trenndüse, THTR, Wiederaufarbeitung und Schnellbrüter scheiterten. Gegen heftigen Widerstand aus den Reihen der Union trat die Bundesrepublik 1974 dem Atomwaffen-Sperrvertrag bei, was die Politik nicht daran hinderte immer wieder zu versuchen, die Zivilklausel abzuschaffen oder aufzuweichen. Mindestens drei Versuche (1984 Teilnahme an SDI-Forschung / Laserabwehr gegen Atomraketen von der Regierung initiiert, 1994 Einführung einer zivilmilitärischen dual-use-Klausel aus CDU-Kreisen betrieben, 2001 Abwehrforschung gegen terroristische Biowaffenangriffe im Gefolge von 9/11 von Großforschungsführung beabsichtigt) konnten durch energischen Widerstand von Unten abgewehrt werden.

Die strikte Zivilorientierung war dadurch zu einer gelebten Realität geworden. Als ab 2007 die Pläne zur Zusammenlegung des Forschungszentrums mit der Universität zum Karlsruhe Institute of Technology KIT reiften, war die Zivilklausel zum ansehnlichen Exportartikel für das gesamte KIT herangewachsen. Inzwischen spricht selbst die konservative Presse mit einem Unterton der Anerkennung von einer stetig wachsenden Zivilklauselbewegung an den Universitäten(2).

Keine "gefrorenen Posthorntöne"

Können die beschriebenen Warnungen betreffend Ausrichtung der Atomforschung heute nach Fukushima als "gefrorene Posthorntöne" (Robert Jungk) abgehakt werden? Keineswegs. Die Bundesregierung übt sich in Ausstiegs-Rhetorik, spielt [aber](#) in Wirklichkeit auf Zeit. Die Energiewirtschaft droht mit Versorgungsengpässen und Arbeitsplatzverlusten. Die etablierte Wissenschaft lockt mit Schimären und betreibt großen Aufwand für den Kompetenzerhalt. Alle projizieren wie eh und je einen weltweit unablässig wachsenden Energiehunger und setzen auf die bekanntlich kurze Halbwertszeit des Angstzerfalls. Tatsächlich wachsen derweil Kosten und Atommüll mit ungeklärter Entsorgung weiter.

Ja, das eingangs beschriebene Führungspersonal hat sich geändert und kann nicht in einen Topf mit den benannten atomaren Gründungs(v)tätern geworfen werden. Aber technokratisch autoritäres Denken verbunden mit technizistischem Machbarkeits-wahn ist weiter ungebrochen vorherrschend. Wie anders kann Rede und Handlung der heutigen Führungsleute in der Atomforschung eingestuft werden? KIT Präsident Prof. Horst Hippler war einer der beiden Hochschulunterzeichner des Appells zur Laufzeitverlängerung. Zwei Tage vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg teilte der andere Präsident Prof. Eberhard Umbach mit: „Das vor kurzem verkündete Moratorium bezüglich der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke ist allein der aktuellen Panik und Hysterie geschuldet. Aber Angst ist kein guter Ratgeber.“ Einen Tag nach der Wahl teilte er mit, dass er - „wie die neue Landesregierung - für den Ausbau regenerativer Energien“ sei. Hier habe das KIT zahlreiche neue Entwicklungen und Ideen anzubieten. "Der Weg dorthin ist allerdings ohne die weitere vorübergehende Nutzung der Kernkraft nur schwierig zu erreichen." Dies werde das KIT durch entsprechende Expertisen in die Diskussion einbringen.

Wie diese Expertise aussieht, wie sie beurteilt wird und welche Schlüsse daraus gezogen werden können, erfahren Sie im Teil 2 am 18. Mai. (PK)

(1) www.stattweb.de/files/civil/Doku20110508.pdf

(2) Mehr dazu in der Webdokumentation der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten unter www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf.

Dr.-Ing. Dietrich Schulze, dietrich.schulze@gmx.de
Beiratsmitglied NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit,
www.natwiss.de Initiative gegen Militärforschung an Universitäten,
www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf
tel +49721 385403 hy +49160 9911 3131

Dieser Beitrag für die "Marxistischen Blätter" erscheint in der zweiten Maihälfte 2011 in Heft 3 Nr. 11 www.marxistische-blaetter.de

NRhZ-ONLINE
Neue Rheinische Zeitung

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16511>
Online-Flyer Nr. 302 vom 18.05.2011

Die Schimären Transmutation und Kernfusion am KIT in Karlsruhe

Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur! - Teil 2

Von Dietrich Schulze

Der nach Fukushima anschwellende Protest gegen die Atomenergie wird von der herrschenden Politik und der etablierten Wissenschaft mit inhaltlichem Widerstand beantwortet. In den diesjährigen Ostermärschen gegen Atomkraft und Atomwaffen wurde hingegen der doppelte Zusammenhang zwischen Energiepolitik und Frieden herausgestellt. Eine Umstellung auf ausschließlich erneuerbare Energieträger untergräbt objektiv die Kriegspolitik zur Beherrschung

fremder Ressourcen. In Teil I dieser Serie berichteten wir darüber, warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betrieben. Nun geht es u.a. um die Kern- und Waffenforschung unter dem Dach des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), das als Zusammenschluss des Forschungszentrums Karlsruhe und der Universität Karlsruhe entstand.

Am Tag des Beginns der Fukushima-Katastrophe wurde im Südwestfunk gemeldet, dass im Institut für Transurane ITU, eine europäische Atomforschungseinrichtung auf dem Gelände des KIT Campus Nord, Forschung an neuen Reaktortypen unter Einsatz von 180 Kilogramm Plutonium, 50-130 Kilogramm hochangereichertes Uran, 300 Kilogramm schwach angereichertes Uran und 450 Kilogramm Thorium betrieben werden soll. KIT Campus Nord arbeitet seit Jahren daran und koordiniert für die Europäische Kommission ein vierzig Mio. Euro schweres Projekt mit fünfzig Partner aus Industrie, Forschungs-instituten und Universitäten, in dessen Rahmen die Machbarkeit einer solchen Anlage untersucht werden soll.

Dabei geht es um die Umwandlung von langlebigen Spaltprodukten in kurzlebige von „nur“ hundert von Jahren, womit der Atom Müll reduziert werden soll. Ganz abgesehen von untragbar hohen Kosten, an denen letztlich der Schnellbrüter gescheitert ist, ist die Transmutation mit Wiederaufarbeitung („Wackersdorf“) verbunden. Eine Variante ist dem Schnellbrüter ähnlich und hat kein geringeres „Restrisiko“ gegen eine Kernschmelze als die für die Atomkraft wie in Fukushima eingesetzten. Die kompliziertere Variante ist unterkritisch (keine Kernschmelze möglich) und nutzt einen Teilchenbeschleuniger. In jedem Fall bleibt Atom Müll übrig.

Die zweite Schimäre heißt Kernfusion. Dabei geht es um die Nachahmung der Energieerzeugung der Sonne, wofür lediglich Wasser (Deuterium) und Lithium (Gestein, aus dem Tritium gewonnen wird) als unbegrenzt verfügbare Rohstoffe gebraucht werden. Daran wird weltweit geforscht und entwickelt. Im südfranzösischen Cadarache ist der milliardenschwere Versuchs-Fusionsreaktor ITER im Bau, dessen Weiterfinanzierung nicht gesichert ist. Mit der Einsetzbarkeit kann vielleicht in 40 Jahren gerechnet werden. Abgesehen davon, dass eine großtechnische Anwendung wegen astronomischer Kosten in den Sternen steht, sobald die Machbarkeit demonstriert sein würde, liefert die Kernfusion keinen Beitrag zur jetzt anstehenden Energiewende. Das für den Prozess eingesetzte Tritium ist übrigens der Rohstoff für die sogenannte „unkontrollierte Kernfusion“, die atomare Wasserstoffbombe. Im KIT wird ein Tritiumlabor mit diesem Bombenrohstoff betrieben.

Aus den genannten Gründen hat sich die „NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ (NatWiss) am 4. April an KIT und die Zuständigen in Bund und Land gewandt und die Einstellung der gegenwärtigen Kernfusionsforschung verlangt. Die Grünen-Politiker Reinhard Bütikofer und Harald Terpe haben sich Mitte April ebenfalls für eine Beendigung des Kernfusion-Projektes ausgesprochen, weil damit die Energiewende behindert werde. Die Kanzlerin stellte sich demonstrativ hinter die Kernfusion und sicherte den Standorten Greifswald und Garching die Fortführung der Finanzierung zu, ohne sagen zu können, wo die Mittel für die Energiewende zu den Erneuerbaren herkommen sollen. Erst kürzlich hat die Energiewirtschaft den beim Pakt für die Laufzeitverlängerung zugesagten 1,5-Milliarden-Fond eingefroren. Auch sonst wird seit Fukushima in den Medien fleißig Werbung für die kostspielige Kernfusion gemacht.

Und im trauten Wechselspiel der beiden Schimären ziehen Transmutationsbefürworter aus der späten Verfügbarkeit der Kernfusion den Schluss, dass der Ausstieg der falsche Weg ist und unbedingt die schneller verfügbaren Transmutationsreaktoren erforscht und in Betrieb genommen werden müssen. Zu diesem gespenstischen Verlängerungsszenario exakt passend die Gründung der KIT „AREVA Nuclear Professional School“ zwecks „Stärkung des kerntechnischen Know-how“. AREVA NP ist das weltweit führende Unternehmen für die Auslegung und Errichtung von Atomkraftwerken und Forschungsreaktoren mit 18.000 Beschäftigten in allen Teilen der Welt und einem Umsatz von mehr als 3 Milliarden Euro.

In einem Beitrag für die „junge Welt“ am 23. April hat Winfried Wolf die Atomkraft als „extrem unverantwortlich, energiepolitisch unnötig und ausgesprochen unwirtschaftlich“ portraitiert,



Prof. Hans-Joachim Wünsche, Bundeswehr-Universität München, auch Projektleiter am KIT. Quelle: <http://www.unibw.de/>

ebenfalls auf die Rolle der Nazi-Wissenschaftler aus der Gründungszeit und auf den mit Waffen-Uran betriebenen Münchener Forschungsreaktor FRM II hingewiesen. Dazu sei ergänzt, dass der dafür zuständige Prof. Wolfgang A. Herrmann, Präsident der TU München, der zweite Hochschulunterzeichner des Appells zur Laufzeitverlängerung ist. Natürlich reiner Zufall.

Tabubruch: Kern- und Waffenforschung unter einem Dach

Welcher autoritäre Geist sich im KIT mit abgeschaffter Betriebsverfassung und fast abgeschaffter wissenschaftlicher Mitbestimmung breit gemacht hat, zeigt sich in der Ablehnung der Zivilklausel für die Grundsatzung des Uni-Teils (KIT Campus Süd) durch Präsidium und Gründungssenat, trotz 450 Unterstützungsunterschriften und unter Missachtung eines internationalen Appells gegen Kernforschung und Waffenforschung unter einem Dach. Den internationalen Appell vom Mai 2009 haben über 140 internationale Persönlichkeiten wie Bürgermeister Tadatoshi Akiba von Hiroshima und Physik-Nobelpreisträger Prof. Jack Steinberger unterzeichnet. Undenkbar wäre es im

Kernforschungszentrum zum Beispiel gewesen, militärische Anwendungen der Nanotechnologie zu erforschen, wie das im jetzigen Vorbild MIT (Massachusetts Institute of Technology) mit dem „Institute for Soldier Nanotechnologies“ der Fall ist. Nun aber wird unter dem Dach des KIT militärische Forschung zu einem kognitiven Breitbandkommunikationssystem für Interventionstruppen und zivil deklarierte Forschung für kognitive unbemannte Landfahrzeuge betrieben. Diese sind als „Killer-Roboter“ hauptsächlich für das Schlachtfeld von Bedeutung und zwei Projektleiter sind direkt in der Militärforschung tätig: Prof. Hans-Joachim Wünsche (Bundeswehr-Universität München) und Prof. Jürgen Beyerer in einer Doppelrolle als Lehrstuhlinhaber am KIT und Leiter des überwiegend militärisch forschenden Karlsruher Fraunhofer-Instituts IOSB. KIT verbirgt systematisch Auskünfte bei Abgeordnetenfragen. Die Bundesregierung hat im letzten Oktober gegenüber dem Parlament gar die 5 Jahre zuvor erteilten Auskünfte über militärrelevante Sicherheitsforschung auf Anordnung des Bundesverteidigungsministeriums unter Geheimschutz gestellt.

Energiewirtschaft in Gemeineigentum überführen

Der französische Résistance-Kämpfer und Buchenwald-Überlebende Stéphane Hessel erinnert in seiner Streitschrift „Indignez vous! Empört Euch!“ gegen die Diktatur des Finanz-Kapitalismus und die Umweltzerstörung an die europaweiten Schlussfolgerungen nach der Befreiung von Faschismus und Krieg. Am Beispiel des Programms des französischen Nationalen Widerstandsrates stellt er diese so vor:

„Die Energieversorgung, Strom und Gas, der Kohlebergbau, die Großbanken sollten verstaatlicht werden. In diesem Sinne forderte das Programm »die Rückgabe der großen monopolisierten Produktionsmittel, der Früchte gemeinsamer Arbeit, der Energiequellen, der Bodenschätze, der Versicherungsgesellschaften und der Großbanken an die Nation«, die

Errichtung einer echten wirtschaftlichen und sozialen Demokratie unter Ausschaltung des Einflusses der großen im Wirtschafts- und Finanzbereich bestehenden privaten Herrschaftsdomänen auf die Gestaltung der Wirtschaft«. Das Gemeinwohl sollte über dem Interesse des Einzelnen stehen, die gerechte Verteilung des in der Arbeitswelt geschaffenen Wohlstandes über der Macht des Geldes. »Eine rationelle Wirtschaftsverfassung, in der die Individualinteressen dem Allgemeininteresse untergeordnet sind, ohne Diktatur der Sachzwänge nach dem Vorbild faschistischer Staaten« - dies als Auftrag an die provisorische Regierung der Republik.“

Das alles ist in Frankreich heute genauso verschüttet wie hier. Im Ahlener Programm der CDU von 1947 heißt es, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden ist und eine Neuordnung von Grund auf notwendig ist. Die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum war damals gesellschaftlicher Konsens und muss heute zum Programm für ein demokratisches und friedliches Europa erhoben werden. Die durch den Übergang zu den Erneuerbaren geförderte Kommunalisierung ist jedenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Titel der VDI-Nachrichten am 15. April „Stadtwerke rebellieren gegen Energieriesen“. Von einem Dammbruch ist gar die Rede. Die Gründerin der Elektrizitätswerke Schönau (EWS), dem ersten bürgereigenen Energieversorgungsunternehmen mit Strom ausschließlich aus erneuerbaren Energien, ist Anfang April in San Francisco mit dem „Goldman Environmental Prize“, einen der renommiertesten internationalen Umweltschutzpreise, ausgezeichnet worden.

In der vom Unabhängigen Studierenden-Ausschuss (UStA) der Uni Karlsruhe veranstalteten Podiumsdiskussion am 21. April zum Thema „Zukunft der Kernforschung am KIT“ war genau das der beherrschende Streit- und Diskussionspunkt.

KIT öffnet sich - Atomforschungsprogramm bleibt strittig

Prof. Norbert Willenbacher (KIT Institutsleiter, Bereich Angewandte Mechanik, gleichzeitig tätig für eine Planungs-, Projektierungs- und Betriebsfirma im Bereich erneuerbare Energieanlagen und Energieeffizienz) kritisierte das Missverhältnis von 10:1 in der Forschungsförderung Kerntechnik/Erneuerbare, die eigentlich unbezahlbare Kerntechnik, das EnBW-Oligopol, die Verhinderungspolitik der früheren Landesregierung bezüglich Windkraftanlagen, die dennoch erzielten Markterfolge der Erneuerbaren (z.B. rasch sinkende Stromeinspeisungsvergütung) und die Notwendigkeit einer erheblichen Aufstockung der KIT Forschungsprogramms zugunsten der Erneuerbaren. Und Harry Block (BUND, Grüner Ex-Stadtrat, kritischer EnBW-Aktionär), der die wegen der Koalitionsverhandlungen in Stuttgart verhinderte atompolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion MdB Sylvia Kotting-Uhl vertrat, überzeugte mit der Position, dass die in die Krise geratene Kerntechnik den mit den Erneuerbaren absehbaren Technologiesprung behindert, der andere Länder motivieren wird, ebenfalls auszusteigen. Hier gehe es um eine „Systemfrage“.

KIT Vizepräsident Dr. Peter Fritz (Vize des deutschen Atomforums) mit einem Vertreter des KITSponsors EnBW im Gefolge vertrat ungerührt von Ereignissen und Argumenten die „Weiter so“-Linie einschließlich Transmutation und Kernfusion. Im Ergebnis bleibt jedoch festzuhalten, dass das offene Interesse der Anwesenden an einer sachlichen Diskussion der kontroversen Standpunkte bestimmend war. Der UStA hat dazu beigetragen, ein Stück Transparenz zu schaffen. Der begonnene Dialog der KIT Führung mit Studierenden und der Öffentlichkeit muss fortgesetzt werden. Die Risikotechnologie Kernspaltung mit Lockmittel Transmutation und dem Gift Plutonium und das leere Zukunftsversprechen Kernfusion mit dem Gift Tritium müssen beendet werden. Die Atomforschung muss radikal - an die Wurzel gehend - gekürzt und umgestellt werden. NatWiss erklärte dazu seine Überzeugung, dass die betroffenen WissenschaftlerInnen und Beschäftigten in einem intensiven Diskussionsprozess dafür gewonnen werden können, ihre Fähigkeiten auf andere Gebiete der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung für zivile Zwecke zu verlagern.

Aufstehen gegen Atomkraft und Atomwaffen. Energiewende Jetzt.

Für die erforderliche Wende machen die großen Demonstrationen, die Brechung der 58-jährigen CDU-Herrschaft in Baden-Württemberg und die nach Fukushima wachsende Politisierung der Jugend berechtigte Hoffnung. Von Grün-Rot in Baden-Württemberg kann erwartet werden, dass kraftvolle Zeichen für die Energiewende (Umstieg auf 100 % Erneuerbare und Energie-Einsparung) und für die Zivilorientierung gesetzt werden. Wegen fehlender Aussagen im Koalitionsvertrag zur Zivilklausel für die Hochschulen des Landes sind die Delegierten der beiden Landesparteien bereits an entsprechende übereinstimmende Wahlversprechen erinnert worden, verbunden mit der Aufforderung zur Nachbesserung.

Die Ostermärsche gegen Atomkraft und Atomwaffen und die Protestmärsche an 12 Atomanlagen mit mehr als 150.00 TeilnehmerInnen haben weiter Mut gemacht. Zur Erinnerung: Der erste Ostermarsch gegen Atomwaffen führte 1958 von London zum 83 km entfernten Atomwaffenlabor Aldermaston, organisiert von der "Campaign for Nuclear Disarmament", deren Präsident der zweifache Nobelpreisträger Lord Bertrand Russell war. Im Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch Rhein-Ruhr wird ausdrücklich neben der Beendigung der Schulkooperationen mit der Bundeswehr das Ende der Militärforschung an Hochschulen gefordert. Im Ostermarsch Bremen wurde am Beispiel der Kooperation der Universität mit einem Rüstungsunternehmen, das für den geheim gehaltenen Plan eines Spionage-Satelliten arbeitet, an die Einhaltung der in Bremen gültigen Zivilklausel erinnert und an die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Militarisierung der Hochschulen.

Zusammenfassender Appell

Die Atomkraft ist ein stiller, permanenter Krieg gegen Mensch und Natur. Die Atombombe ist die finale Vernichtungs-Option. Einem Land, von dessen Boden zwei mörderische Weltkriege ausgegangen sind, steht es gut an, mit dem Ausstieg voran zu gehen. Das Zusammenwirken von

Friedens- und Umweltbewegung bis hinein in die ökologisch orientierte Privatwirtschaft ist äußerst perspektivreich. Die weltweite Plutonium-Tritium-Diktatur kann und muss zerbrochen werden. (PK)

Dr.-Ing. Dietrich Schulze, dietrich.schulze@gmx.de

Beiratsmitglied NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit,
www.natwiss.de

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf
tel +49721 385403 hy +49160 9911 3131

Dieser Beitrag erschien in der zweiten Maihälfte 2011 auch in Heft 3, Nr. 11 der "Marxistischen Blätter" www.marxistische-blaetter.de

In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir hierzu aus Leon Grünbaums "Die Genese der Plutoniumgesellschaft - politische Konspirationen und Geschäfte" Kapitel III „Deutsches Zwischenspiel – die Affäre Greifeld“.

NRhZ-ONLINE Neue Rheinische Zeitung

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16547>
Online-Flyer Nr. 303 vom 25.05.2011

Die Genese der Plutonium- Tritium-Diktatur - Teil 3

In Memoriam Leon Grünbaum (1934 - 2004)

Von Dietrich Schulze

Der französische Physiker Leon Grünbaum hat sich bereits vor drei Jahrzehnten mit der kriminellen Vorgeschichte der deutschen Atomforschung beschäftigt. Er stammt aus einer jüdischen Familie, die mit ihm vor den Nazis fliehen musste, studierte bei Heisenberg in München und wurde als befristet Beschäftigter im Atomforschungsprogramm des Kernforschungszentrums Karlsruhe (jetzt Karlsruher Institut für Technologie KIT Campus Nord) von einem Alt-Nazi in der Geschäftsführung und weiteren Mithelfern erneut als Jude diskriminiert.

Anfang der 1980er Jahre legte Grünbaum eine zweite Dissertation im Fach Wissenschaftsgeschichte an der Sorbonne unter dem Titel „Die Genese der Plutoniumgesellschaft – politische Konspirationen und Geschäfte“ vor. Es ist kein Zufall, dass diese Anklageschrift gegen eine Technologie, deren Wirkungen die Menschheit mit Hiroshima, Tschernobyl und Fukushima zu spüren bekam und bekommt, nie veröffentlicht wurde. Wir bringen hier erstmals die Übersetzung eines Schlüsselkapitels daraus:

Motivation für meine erneute Recherche im Kontext mit den Konsequenzen aus Fukushima für das Karlsruher Atomforschungsprogramm KIT und die Zivilklausel war ein bewegender Besuch von Grünbaums in Paris lebender Witwe. Zusammen mit Freunden wurde Mitte April eine Gedenkfeier an Leon's Grab auf dem Friedhof in Mingolsheim bei Karlsruhe abgehalten. Hier das ins Deutsche übersetzte Kapitel III seiner Dissertation.



Physiker Dr. Dr. Leon
Grünbaum 1969
Quelle: Dietrich Schulze

**Leon Grünbaum „Die Genese der
Plutoniumgesellschaft – politische Konspirationen und Geschäfte“
Kapitel III: Interludium alla tedesca - Deutsches Zwischenspiel:
Die Affäre Greifeld**

Die Erfahrung eines dreijährigen Aufenthaltes am Kernforschungszentrum Karlsruhe von 1970 bis 1973 hat den Lebensweg des Autors dieser Schrift tief geprägt. Die Methoden sui generis, die man dort nutzt, um die Menschen zu schikanieren, sind nach außen hin zwar oft sehr höflich, aber kennzeichnend für den Verwaltungsapparat, und nur die zivile Kleidung der Vorstandsmitglieder erinnert daran, dass das Institut nicht offiziell den Militärs unterstellt ist. Ein Klima der Freiheit, das man in anderen Forschungszentren vorfinden kann, wird man hier vergeblich suchen. Es sei uns gestattet, einige Episoden als Beispiele anzuführen.

Während einer Betriebsversammlung am 26. September 1972 behauptete Dr. ZIEGLER, der Leiter der Juristischen Abteilung des Instituts, während einer lebhaften Diskussion zum Thema der übereilten Ausweitung der Praxis der Zeitverträge, dass es keine brauchbarere Praxis gebe als diese, die es gestatte „Ausländer“ in einer gewünschten Frist zu entlassen.

[Anmerkung: Wortlaut aus der Betriebsversammlung der Gesellschaft für Kernforschung am 26.9.1972: Dr. Ziegler: „Ich kann sagen, es ist sicherlich ein sachlicher Grund, wenn jemandem, der nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und erstmals eine berufliche Tätigkeit aufnimmt, wenn mit einem solchen Mitarbeiter ein Zeitvertrag abgeschlossen wird, dann bin ich sicher, dass niemand sagen wird, hier liegen nicht genügend sachliche Gründe vor.“ Ein Betriebsratsmitglied: „Herr Dr. Ziegler, als Mann des Rechts bitte ich Sie folgendes wieder zurückzunehmen. § 75 des Betriebsverfassungsgesetzes lautet: Arbeitgeber – also Sie auch mit – und Betriebsrat haben darüber zu wachen, dass alle im Betrieb tätigen Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit behandelt werden, insbesondere, dass jede unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft usw. unterbleibt.“ Dr. Ziegler lehnte die geforderte Rücknahme in der Betriebsversammlung ab.]

Daraufhin wurde der folgende Text zur Abstimmung gebracht: „Der Betriebsrat möge beschließen: ... Herr Dr. Ziegler hat auf der Betriebsversammlung am 26.9.1972 Begründungen für den Abschluß von Zeitverträgen genannt, wobei er die Staatsangehörigkeit eines Arbeitnehmers erwähnte. Diese Äußerung hat erhebliche Zweifel an der Gewährleistung einer nicht unterschiedlichen Behandlung ausländischer und deutscher Arbeitnehmer hervorgerufen. Der Betriebsrat bittet daher die Geschäftsführung, die Ausführungen Herrn Dr. Zieglers klarzustellen und die Grundsätze der Gesellschaft für Kernforschung über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ausführlich zu erläutern.“

Dr. ZIEGLER wurde somit auf der Betriebsratssitzung am 15.11.1972 dazu veranlasst, zu seinen Darlegungen hinsichtlich der diskriminierenden Maßnahmen gegen die Ausländer Stellung zu nehmen. Wie zu erwarten, erklärte er, dass seine Worte nicht so zu interpretieren sind, als seien sie ausschließlich gegen die „Ausländer“ gerichtet, sondern es handele sich ganz einfach um ein allgemeines Problem des Arbeitsmarkts! Im Protokoll des Betriebsrats steht zu lesen, dass Dr. ZIEGLER bei der Verwendung des Begriffs „Ausländer“ stillschweigend Personen einbezogen hatte, die sich noch in der Ausbildung befinden und nicht allein die Nationalität der Menschen gemeint war.

Der Autor hatte an dieser Betriebsversammlung teilgenommen. Er kann bestätigen, dass Dr. ZIEGLER im Verlauf der Diskussion über die Zeitverträge den Begriff „Ausländer“ bewusst und nachdrücklich gebraucht hat, obwohl das Problem ohne jedweden Bezug zur Nationalität der Mitarbeiter behandelt worden war.....

Ein weiteres Leitungsmitglied, Dr. GREIFELD, administrativer Vorstandsvorsitzender seit Gründung des Zentrums wurde in seinen Äußerungen noch deutlicher. Er verlangte, dass – wenn man schon Ausländer einstelle – der Vorzug „Blonden, Schweden zum Beispiel“ gegeben werden müsse, und nicht Personen, die vom Balkan kämen! Kurz gesagt, er schlug eine Art Arisierung



Rudolf Greifeld, Herrmann Giesler, Albert Speer, Adolf Hitler und Arno Breker am 28. Juni 1940 in Paris (v.l.n.r.)
Quelle: Bundesarchiv Bild 183-H28708

des ausländischen Personals vor! Es muss daran erinnert werden, dass dies weniger als 30 Jahre nach dem Tod von HITLER geschah ...

Eine Frage stellt sich: Entsprach denn diese Haltung der Leitung des Kernforschungszentrums Karlsruhe der von der sozialdemokratisch-liberalen Koalition verfolgten Politik? Man muss sich vergegenwärtigen, dass das Zentrum zu 90% vom Bund und zu 10% vom Land Baden-Württemberg finanziert wird. Selbstverständlich sollte dann die vom Forschungszentrum verfolgte Politik auch den Wünschen des Bundes – des Hauptgeldgebers – entsprechen.

Sehr viele Geschichten wären zu erzählen, wollte man den Leser die reale Atmosphäre nachempfinden lassen, die innerhalb des Zentrums herrschte, die kurz gesagt politisch eine extrem rechte war.

Und das lässt sich nicht klarer ausdrücken als mit den Worten von Staatssekretär Dr. SPERLING, mit denen er sich im Februar 1973 auf der Jahrestagung des Verbandes der Wissenschaftler an Forschungsinstituten an Dr. HAUFF, den gegenwärtigen Minister, wandte [zum Zeitpunkt der Jahrestagung war Dr. Hauff Staatssekretär im Forschungsministerium]. SPERLING erklärte, dass „das Kernforschungszentrum aus Militärs ohne Uniform besteht und die Verwaltung die Rolle einer Truppe in Zivil spielt“. SPERLING hoffte, auf diese Weise Dr. HAUFF, dessen Karriere noch in den Anfängen steckte, zur Einsicht bringen zu können. Aber er hatte sich getäuscht. Die Reaktion von HAUFF auf seine Rede war von unerwarteter Heftigkeit. Um diese Reaktion nachvollziehen zu können, muss man wissen, dass HAUFF bereits zuvor ein Schreiben einer Gruppe von Mitarbeitern des Zentrums Karlsruhe erhalten hatte. In diesem Schreiben wurde auf „Kameradschaften“ zwischen einigen Mitarbeitern der Verwaltung des Zentrums hingewiesen, die in Kriegszeiten geschlossen wurden und allermindestens als zweifelhaft erschienen.

In der Tat kann man diese neonazistische Atmosphäre nur empfinden und erkennen, wenn man sie schon einmal durchlebt hat. Der Autor hatte sie vorausgeföhlt, als er das Gelände des Zentrums betrat, aber er musste zuerst einmal ein Knäuel von Ereignissen durchleben, um schließlich zur Entdeckung der Aktivitäten eines gewissen Dr. GREIFELD während des Zweiten Weltkriegs zu gelangen, die „allermindestens als zweifelhaft“ erschienen.

So kam es auch dazu, dass in der Zeit seines Aufenthalts in Karlsruhe einer der Kollegen des Autors, dessen Namen der Autor aus Sicherheitsgründen besser nicht nennt, auf einer Abendgesellschaft in einem Privatklub einen gewissen Dr. ERNST traf. Dieser Dr. ERNST war schon nicht mehr sehr jung und war während des Krieges in Paris tätig, wo er auch die Bekanntschaft des Dr. GREIFELD gemacht hatte. Und am Ende der Abendgesellschaft richtete ERNST wie ganz selbstverständlich an den Kollegen des Autors die Bitte, Dr. GREIFELD Grüße zu überbringen.

So gelangten wir an den Anfang der Spur, die zeigte, dass Dr. GREIFELD gut und gern einen Teil des Krieges in Frankreich verbracht hat. Dieses mündliche Zeugnis hatte aber nur geringen Wert. Was man brauchte, war die schriftliche Bestätigung von ERNSTs Äußerung durch GREIFELD. Anstatt ERNSTs Botschaft einfach nur an GREIFELDs Sekretärin zu überbringen, bevorzugten wir den internen Postweg. Der Kollege des Autors verfasste eine schriftliche Mitteilung an GREIFELD, in der er ihn über die Grußbotschaft ERNSTs informierte. In dieser Mitteilung führte er klar die Tatsache an, dass der Beginn der Bekanntschaft dieser beiden Personen in die Zeit der Okkupation von Paris durch die Deutschen fiel. GREIFELD beantwortete die Mitteilung und bestätigte, ERNST während des Kriegs in Paris kennengelernt zu haben.

[Anmerkung : Wortlaut der zitierten Antwort von Dr. Greifeld vom 5. Juni 1972: „Besten Dank für Ihre Nachricht vom 22. Mai 1972, in der Sie Grüße von Dr. Ernst ausgerichtet haben. Zur Klarstellung möchte ich sagen, dass ich Herrn Dr. Ernst seit vielen Jahren kenne, insbesondere aus



Rudolf Greifeld bei der Einweihung der Reaktorsiedlung in Leopoldshafen
Foto aus der Jubiläumszeitschrift "25 Jahre Kernforschungszentrum Karlsruhe"

gemeinsamer Zeit in Paris. Doch waren weder er noch ich Kommandant, sondern wir waren beide in der Militärregierung Frankreich tätig.“]

Von diesem Zeitpunkt an (das war 1972) hatte der Autor die Gewissheit, dass seine Recherchen von Erfolg gekrönt sein würden. Er hatte den Verdacht geschöpft, dass GREIFELD während des Krieges Aktivitäten antisemitischen Charakters betrieben hatte. Dieser Verdacht war in ihm aufgekeimt im Anschluss an ein persönliches Gespräch, das er mit Dr. GREIFELD in dessen Büro hatte. Die Archive zu durchsuchen, ohne eine Spur zu haben, hätte keinen Sinn gehabt. Aber zumindest war der Autor nun sicher, dass die Richtung „Paris“ zutreffend sein sollte. Hatte denn GREIFELD nicht selbst schriftlich bestätigt, ERNSTs Bekanntschaft während des Krieges in Paris gemacht zu haben? Außerdem hatte der Autor jetzt ein weiteres Positivum in seinen Händen: Unter der Antwort von GREIFELD stand die handschriftliche Unterschrift. Dies würde ihm den Vergleich mit den Unterschriften ermöglichen, die er vielleicht in Paris auf Dokumenten aus den deutschen Archiven aus der Kriegszeit finden würde. Hinzuzufügen ist, dass GREIFELD geäußert hatte, nicht der Wehrmacht angehört zu haben.

Im Besitze dieses Materials stattete der Autor in Paris Monsieur BLOCH, dem Vorsitzenden der Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus, einen Besuch ab. Dieser half ihm dann, mit den KLARSFELDS in Kontakt zu kommen. Das war während des Sommers im Jahr des Heils 1972. Und zum Ende des gleichen Jahres hatte er die Möglichkeit eines langen persönlichen Gesprächs im Ministerium für Forschung und Technologie in Bonn mit Ministerialdirektor Dr. SCHMIDT-KÜSTER. Diskutiert wurde über den Arbeitsvertrag des Autors, den sein Institutsdirektor Professor Dr. HÄFELE um keinen [Preis](#) verlängern wollte. Als er bei dieser Gelegenheit Dr. SCHMIDT-KÜSTER seine Schwierigkeiten darlegte, wusste er noch nichts von den engen Beziehungen zwischen HÄFELE und GREIFELD, von denen er zu seinem eigenen Schaden erst viel später erfahren sollte. Dr. SCHMIDT-KÜSTER versprach ihm Hilfe und verpflichtete sich, alles zu unternehmen, um bis zum Zeitpunkt des Auslaufens des Arbeitsvertrags eine akzeptable Lösung zu finden. Es handelte sich darum, dass der Autor das von HÄFELE geleitete Institut verlassen sollte, um in ein anderes Zentrum zu wechseln, vorzugsweise eines außerhalb von Karlsruhe. Erwähnt wurde das CERN, in dem bereits eine vom Kernforschungszentrum Karlsruhe entsandte Forschungsgruppe arbeitete.

Trotz aller „Anstrengungen“ des Ministeriums hatte die Leitung in Karlsruhe die Verlängerung des Arbeitsvertrags verweigert. Es wäre übrigens interessant, eines Tages zu ermitteln, inwieweit von jenem Zeitpunkt an eine Art Berufsverbot seitens der Direktion von Karlsruhe ausgeübt worden sein könnte. Das, was man entdecken würde, hätte sicherlich nichts Überraschendes an sich.

Nach Auslaufen seines Arbeitsvertrags kehrte der Autor nach Frankreich zurück. Seine Intuition sagte ihm, dass er in der BRD keine Arbeitsmöglichkeit mehr bekommen würde. Aber erst später sollte klar werden, dass die Bedingungen in Frankreich kaum besser waren. Trotz der Intervention einer großen Zahl von Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik sah sich die französische Regierung immer wieder in der Situation „des großen Bedauerns, den Forderungen aus Gründen des Ansehens nicht nachkommen zu können.“

Als in der Presse der Skandal der TRAUBE-Affäre Furore machte, war das für den Autor eine Offenbarung. Es wurde für ihn zur Gewissheit, dass GREIFELD während des Krieges bestimmte antisemitische Aktivitäten begangen haben musste. Diese Überzeugung mit Beweisen zu belegen, würde keine geringe Arbeit darstellen, da bestimmte Personen nach wie vor eine beträchtliche Unterstützung genossen. Aber er hatte Glück und konnte in den Archiven des Jüdischen Dokumentationszentrums (Centre de Documentation Juive Contemporaine) recherchieren. Dort fand er die Strukturpläne des „Verwaltungsstabs des Militärbefehlshabers in Frankreich“ aus dem Jahre 1943/1944. GREIFELD war dort nicht erwähnt. Daraus zog er den Schluss, dass Dr. GREIFELD sich in Paris höchstens bis Ende 1942 aufgehalten hatte.

Was Dr. ERNST betrifft, war die Situation komplizierter, da dieser Familienname in Deutschland sehr verbreitet ist. Gefunden werden konnte ein gewisser Hans-Dietrich ERNST, der nach dem Krieg in Deutschland an einem geheimgehaltenen Ort lebte. Hans-Dietrich ERNST war während des Krieges Kommandeur der SIPO-SD in Angers. Nach dem Krieg wurde er der Verantwortlichkeit für die Deportation von 824 Juden beschuldigt und in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Bekannt war auch, dass bei dem allein für die in Frankreich begangenen Kriegsverbrechen zuständigen Staatsanwalt von Köln eine Klage gegen Hans-Dietrich ERNST eingereicht worden war. Daher hatte der Autor im April 1975 eine Unterredung mit Generalstaatsanwalt Dr.

GEHRLING am Oberlandesgericht Köln. Diesem unterstanden alle Vorgänge, die in den LISCHKA-Prozess mündeten, in dem es um die Endlösung der Judenfrage in Frankreich ging. Dr. GEHRLING dachte, dass nur ein einziger Dr. ERNST existiere, und dieser schien nicht die Person zu sein, nach der gesucht wurde. In der Tat trug der eine den Dokortitel, der andere nicht, obschon beide Juristen waren. Der in Angers tätig gewesene ERNST lebte GEHRLING zufolge „irgendwo in Norddeutschland“, GEHRLING wusste aber, das „unser“ Mann in Baden-Württemberg wohnte. Er kannte in Baden-Württemberg keinen ERNST, der Kriegsverbrechen begangen hatte.

Nach diesem Gespräch begab sich der Autor in die Bibliothek von Köln, um dort in den Archiven der Doktorarbeiten zu recherchieren. Der Zufall wollte es, dass – wenn auch der Familienname ERNST recht verbreitet war, der Vorname des SS-Manns hingegen eher selten vorkam. In den durchsuchten Archiven gab es aber niemanden mit diesem Namen.

Irgendetwas in den Angaben von GEHRLING war unstimmt! Zurück in Paris, nahm der Autor die Suche nach den beiden ERNST wieder auf. Er durchblätterte alle Telefonbücher von Norddeutschland. Dabei fand er schließlich einen Hans-Dietrich ERNST, Anwalt in der schönen Stadt Leer nahe Oldenburg. Weitere Recherchen erbrachten ihm dann die Gewissheit, dass es sich tatsächlich um den früheren SS-Mann von Angers handelte.

Die Mitglieder von L.I.C.A. (Ligue Internationale Contre l'Antisémitisme – Internationale Liga gegen den Antisemitismus) waren sehr zufrieden, endlich den Wohnort von Hans-Dietrich ERNST zu kennen. Mit Serge und Beate KLARFELD gingen die Recherchen dann zu GREIFELD und seinem Freund ERNST weiter. Nunmehr waren beide als Mitglieder der Militärregierung während des Krieges eingeordnet. Aber das waren auch schon alle Angaben, über die wir verfügten. Der Autor war aber damals fest davon überzeugt, dass man etwas finden müsste, wenn man sich nur Zeit nähme. Und dazu kam es dann schließlich auch. Eines schönen Tages entdeckte man eine ganze Reihe von Dokumenten zum Thema „Deportation der jüdisch-bolschewistischen Elemente in Zwangsarbeitslager des Ostens“. Es handelte sich vorwiegend um Deportierte aus dem Lager Compiègne. Und alle diese Dokumente waren unterzeichnet von einem gewissen Dr. ERNST, Mitglied des Verwaltungsstabs des Oberbefehlshabers in Frankreich – Abteilung Polizei. Die Unterschrift enthielt nie einen Vornamen, wie das im Deutschen nach dem Dokortitel üblich ist. Der Autor erinnerte sich jedoch, dass der Freund von GREIFELD den Vornamen Waldemar trug. Um nachzuprüfen, ob es sich tatsächlich um den genannten ERNST mit Wohnsitz in Baden-Württemberg handelte, richtete der Autor ein Schreiben an den Oberstaatsanwalt GEHRLING und reichte gegen den eben neugefundenen ERNST Klage ein. Eine Woche später begab er sich nach Köln. Zu seiner großen Überraschung war dem Generalstaatsanwalt dieses Mal die Existenz eines zweiten Dr. ERNST bekannt – es war Waldemar ERNST. Er wohnte in Aalen in Baden-Württemberg und war ganz genau der Freund von GREIFELD!

Gegen Dr. Waldemar ERNST wurde ein Untersuchungsverfahren eröffnet und GREIFELD wurde vom Generalstaatsanwalt als Zeuge vernommen. Die Vernehmung fand in Karlsruhe statt. Die Tatsache, dass Dr. GREIFELD vom Staatsanwalt zu seinen Beziehungen zu Dr. ERNST während des Krieges befragt wurde, spielte im weiteren Verlauf dieses Verfahrens eine bedeutende Rolle. Es war mittlerweile Juni 1975 und noch immer lagen keine Beweise für die früheren antisemitischen Aktivitäten von Dr. GREIFELD vor. So entschloss sich der Autor, ein Rundschreiben zu verfassen, das er an Persönlichkeiten aus der Welt der Presse, an hohe Bonner Ministerialbeamte und in zahlreichen Exemplaren auch an das Kernforschungszentrum Karlsruhe versandte. Hier der Text:

„Es ist mir sehr daran gelegen, Dr. Greifeld, Vorstandsmitglied des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Dank zu sagen dafür, dass er es mir ermöglicht hat nachzuweisen, dass Dr. Waldemar Ernst, Hauptgeschäftsführer der Schwäbischen Hüttenwerke GmbH Aalen (Tel. 07361/5021) in seiner Eigenschaft als führendes Mitglied der Verwaltung von Paris während der Kriegszeit und als Chef der Polizeiabteilung an den Aktionen gegen die Juden in Frankreich beteiligt war und in Verbindung mit dem SS-Obersturmbannführer Kurt Lischka zu den unmittelbaren Verantwortlichen für die Verfolgungen der Juden in Paris gezählt hat.

Dr. Greifeld, der sich zu gleicher Zeit wie Dr. Ernst in Frankreich aufhielt und dort verantwortliche Funktionen beim militärischen Oberbefehlshaber in Frankreich ausübte, hat mir offenbart, wo ich Dokumente zu den antisemitischen Aktivitäten von Dr. Waldemar Ernst auffinden kann. Diese Dokumente habe ich Herrn Generalstaatsanwalt Dr. Gehrling in Köln übergeben.

Es hatte zwar früher bestimmte Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Greifeld und mir gegeben, aber seine Klarstellungen zu Dr. Ernst waren sehr wertvoll für mich und die deutsche Justiz, die gegenwärtig den Prozess gegen die Hauptverantwortlichen für die Endlösung der Judenfrage in Frankreich vorbereitet, der in Köln stattfinden wird.“

(Es folgen die Unterschrift des Autors und seine Anschrift in Frankreich.)

Diesem Rundschreiben beigelegt waren Dokumente zur Judendeportation, die unterzeichnet waren von Dr. ERNST. Die Presse reagierte nicht – aus gutem Grund!

Es ging also darum zu sehen, wie GREIFELD diese Kröte schlucken würde. Er konnte nicht wissen, ob der Autor zu diesem Zeitpunkt ein Dokument über dessen Aktivitäten während des Krieges in Paris in Händen hatte. Anhand seiner Reaktion würde es ein Leichtes sein, den Schluss zu ziehen, ob man die Recherche fortsetzen musste oder nicht. GREIFELD reagierte nicht. Man konnte nun also berechtigterweise vermuten, dass bestimmte seiner Aktivitäten antisemitischen Charakters gewesen waren. Die Recherchen in den Archiven des Jüdischen Dokumentationszentrums wurden mit verstärkter Kraft wieder aufgenommen. Im Oktober 1975 wurde schließlich ein Dokument aus dem Verwaltungsstab entdeckt, auf dem sich eine Unterschrift ähnlich der von Dr. Rudolf GREIFELD befand. Es stammte vom 2. Januar 1941 und war in der Tat das erste Dokument, das von einer antisemitischen Maßnahme in Frankreich berichtete! Hier der Text:

1.) Vermerk

In der jüngsten Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit. So waren z.B. in dem Cabaret „Le bœuf sur le toit“ im Gebäude des Hotels „George V“ – von den Wehrmachtsangehörigen abgesehen – in der Silvesternacht sehr viele Juden. In der gleichen Nacht ist im Cabaret „Les Trois Valses“ – nach Angabe des OKVJ Fein – ein deutsches Lied, das die Kapelle spielte, ausgepfiffen worden. Zu dieser Zeit waren auch hier Juden. Gerade dieses Lokal wird von vielen Wehrmachtsangehörigen besucht. Auch in dem Cabaret „Carrère“ verkehren sehr viele Juden. Ich rege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von Wehrmachtsangehörigen häufig besuchten Lokalen überprüft wird und die Verlängerung der Polizeistunde von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach Juden der Zutritt verboten ist.

2.) An das Polizeireferat zuständigkeitshalber.

Paris, den 2. Januar 1941.“ (Es folgt die handschriftliche Unterschrift GREIFELD)

Das Gutachten, das im Weiteren von einem Experten für Graphologie und Paläographie beim Berufungsgericht Paris angefertigt wurde, ließ keinen Zweifel: Das Dokument war tatsächlich während des Krieges von GREIFELD unterzeichnet worden.

Wie sich anhand der Anmerkung am Textende des Dokuments leicht feststellen lässt, war Dr. GREIFELD nicht zuständig, solche Maßnahmen zu ergreifen, er gehörte nicht der Polizeiabteilung an, sondern der Abteilung, die sich mit Alltagsfragen befasste, dem täglichen Leben während der Okkupation. Die Bedeutung, die die deutschen Behörden seiner antisemitischen Initiative beimaßen, spiegelte sich in Folgendem wieder: Zum Zeitpunkt, da er seine „geniale Idee“ – die erste antisemitische Maßnahme in Frankreich – hatte, stand GREIFELD im Rang eines „Kriegs-

fol. 413

XXVI-4

191

1.) Vermerk

In letzter Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit. So war z.B. in der Silvesternacht in dem Cabaret „Le bœuf sur le toit“ im Gebäude des Hotels „George V“ – von den Wehrmachtsangehörigen abgesehen – sehr viele Juden. In der gleichen Nacht ist in dem Cabaret „Trois Valses“ – nach Angabe des OKVJ Fein – ein deutsches Lied, das die Kapelle spielte, ausgepfiffen worden. Zu dieser Zeit waren auch hier Juden. Gerade dieses Lokal wird von sehr vielen Wehrmachtsangehörigen besucht. Auch in dem Cabaret „Carrère“ verkehren sehr viele Juden.

Ich rege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von Wehrmachtsangehörigen häufig besuchten Lokalen überprüft wird und die Verlängerung der Polizeistunde von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach Juden der Zutritt verboten ist.

2.) An das Polizeireferat zuständigkeitshalber.

Paris, 2. Januar 1941.

J. H. R. & Kiesel.
Lab 71

Greifeld

2.1.41.

verwaltungsassistenten“. Dreizehn Tage später war GREIFELD zum „Kriegsverwaltungsrat“ befördert worden.

Ende Oktober hielt der Autor gemeinsam mit den KLARSFELDS in der Europa-Hauptstadt Straßburg eine Pressekonferenz ab. Die antisemitischen Aktivitäten von Dr. GREIFELD wurden hier der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Gefordert wurde der Rücktritt GREIFELDS vom Posten des Vertreters der Bundesrepublik Deutschland, den er im Lenkungsausschuss des englisch-französisch-deutschen Laue-Langevin-Instituts in Grenoble innehatte. Ein Deutscher, der während des Krieges in Frankreich antisemitische Maßnahmen gefordert hatte, saß nach dem Krieg im Direktionssessel eines Kernforschungszentrums in Frankreich – im Namen der Kooperation zwischen Paris und Bonn! Das war zu viel. Sein Fall hatte den gleichen provokatorischen Charakter wie der von BÖTTCHER im Kernforschungszentrum Jülich nahe der holländischen Grenze.

Die Presse veröffentlichte die Information. „Le Monde“, „Figaro“ und andere nicht-extremistische Zeitungen publizierten die Geschichte. In Deutschland wurde sie von der liberalen Zeitung „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ korrekt verbreitet. Dr. GREIFELD erklärte Journalisten gegenüber, dass das alles nichts als eine Lüge sei und dass man hier nichts als einen Racheakt von Seiten des Autors dieses Buches sehen könne. Er habe, so äußerte er sich, während seines Aufenthaltes in Frankreich in der Zeit des Krieges nie antisemitische Maßnahmen befürwortet.

Die offiziellen Behörden unterstützten GREIFELD; er blieb im Amt sowohl in Grenoble wie auch in Karlsruhe.

Angesichts dessen bildete sich ein „Komitee zur Greifeld-Affäre“ und veröffentlichte ein Begehren. Mehr als vierhundert französische und ausländische Physiker verlangten mit ihrer Unterschrift, dass GREIFELD das Laue-Langevin-Institut verlässt. Nun sah sich der Bundesforschungsminister gezwungen, sein Schweigen zu brechen. Der gleiche Dr. HAUFF, der uns (wie zuvor beschrieben) empfangen hatte, erklärte der Presse gegenüber, dass sein Ministerium den Fall GREIFELD „sehr gewissenhaft“ untersuchen werde. Die „Frankfurter Allgemeine“ veröffentlichte einen Artikel, in dem der Journalist sich die Frage stellte, wieso HAUFF all diese Zeit benötigt hatte, um den antisemitischen Charakter von GREIFELD zu begreifen. Zu diesem Thema war ihm ja doch schon zu Beginn des Jahres 1973 berichtet worden, als er in die Regierung eintrat!

In welchem Maße hatte GREIFELD Unterstützung aus Bonn genossen? Wer waren seine wahren Freunde im Beamtenapparat des Ministeriums? Der Autor hatte ein Schreiben an Staatssekretär HAUFF gerichtet, in dem er diesen um ein Gespräch ersuchte, um ihm seine Klagegründe gegen GREIFELD anhand von Dokumenten darzulegen. HAUFF antwortete umgehend, wobei er die Angelegenheit einem Beamten – des Ministeriums – Dr. BISCHOFF – übertrug. Er riet, mit diesem in Kontakt zu treten, was auch so geschah. In einem Telefongespräch legte Dr. BISCHOFF seine Absicht dar, sich nach Paris zu begeben, um die Authentizität dieser Dokumente, die die antisemitische Haltung GREIFELDS in der Kriegszeit belegten, zu prüfen. BISCHOFF fuhr aber nicht nach Paris, denn der Autor hatte ihm geraten, Kontakt mit Generalstaatsanwalt Dr. GEHRLING aufzunehmen, der ihm die Erklärungen des Autors bestätigte. Dies geschah am 5. Dezember 1975.

Epilog: Anstatt sich nach Paris zu begeben, sandte BISCHOFF dem Autor aus Bonn ein Schreiben, in dem er diesen informierte, dass ihm Dr. GREIFELD am Tag nach dem Telefongespräch seinen Rücktritt vom Amt im Lenkungsausschuss des Laue-Langevin-Instituts in Grenoble angeboten hatte. (PK)

Das Original der Dissertation von Leon Grünbaum liegt dem Autor vor. Von ihm wurden die Anmerkungen in eckigen Klammern eingefügt. Die Übersetzung aus dem Französischen besorgte Rolf Junghanns.

Der Beitrag des Autors gehört zum Artikel „Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur!“ für die Zeitschrift „Marxistische Blätter“ Heft 3 Nr. 11, der online in zwei Teilen in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ am 4. Mai 2011 www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16473 und am 18. Mai 2011 www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16511 erschien.

Die brasilianische Bombe

10.05.2010



BRASILIA/BERLIN

(Eigener Bericht) - Ein deutscher Militärexperte rechnet mit der Produktion der ersten brasilianischen Atombombe innerhalb der nächsten drei Jahre. Auf der Grundlage "aller Erfahrung im Umgang mit vergleichbaren Entwicklungen" gehe er davon aus, dass die Streitkräfte Brasiliens bald über Nuklearwaffen verfügen würden, schreibt Hans Rühle, ein ehemaliger Leiter des Planungsstabs im Bundesverteidigungsministerium. Rühles Annahme kann sich auf Aussagen höchstrangiger brasilianischer Politiker stützen, die darauf hoffen, mit nuklearer

Bewaffnung den weltpolitischen Aufstieg ihres Landes abstützen zu können. Offizielle Reaktionen aus Berlin sind nicht bekannt. Die Bundesrepublik unterstützt den Aufbau der brasilianischen Nuklearindustrie schon seit Ende der 1960er Jahre und hat ihren Atomvertrag mit Brasilien aus dem Jahr 1975 erst vor wenigen Wochen explizit bestätigt. Siemens beteiligt sich am Bau eines neuen brasilianischen Kernkraftwerks. Berliner Außenpolitiker plädieren für eine enge Kooperation mit dem Land, dem zugetraut wird, Deutschland einen Weg zu stärkerem Einfluss im Hinterhof der USA zu öffnen.

Binnen drei Jahren

Wie der ehemalige Leiter des Planungsstabs im Bundesverteidigungsministerium Hans Rühle auf der Internetplattform der Zeitschrift "Internationale Politik" erklärt, rechnet er mit der Produktion der ersten brasilianischen Atombombe innerhalb der nächsten drei Jahre. Rühle weist darauf hin, dass die im Dezember 2008 verabschiedete Nationale Verteidigungsstrategie Brasiliens vorsieht, neue Kapazitäten aufzubauen, "um Nuklearenergie in einem breiten Spektrum von Aktivitäten zu nutzen".[1] Zwar habe das Land den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag unterschrieben, aber es weigere sich - im Unterschied zu Iran - prinzipiell, das Zusatzprotokoll von 1997 zu akzeptieren und Inspektoren den Zutritt auch zu nicht deklarierten Anlagen zu gestatten. Rühle vermutet, es werde, wie schon in den 1970er und 1980er Jahren, die Herstellung von Kernwaffen im Rahmen eines Programms zum Bau nuklearer U-Boote betrieben. 2013 könne die erste Bombe fertig sein.

Atomwaffen

Rühle, der von 1982 bis 1988 an der Spitze des Planungsstabs im Verteidigungsministerium stand, gilt als CDU-Mann mit enger transatlantischer Einbindung. Seine Einschätzungen hinsichtlich der brasilianischen Nuklearaktivitäten können sich über interne Quellen hinaus auf Äußerungen brasilianischer Politiker der höchsten Ebene stützen. Zuletzt hat der Vizepräsident des Landes, José Alencar, im September 2009 erklärt, die brasilianischen Streitkräfte müssten sich Atomwaffen beschaffen; dies sei zentral, um das riesige Staatsterritorium gegen Angriffe von außen zu sichern.[2] Brasilien beherrscht - als neuntes Land der Welt - den ganzen Brennstoffkreislauf, seit es im Mai 2006 eine Ultrazentrifuge zur Anreicherung von Uran in Betrieb genommen hat. Zudem hat es bereits in den 1970er und in den 1980er Jahren ein umfangreiches Atomprogramm betrieben - und stand um das Jahr 1990 herum nach Auskunft von Experten kurz vor dem Bau der ersten Bombe. Dabei ist die Bundesrepublik stets an vorderster Stelle in die Atomprogramme Brasiliens involviert gewesen.

NS-Atomforscher

Schon in den 1950er Jahren, als Brasilien begann, die ersten Ansätze seiner Nuklearforschung zu bündeln, waren Deutsche zur Stelle. Die brasilianische Regierung bemühte sich um Unterstützung aus Bonn, nachdem der südamerikanische Konkurrent Argentinien erste erfolgreiche Experimente in Sachen Nukleartechnologie bekanntgegeben hatte - unter der Leitung eines Forschers, der zuvor für NS-Deutschland gearbeitet hatte. Brasilien schloss daraufhin mit früheren NS-Wissen-

schaftlern einen Deal zur Lieferung von Gaszentrifugen zur Urananreicherung; die Lieferung wurde jedoch in letzter Sekunde von den US-Behörden in Deutschland gestoppt. Bonn unternahm dann 1968 wieder eigene Schritte in Sachen brasilianische Nuklearindustrie, nachdem Siemens den Auftrag zum Bau von Atucha I in Argentinien erhalten hatte. Atucha I war der erste Nuklearmeiler in Lateinamerika. Der damalige Außenminister Willy Brandt bahnte eine bilaterale Übereinkunft zwischen Brasilien und der Bundesrepublik zur Atomforschung an, die dann 1969 unterzeichnet wurde. Im Jahr 1974 wurden die bilateralen Verhandlungen schließlich intensiviert - unter anderem unter Mitwirkung des ehemaligen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß (CSU).

Atomvertrag

Die bisherige Krönung der deutsch-brasilianischen Atomkooperation war die Unterzeichnung des Atomvertrags im Jahr 1975. Das Abkommen sah vor, dass die bundesdeutsche Industrie sowie die Kernforschungszentren der Bundesrepublik Brasilien den Zugang zum gesamten Nuklearkreislauf eröffnen. Dies war die erste derartige Übereinkunft weltweit zwischen einem Industrie- und einem Entwicklungsland; sie sah unter anderem den Bau von acht Kernkraftwerken innerhalb von nur 15 Jahren vor. Zum damaligen Zeitpunkt forschte auch das brasilianische Militär im Atombereich, in der klaren Absicht, nuklear aufzurüsten. Dies hielt die Bundesregierung nicht davon ab, den Atomvertrag zu unterzeichnen. Zwar wurden viele seiner Bestimmungen bis heute noch nicht umgesetzt, doch verlängert Berlin das Abkommen regelmäßig. Zuletzt hat der Außenminister bei seiner Brasilien-Reise im März den Fortbestand des Atomvertrags ausdrücklich bestätigt - in voller Kenntnis der Ankündigung von Vizepräsident Alencar, sein Land müsse nuklear aufrüsten.[3]

Gefälligkeitsgutachten

Der jüngste Schritt in der deutsch-brasilianischen Atom-Kooperation ist die Vergabe eines 2,5 Milliarden Euro schweren staatlichen Exportkredits für den Bau eines Kernkraftwerks in Brasilien. Die neue Koalition aus CDU/CSU und FDP hatte bereits im Koalitionsvertrag angekündigt, Atomgeschäfte nicht länger von neuen "Hermes"-Krediten auszuschließen. Mit der Genehmigung eines solchen Kredits für Siemens/Areva zum Bau des brasilianischen Meilers Angra III bei Rio de Janeiro setzt sie diese Ankündigung in die Praxis um. Scharfe Kritik üben Umweltschutzorganisationen. Dass Angra III ebenso wie Angra I und II auf unsicherem Boden gebaut werden soll, ist schon lange bekannt. Greenpeace hat jetzt das offizielle Gutachten über den Kraftwerkbau untersucht, das eine Grundlage für die Exportkreditgenehmigung der Bundesregierung bildet. Experten schätzen es als "bruchstückhaft" und "fachlich ungenau" ein und sprechen von einem "Gefälligkeitsgutachten". Immerhin aber finde sich darin der Hinweis, dass Angra III nicht gegen einen Flugzeugabsturz gesichert sei.[4]

Strategischer Partner

Offiziell hält sich Berlin mit Stellungnahmen zurück. Wegen seiner Größe, aber auch wegen seiner erstarkenden Industrie und nicht zuletzt wegen seiner militärischen Ambitionen gilt Brasilien als potenzielle Vormacht unter den Staaten Lateinamerikas. Deutschland unterhält eine "strategische Partnerschaft" zu dem Land, eine Einstufung, die die Europäische Union inzwischen übernommen hat.[5] Insofern Brasilien beim Kampf um die lateinamerikanische Hegemonie mit Hugo Chávez' Venezuela rivalisiert, wird es von Washington und Berlin unterstützt. Die Bundesregierung hofft außerdem darauf, in Kooperation mit der brasilianischen Regierung ihren eigenen Einfluss im Hinterhof der USA zu stärken. Dieses Vorhaben, das in den Vereinigten Staaten seit je mit erheblicher Skepsis beobachtet wird, trägt zur Erklärung der jahrzehntelangen deutsch-brasilianischen Atomkooperation bei.

[1] Hans Rühle: Brasilien und die Bombe; www.internationalepolitik.de 03.05.2010

[2] José Alencar defende que Brasil tenha bomba atômica; www.estadao.com.br 24.09.2009

[3] Unterwegs als Atom-Lobbyist; www.taz.de 13.03.2010

[4] "Gefälligkeitsgutachten" fürs AKW; www.taz.de 21.04.2010

[5] s. dazu „Juniorpartner“ www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56933

Altnazis schoben BRD-Atomprogramm mit an Argentinien-Flüchtling Walther Schnurr war jahrelang Chef des Kernforschungszentrums Karlsruhe

Von Reimar Paul

Das Kernforschungszentrum Karlsruhe war der Hauptlieferant von radioaktivem Müll ins Pannen-Endlager Asse. Bis zu 90 Prozent der dort vergrabenen Abfälle stammen nach unterschiedlichen Angaben aus dem Forschungszentrum, der größte Teil aus einer Versuchswiederaufarbeitungsanlage. Das Kernforschungszentrum Karlsruhe wurde 1956 gegründet. Ein Jahr zuvor hatte die Bundesrepublik Deutschland ihre volle Souveränität erhalten – und damit das Recht, Atomkraft zu »friedlichen« Zwecken zu entwickeln und zu nutzen.

In Karlsruhe wurden und werden zahlreiche kerntechnische Anlagen betrieben. Neben der erwähnten Wiederaufarbeitungsanlage waren dies mehrere Leichtwasser-Forschungsreaktoren (FR 1 und FR 2), ein Schneller Brüter (KNK) sowie eine Verglasungsanlage für Atommüll. Im Forschungszentrum ereigneten sich etliche schwere Unfälle.

Träger und Geldgeber sind der Bund (90 Prozent) und das Land Baden-Württemberg (zehn Prozent). Seit den 1980er Jahren weitete das Zentrum seine wissenschaftliche Arbeit auf andere Bereiche aus, 1995 wurde es in Forschungszentrum Karlsruhe umbenannt. Es zählt nach eigenen Angaben heute zu den größten natur- und ingenieurwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Europa, hat mehr als 3800 Beschäftigte und ein Jahresbudget von über 300 Millionen Euro. Das Forschungszentrum Karlsruhe gehört zur Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren. Zu diesem Verbund zählte auch der bisherige Betreiber des Atommülllagers Asse, das Helmholtz-Zentrum München.

Erster Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Karlsruhe war der Deutsch-Argentinier Walther Schnurr. Während der Nazidiktatur arbeitete er als Munitions- und Kampfstoffexperte für die IG Farben; nach Ende des Zweiten Weltkrieges flüchtete er nach Argentinien. Von dort holte ihn Atomminister Franz-Josef Strauß (CSU) zehn Jahre später zurück. »Er war eine Kombination von Experte und Manager«, rechtfertigte Strauß damals gegenüber der BBC seine Wahl.

Doch die Berufung von Schnurr hatte System. Fast zeitgleich zum Kernforschungszentrum konstituierte sich 1956 unter dem Vorsitz von Strauß die Deutsche Atomkommission, die später in das Deutsche Atomforum überging und die bei weitem einflußreichste Pro-Atom-Lobbyorganisation ist. Zu den Gründungsmitgliedern zählten etliche Männer, die bereits während der Nazidiktatur hohe Ämter bekleidet hatten. Unter anderem waren dies:

- **Hermann Abs** (Deutsche Bank, vorher Wehrwirtschaftsführer)
- **Hans Boden** (AEG, vorher Beauftragter für Wirtschaftsfragen in Ungarn)
- **Hermann Reusch** (Gutehoffnungshütte, vorher Generalbevollmächtigter für Wirtschaftsfragen im besetzten Jugoslawien)
- **Karl Winnacker** (Höchst, vorher im Vorstand der IG Farben)
- **Otto von Bismarck** (vorher Gesandter Nazi-Deutschlands in Rom)
- **Heinrich Röhrs** (Howaldtswerke, vorher ranghohes SS-Mitglied).

Der stellvertretende Vorsitzende Winnacker beschrieb die konstituierende Sitzung später so: »Jedes Mitglied verpflichtete sich durch Handschlag, in einem Gentleman's-Agreement, über alle Verhandlungsgegenstände Stillschweigen zu bewahren. So war bei allen Entscheidungen hinreichende Diskretion sicher.«

Zu den diskreten Plänen der Atomkommission gehörte ganz offensichtlich von Beginn an auch, unter dem Deckmantel der »zivilen« Atomkraft deren militärische Entwicklung voranzutreiben. Dieser Ansicht ist auch der Bielefelder Professor für Technikgeschichte, Joachim Radkau. Er vertritt in seinem Buch »Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 bis 1975« die These, daß ein entscheidender Grund für den Bau der Karlsruher Wiederaufarbeitungsanlage die militärische Option war. Die Anlage erlaubte die Heraustrennung des Bombenspaltstoffs Plutonium.

Abchrift

23. April 1955

Dr. Hans Speidel
Generalleutnant a.D.

Herrn
Theodor Blank
Mitglied des Bundestages
Bonn

Der Oberbefehlshaber von SHAPE, General Alfred Gruenther, teilte mir heute nach Rücksprache mit seinen Experten mit, dass seiner Ansicht nach für den Reaktorbau nur Karlsruhe und nicht München in Frage kommen könne.

Auf meine Aufzeichnung vom 20.4.55 darf ich Bezug nehmen.

gez. Dr. Hans Speidel

Durchschlag an
Herrn General Heusinger

Abb. 19:
Der Oberbefehlshaber der NATO in Europa, General Alfred Gruenther, äußert sich auf Anfrage der Bundesregierung zur Frage des Standortes für eine deutsche Reaktorstation. (Aus: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 23.4.1955).

○ Faksimile. Hans Speidel ist ehemaliger Wehrmachtsgeneral bei den Nazis gewesen. Bereits im Dezember 1948 hatte Adenauer General Speidel beauftragt, über die Möglichkeiten einer Remilitarisierung der Bundesrepublik nachzudenken. Später wurde er herangezogen, um die Wiederbewaffnung vorzubereiten.

Nr. 52 vom
31.5.-13.6.1982
und Nr. 53 vom
14.6.-27.6.1982

Das deutsche Atom-Kartell

Als zu Beginn des Falkland-Krieges die BBC Enthüllungen über die deutsch/argentinischen Atomkollaboratoren über die englischen TV's flackerten, kamen aus Bonn und vom Kernforschungszentrum sofort die obligatorischen offiziellen Dementis. Merkwürdig: auch die meiste "freie Presse" war mit der amtlichen Einschätzung einverstanden, man las über den "Polit-Krimi", die "erfundenen Unterstellungen". Offensichtlich war ein zu heikler Punkt berührt worden: die tiefbraune Vergangenheit von Walther Schnurr, ein Verantwortlicher für Reaktorbau, Kernforschung, Atomexport ... Was ist an der Story dieses Alt-Nazis dran? Wer, zusammen mit ihm, organisierte die Kernenergieforschung und -nutzung? Wer zieht die Fäden im deutschen Atom-Geschäft? Nach Lektüre tausender von Seiten über die deutsche Atomwirtschaft, nach Überprüfung unzähliger Biographien und Gesprächen mit Betroffenen stand für Bericht-Autor Hans Nuns fest: Walther Schnurr war nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Von Hitlers Atom bomben-Projekt zum »Schnellen Brüter«



Fünf Jahre nach den Atombomben über Hiroshima und Nagasaki zählte man über 500.000 Opfer dieser vernichtendsten und grausamsten Waffe der Weltgeschichte. Mit riesiger Anstrengung war den Amerikanern die fatale Entwicklung gelungen, für die sich auch die besten deutschen Wissenschaftler im NS-Staat ereifert hatten.

Nach Erreichen des "atomaren Patts" mit der Sowjetunion dachte die USA an den Export ihrer Atom-Technologie. Die Amerikaner schickten sich an, die Welt mit den »Segnungen der friedlichen Atomenergienutzung« zu beglücken – wie Eisenhower es in der heuchlerischen Rede »Atome für den Frieden« im Dezember 1953 vor den UN in Genf verkündete. Dort begann das Märchen der »peaceful atoms«, mit dem die Atombombenlobby lange die Öffentlichkeit narrete, nämlich mit der Vorstellung, die »unbedenklichen, friedlichen« Aspekte der Kernforschung - die Atomkraftwerke - seien grundsätzlich vom militärischen Zweig - den Atombomben - zu trennen. Das stimmt nicht, ganz einfach, weil das eine das andere ermöglicht. Spätestens seitdem die USA 1977 erfolgreich eine Bombe mit Plutonium von »normaler Reaktorqualität gezündet haben, bestehen keine Zweifel mehr an der Verwendbarkeit gewöhnlicher »friedlicher« Atomkraftwerke für militärische Zwecke.

Nicht umsonst reagiert die Bundesregierung mit so vielen Dementis, wenn, wie jüngst wieder bei der Enthüllung deutsch / argentinischer Atomzusammenarbeit, sie auf diesem extrem heiklen Sektor entlarvt wird. Denn allein durch Anwendung und Export deutscher Reaktortechnologie entsteht solches Bombenplutonium in Biblis (BRD), Kanupp (Pakistan), Atucha (Argentinien), Pelindaba (Südafrika) und demnächst in Brasilien.

Die weitere innenpolitische Entwicklung schließt keineswegs aus, daß sich die künftige Bonner



Regierung ein autonomes Atombombenpotential zulegen könnte. Architekten dieser extrem verhängnisvollen Entwicklung sind die Mitglieder der deutschen »Atom-Mafia«, deren Biographien, Tätigkeiten und Zusammenspiel Thema dieses Berichtes sind.

Es geht in dieser Dokumentation um den Atom-Kartell der Wirtschaftsriesen, der eigenmächtig, nicht-öffentlich und ausschließlich am Profit der teilnehmende Großkonzerne orientiert, 4 Atomprogramme durchgezogen hat und dabei die Staatskasse um 'zig Milliarden erleichtert hat. Die Protagonisten dieser atomaren Cosa Nostra, die keine Gewaltmittel bei der Durchsetzung ihrer Ziele scheuen (Erinnern Sie sich an Gorleben?) lernten ihre Methoden im III. Reich und befehlen in der Bonner Republik; es sind deutsche Kernphysiker der 'Weltspitzenklasse', die den Nazis beinahe die Atombombe beschert hätten, die Spitzen der Rüstungsmonopole des III. Reiches, die 10 Jahre nach der Kapitulation mit ihrer restaurierten Wirtschaftsmacht das gesamte westdeutsche Atomprogramm entwickelten - mit öffentlichen Geldern, aber zum privaten Profit mit diktatorischer Verfügung, aber zum Risiko von uns allen. Und drittens skrupellose Politiker vom Schlage eines Franz-Josef Strauß. Dieser erste Atomminister der BRD wollte schon 1955 die Bundeswehr atomar aufrüsten; vor 2 Monaten äußerte er sich im »Stern«-Interview (Ausgabe vom 11.3.82): Auf die Frage, ob »es auf Dauer vorstellbar (sei), daß unsere Sicherheit von den USA abhängig sein soll« antwortete Franz-Josef Strauß:

"Ich bin seit vielen Jahren überzeugt, daß wir zwar die Sicherheitsgarantie der Amerikaner und demzufolge eine starke amerikanische Präsenz brauchen, aber selbst mehr Verantwortung übernehmen müssen. Ich wünschte deshalb, daß die Europäer zu einer gemeinsamen Atomwaffe kämen, die auch weiterhin unter NATO-Kommando verbleiben könnte".

Nun, die Franzosen haben ihre »Force de Frappe«, die Briten ebenfalls ihre Atomwaffenautarkie. Welches Europa-Stück bleibt da übrig für eine »europäische Atomwaffe«? Die BRD.

Frühe westdeutsche Atom-Vorspiele

Bis zum Aufblühen der westdeutschen Atomwirtschaft in den 60er Jahren mußte die deutsche Kernforschung erst aus der Isolation geraten, die durch die Mitarbeit von 80% der bedeutenden Kernphysiker an der Atombombenforschung für die Reichswehr bedingt war. Die Alliierten, die zunächst viele dieser berühmten Wissenschaftler ein Jahr lang in England gefangen hielten, hatten festgestellt, daß die Deutschen, trotz mangelnder Finanzierung durch die obersten Nazis, trotz

verzettelter Anstrengungen (es wurden so ziemlich alle möglichen Wege zur Atombombe erforscht und entwickelt) und innerer Streitigkeiten, kurz vor dem Durchbruch in der Bombenforschung standen. Kein Wunder, daß sie zunächst alle angewandte Kernphysik-Forschung unter Verbot stellten. Was die deutschen Atomwissenschaftler keinesfalls daran hinderte, sich wieder schnell zu gruppieren: in der Max-Planck-Gesellschaft, die eine Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik (KWI) war. Hier wurden unter Leitung des Theoretikers Heisenberg und des Kernreaktorexperten Wirtz – dieselben die die Kriegsforschung mit großen Anstrengungen vorangetrieben hatten - Pläne für die durch die Kapitulation unterbrochene Kernforschung ausgearbeitet. Das sind die Physiker, die in den Werbebroschüren der Atomlobby unter dem verharmlosenden Begriff »Uranverein« laufen.

Eisenhowers Rede der friedliebenden Atome schuf für die unternehmungslustigen Kernphysiker, Großindustriellen, Financiers und Politiker die äußeren politischen Starthilfen. So spricht der deutsche »Atompabst Karl Winnacker vom "Füllhorn der

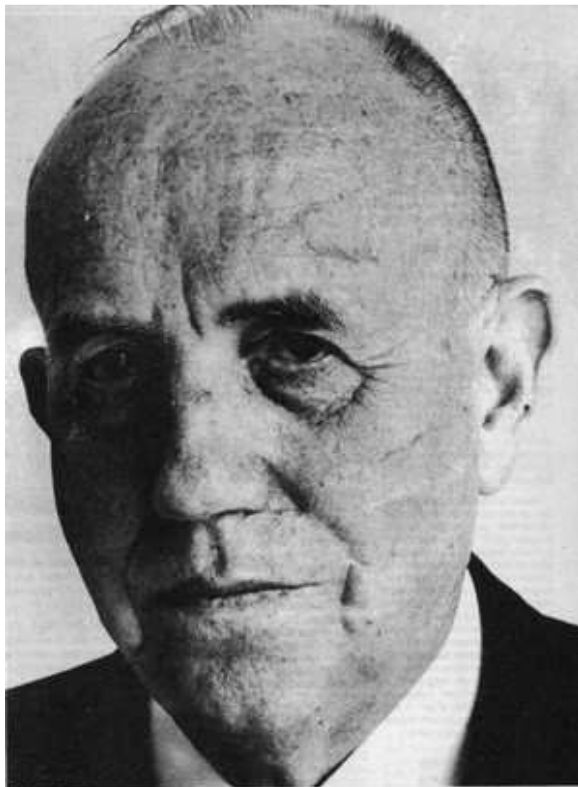


Foto: dpa

„Einzigiger Ausweg Kernenergie“

sagt **Atompabst** Karl Winnacker. Die graue Eminenz der Atomwirtschaft ist einer der am wenigsten bekannten aber einflußreichsten Männer in der BRD. Durch seinen Einsatz in der Rüstungsproduktion der IG-Farben für Hitler stieg er auf zum Direktor dieses riesigen Chemiekonzerns. Nach dem Krieg wurde Winnacker Vorstandsvorsitzender des IG-Farben-Nachfolgekonzerns HOECHST AG und unermüdlicher Vorantreiber des Kernenergie-Wahnsinns.

Amerikaner", das damals den Aufbau einer nationalen Atomtechnologie und später das Mitpokern in der internationalen Atom-Konkurrenz ermöglichte. Die Initiative zu einer westdeutschen Aktivität im Rahmen der von Eisenhower angebotenen Kollaboration (die gleichfalls als US-Oberaufsicht über die internationale Kernforschung konzipiert war), kam von der Max-Planck-Gesellschaft und wurde vom Bundeswirtschaftsminister Erhard vertreten.

Allerdings hatten konkrete politische Bestrebungen, an die unterbrochene und durch alliierten Gesetze verbotene Kernforschung wieder anzuknüpfen, schon viel früher begonnen: 1949, im damals gegründeten »Deutschen Forschungsamt«. Dieser Rat (Vorgänger der »Deutschen Forschungsgemeinschaft«) begann die staatliche Forschungsförderung auszugestalten und richtete sich eine kernphysikalische Kommission ein. Diese erreichte eine deutsche Beteiligung am 1953 gegründeten europäischen Forschungszentrum CERN - eine Rehabilitierung der international noch nicht so salonfähigen Atomwissenschaftler des III. Reiches, ein erster Anschluß an die neuesten Entwicklungen in der Kernphysik.

Karl Winnacker, seit den frühesten Anfängen eine bestimmende Figur des Atom-Kartells, berichtet offenherzig in seinem Buch über Kernenergie in Deutschland (»Das unverstandene Wunder«) über die Pionierzeiten: schon seit 1952 bestanden drei staatliche Fachkommissionen, die sich mit der Planung eines deutschen Kernreaktors befaßten! Zu dieser Zeit verdichtet sich eine Zusammenarbeit, die bald zur atomaren »Cosa Nostra« führen wird. Die erste Fachkommission, unter Wilhelm Bötke (Chef der Industriebank und Vize-Präsident der Max-Planck-Gesellschaft) kümmerte sich um Finanzierung und Standort. Die zweite Kommission, von Franz Kirchenheimer geleitet, untersuchte die Uranprospektion und die Aufbereitungsmöglichkeiten. In der Leitung der dritten Kommission treffen wir den Kernreaktorexperten Karl Wirtz wieder, die von ihm geleitete Fachkommission befaßte sich mit der Beschaffung von Moderator-Material für einen Kernreaktor. Bis zum unmittelbaren Einmarsch der Alliierten hatte Wirtz noch hartnäckig versucht, mit seinem Uranmeiler im schwäbischen Haigerloch eine Uran-Kettenreaktion in Gang zu bringen - und damit das Material für Hitlers Atombombe zu brüten... Nun saß er wieder mit an der Spitze im deutschen Atom-Abenteuer. Als am 7. März 1961 der erste deutsche Eigenbaureaktor der

»Forschungsreaktor 2« im Kernforschungszentrum in Karlsruhe in Betrieb ging, konnte Karl Wirtz seinen Ruf als "der Erste" bestätigen - dieser »FR 2« wurde unter seiner Leitung konstruiert und errichtet.

In der Jubiläumsschrift »25 Jahre KFZ, 1956-1981« heißt es:

"Im Hinblick auf die Uranvorkommen im Schwarzwald war auch das Land Baden-Württemberg im Gremium (die 1952 beim Bundeswirtschaftsministerium gebildete »Studienkommission für Kernenergie«) vertreten. Und schon im Mai 1953, als die Pläne für einen deutschen Forschungsreaktor klarere Konturen annahmen, schlug der Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg Karlsruhe als Standort ... vor".

Foto: Keystone



Die „Wiederaufbereitung“

.... funktionierte prima: etliche exponierte Manager der Rüstungsfirmen des NS-Staates („Wehrwirtschaftsführer“) konnten im Bonner Staat Macht und Einfluß ihrer Betriebe restaurieren. Beispiel: Dr. Dr. Karl Knott, im Vorstand der Siemens-Berlin, Mitglied der „Deutschen Atomkommission“, nimmt den Bayerischen Verdienstorden 1960 in Empfang. Die Siemens ist heute Alleininhaber der KWU - die größte deutsche Atomfirma.

Soweit waren die Herren gediehen - man bedenke, daß das Kernforschungsverbot der Alliierten erst 1955 aufgehoben wurde!

Diese Vorbereitungen zeigen daß einige leitende Personen der Wirtschaft, der Politik und der Wissenschaft schon sehr früh auf eine selbständige deutsche Atomwirtschaft hinarbeiteten - im Stillen natürlich, das Verbot hintergehend und die Öffentlichkeit scheuend. Die »Stunde Null« der deutschen Atomwirtschaft fand nicht 1955 in Genf auf der 1. Internationalen Atomkonferenz statt -

wie Karl Winnacker suggeriert (in »Das unverstandene Wunder«), sondern viel früher, insgeheim, in den Amtsstuben der Adenauer-Verwaltung und, vor allem, in den Chefetagen der zu neuer Machtfülle erblühten Großkonzerne.

CDU-Vorschlag 1955: Atomare Aufrüstung der Bundeswehr

Von Anfang an zeigt sich bei den Planungen zum westdeutschen Atomprojekt eine Kopplung an militärische Strategien. Bei den Verhandlungen Adenauer / de Gaulle über die EVA (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) - Adenauers erster offizieller Anlauf zur Remilitarisierung in den Jahren '52 bis '54 - hatte die christlich-demokratische Regierung versucht, für die BRD den Bau eines deutschen 500kW-Forschungsreaktors auszuhandeln – ebenfalls eine Anregung des Göttinger Max-Planck-Instituts. Als das französische Parlament das EVA-Militärbündnis platzen ließ, starb dieser Reaktor-Bauversuch.

Wie weit es mit der ständig zugesicherten »ausschließlich friedlichen« Nutzung der Atomenergie in Deutschland stand, wurde spätestens im Dezember 1955 offensichtlich, als die atomare Aufrüstung der unmittelbar nach der »souveränen BRD« geschaffenen Bundeswehr durch von Bonner Regierungsstellen lancierten Pressemeldungen ins Gespräch gebracht wurde. Ein Jahr später erklärte der gerade vom Atom- ins Verteidigungsministerium umgesattelte Franz-Josef Strauß, die "Bewaffnung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen sei beschlossene Sache..."

Die »Physikalische Studiengesellschaft« - die braunen Atom-Manager

Die staatliche Atompolitik, die seit der Schaffung des Atomministeriums »offiziell« wird, folgt von Anfang an dem Diktat der Großkonzerne. Eine Trennung zwischen privatwirtschaftlichen und staatlichen Atom-Zielen ist unmöglich, da die öffentliche Forschungs- und Subventionierungsmaßnahmen perfekt von der atomaren Interessengemeinschaft gesteuert werden. Das Atomkartell entscheidet, der Steuerzahler zahlt.

Die atomare »Cosa Nostra« entwickelte sich ab 1950 in kurzer Zeit zum mächtigsten und einflußreichsten Firmen-Konsortium in der Geschichte des deutschen Kapitals. Ein Großteil der Mitglieder dieser Interessengemeinschaft sind sich gut bekannt aus dem Tausendjährigen Reich, waren in ihrer Mehrheit NSDAP-, SS-, SA-Mitglieder oder sonstwie Förderer und Nutznießer des Nazi-Regimes. In der schwarzen Republik waren sie schnell zu alter Macht und Einfluß gekommen und bilden eine geschickt vernetzte Kontroll- und

Entscheidungsstruktur in der Nachkriegswirtschaft. Sie sitzen in den Aufsichtsräten der Konzerne, Banken und Versicherungen, sie gründeten spezielle Gesellschaften zur Durchsetzung ihrer Ziele. Das teuerste und gefährlichste Projekt dieser Herren: die Atomwirtschaft.

Schon der entscheidende Impuls zum Bau des ersten deutschen »Eigenbaureaktors« kam nicht von staatlicher Seite, sondern von den restaurierten Mammutkonzernen der Chemie-, Metall- und Elektrobranche. Sie gründeten dafür eine »Physikalische Studiengesellschaft« am 8. November 1954 in den Räumen der Industriekreditbank in Düsseldorf. In der 1974 erschienenen Analyse »Kernforschungspolitik in der BRD« charakterisiert Karsten Prüß:

»... die Gründung dieser Gesellschaft ging auf die Initiative einiger Industrieller zurück, die sich bereits 1950 für den Aufbau einer zivilen Atomwirtschaft in der BRD eingesetzt hatten; die treibenden Kräfte waren vor allem Karl Winnacker (Vorstandsvorsitzender Farbwerke Hoechst, später eine Art graue Eminenz der bundesdeutschen Forschungspolitik) und Menne (Vorstandsmitglied bei Hoechst, prominentes FDP-MdB, Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie). Der Physikalischen Studiengesellschaft gehörten die wichtigsten Konzerne der atomwirtschaftlich relevanten Branchen Elektro-, Chemie-, Maschinenbau-, und Metallindustrie an, in denen die BRD bereits wieder ein hohes Potential besaß. Sie bildeten später den Kern der westdeutschen Atomwirtschaft: AEG, Siemens, Hoechst, Bayer, Demag, Deutsche Babcock & Wilcox, BBC, Krupp, Gute-Hoffnungs-Hütte, Mannesmann, Metallgesellschaft. Von diesem Kreis gingen die entscheidenden Initiativen zum Aufbau einer Atomwirtschaft aus, nicht von staatlichen Instanzen ...«

Die Gründung der »Physikalischen Studiengesellschaft«, an der sich 16 Firmen, meist große Konzerne, mit je 100.000 DM beteiligten, war der Startschuß für das ehrgeizige Programm des Atomkartells. Die Ziele waren: a) sich große Brocken des inländischen Energiemarktes zu sichern, b) deutsche KKW's zu entwickeln und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig anzubieten. Diese von Karl Winnacker organisierte Zusammenkunft von Kapital-Mächtigen hatte ein unmittelbares, sofortiges Ziel: den Bau des ersten deutschen Reaktors. Karl Winnacker kommentiert:

" ... das war eine denkwürdige Aufgabe: die Herren aus den Verwaltungsgremien der Physikalischen Studiengesellschaft waren leitende Mitglieder ihrer industriellen Unternehmen. Zwar waren sie in der Mehrzahl Naturwissenschaftler und Techniker, was ihnen jedoch die Kernphysiker an komplizierten Theorien vortrugen, war für sie zunächst völliges Neuland. Sie kannten einiges

von der amerikanischen Entwicklung. Ein umfassendes Bild vom Stand des Reaktorbaus hatten sie sich jedoch nicht machen können. Außerdem waren viele Arbeiten bisher streng geheim gewesen. Im Übrigen hatten sie andere wichtige Arbeiten im Hauptberuf zu erfüllen. Es ging um den Wiederaufbau ihrer Unternehmen, der alle Kräfte beanspruchte. Wer hätte Zeit und Muße für Entwicklungen gehabt, die so weit weg von der Tradition lagen ..."

Weit weg von welcher Tradition? Viele dieser Bosse der Großindustrie hatte vor gar nicht langer Zeit Hitlers Weg zur Macht mitfinanziert, sich an der Wehrwirtschaft des NS-Staates maßlos bereichert, Deutschland ruiniert, unbeschreibliche Not und Elend über Europa gebracht ... sie waren fast alle in hoher Verantwortung am national-sozialistischen Wahn mittätig gewesen. Nachdem der Morgenthau-Plan fallengelassen und die Marshall-Hilfe beschlossen wurde, kamen diese Unternehmen zu alter Wirtschaftsmacht und Einfluß wieder.

Nach der gelungenen Restauration ihrer Macht ging es nun zu neuen Ufern. Lassen wir Prof. Winnacker selbst einige Kollegen dieses Unternehmens vorstellen:

"...die Physikalische Studiengesellschaft konzentrierte sich 1955 auf den Eigenbau des Reaktors in Karlsruhe, der nun nicht mehr umstritten war. Einzelne Persönlichkeiten aus der Industrie haben sich um die Realisierung des Projektes besonders verdient gemacht. Ich erinnere mich lebhaft der vielen Vorbesprechungen, an denen vor allen Dingen teilnahmen: Herrmann Winkhaus (Mannesmann), Hans Reuter (Demag), Paul Reusch (Gute-Hoffnungs-Hütte), Hans Constantin Boden (AEG), Carl Knott (Siemens), Alfred Petersen (Metallgesellschaft), Herrmann Schlosser (Degussa), Ulrich Haberland (Bayer) und Karl Winnacker (Hoechst)"

Eine Runde illustrierer Großindustrieller war das: in der Mehrheit schwer belastete Nazi-Funktionäre und Wehrwirtschaftsführer im III. Reich. Zum Beispiel die erwähnten Herren:

Dr.-Ing. Herrmann Winkhaus, im Aufsichtsrat des Mannesmann-, des Ruhrchemie-, und des AEG-Konzerns, war schon 1945 im Vorstand der Mannesmann AG, außerdem Vorsitzender des »Ausschusses für Technische Leistungssteigerung« und im Präsidium der »Reichsvereinigung Kohle«. In Zusammenarbeit mit Rüstungsminister Speer und Pleiger war Winkhaus am Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter in der deutschen Kriegsproduktion beteiligt.

Dr. Hans Constantin Boden, von 1956 bis 1962 Chef des AEG-Konzerns, Aufsichtsrat-Mitglied bei AEG, Mannesmann und Dresdner Bank, war vor der Kapitulation Wehrwirtschaftsführer (im Vorstand

der AEG Berlin) gewesen.

Dr. Carl Knott, langjährig im Vorstand der Siemens-Berlin, war später Vertreter von Siemens in der Deutschen Atomkommission, Mitglied der bayerischen Atomkommission« und im »Beirat Kernenergie« beim baden-württembergischen Wirtschaftsministerium. Im Nazi-Deutschland war Knott Wehrwirtschaftsführer im Vorstand der Siemens-Schuckert-Werke, Berlin.

Herrmann Schlosser war vor der Kapitulation Vorstandsvorsitzender der Degussa und Produktionsbeauftragter für die Chemische Industrie des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion; nach Kriegsende stand Herrmann Schlosser auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste, wurde Ehrenvorsitzender des Degussa-Aufsichtsrats und erhielt das Große Bundesverdienstkreuz.

Karl Winnacker, der aktivste und einflußreichste Antreiber und Lobbyist des Atomkartells. Vor dem 2. Weltkrieg war er von 1933 bis 1936 der SA beigetreten, außerdem NSDAP-Mitglied. Im Rüstungskonzern IG-Farben machte er eine steile Karriere bis zum Werksdirektor; zum Schluß des Krieges gehörte er zur Führungselite des Konzerns (»Kronprinz« von ter Meer, der im Nürnberger Prozeß als Kriegsverbrecher verurteilt, anschließend zum Ehrenvorsitzenden der Hoechst AG ernannt wurde). Die IG-Farben förderte maßgeblich die NSDAP zu den Wahlen von 1933, war im Krieg Hauptlieferant der Wehrmacht (synthetischer Kautschuk, Benzin aus der Kohlehydrierung, Sprengstoffe) und setzte im breiten Maß Zwangsarbeiter in der Produktion ein. Nach dem Krieg stieg Winnacker als Vorstandsvorsitzender vom IG-Farben-Folgekonzern Hoechst ein und trieb die Expansion voran, die diesen Konzern unter die 30 größten Multis der Welt platzierte.

Ulrich Haberland, war ein Kegel-Bruder von Winnacker in den IG-Farben gewesen. Winnacker über den gemeinsamen Aufstieg der "Kronprinzen unserer beiden Werksgemeinschaften Leverkusen und Hoechst": "... die Entwicklung bracht es mit sich, daß Haberland und ich sozusagen Schützlinge von ter Meer waren". Nach dem Krieg und der »Entflechtung« der IG-Farben wurde Haberland Chef des Nachfolgekonzerns Bayer und zusammen mit Hoechst-Chef Winnacker einer der Hauptförderer der Atom-Wirtschaft.

Die »Deutsche Atomkommission« Ein Gentlemen's Agreement der Wirtschaftsriesen

Mit der Souveränitätserklärung, die am 5. Mai 1955 die wirtschaftliche, politische und militärische Einbindung der BRD in den Westen besiegelte, wurde das alliierte Kernforschungsverbot aufgehoben und somit die letzte Barriere beseitigt,

die dem deutschen Reaktorbau der »Physikalischen Studiengesellschaft« im Wege stand.

Ende 1955 ließen sich die Herren des Atomkartells von der Bundesregierung ein für ihre ehrgeizigen Pläne angemessenes Planungs- und Koordinierungsgremium schaffen: die Deutsche Atomkommission. Nach den Wünschen Winnackers und seiner Kollegen wurde die Atomkommission *»ein Gremium, das den Atomminister zu beraten hatte: Männer der Wirtschaft, der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens, die zu diesem politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Thema etwas beitragen konnten. Ihre Namen sollten die nötige Resonanz haben und zugleich die Gewähr dafür bieten, daß unerläßliche Hilfsmittel verfügbar gemacht werden konnten ... «*

Unter dem Mitgliedern der am 26. Januar 1956 gebildeten Deutschen Atomkommission: H. J. Abs, H. C. Boden, H. Winkhaus und 11 weitere Großunternehmer, dazu »Namen mit der nötigen Resonanz«: Die Kernphysiker Otto Hahn (Entdecker der Uranspaltung, Nobelpreisträger), Werner Heisenberg (Erfinder der Quantenphysik, Nobelpreisträger), Otto Haxel (Kernphysiker), die allesamt am faschistischen Atombombenprojekt mitgearbeitet hatten...

Die »unerläßlichen Hilfsmittel«, um die es hier ging, waren die notwendigen Milliarden-Beträge, die sich das Atomkartellamt vom Staat für die risikoreiche Kernforschung und Reaktorentwicklung nahm. Die Deutsche Atomkommission trat zur Gründungssitzung im Bonner Palais Schaumburg zusammen, der frischgebackene erste Atomminister Franz-Josef Strauß (Winnacker: »der dynamische Bayer«) saß als Vorsitzender den 27 Mitgliedern der 'Atom-Mafia' gegenüber: die »Creme« der deutschen Wirtschaft ...

Die verschiedenen durch die Deutsche Atomkommission beschlossenen Atomprogramme wurden mit beispielloser Hartnäckigkeit und Rücksichtslosigkeit durchgesetzt ... die nächsten 26 Jahre haben gezeigt, welche brutale Entschlossenheit diesen Machern eigen ist. Hitler war ihnen damals das adäquate Mittel gewesen, die Interessen ihrer Konzerne durchzusetzen; nun benutzen sie die Bonner Republik für die Durchsetzung einer Atomwirtschaft um jeden Preis.

Bis 1971 hat die Deutsche Atomkommission den Aufbau der Atomindustrie bestimmt, zum »nationalen Programm« erhoben und von öffentlichen Mitteln bezahlen lassen. Bis jetzt ist es dem Atomkartell gut gelungen, staatliche, parlamentarische oder öffentliche Einmischungen« in das Mammutprojekt Kernenergie ab-zuwenden. Besonders zur Anfangszeit konnte das Atom-Kartell seine geheim getroffenen Vereinbarungen leicht verwirklichen: die Öffentlichkeit war größtenteils von den ständig versicherten »Segnungen der friedlichen

Nutzung des gebändigten Atoms« geblendet, wobei die mysteriöserweise zu hohem moralischen Ansehen gekommenen Atomwissenschaftler eine wichtige Beschwichtigungsrolle spielten. Das Bewußtsein für Umweltschutz war damals unterentwickelt, die politische Opposition von der SPD gelähmt.

Die Deutsche Atomkommission arbeitete in aller Stille. Winnacker, zusammen mit Altforscher Otto Hahn und Leo Brandt (Staatssekretär NRW) einer der drei stellvertretenden Vorsitzenden, beschreibt offenherzig die vereinbarte Geheimhaltung in der Deutschen Atomkommission:

»Jedes Mitglied verpflichtete sich durch Handschlag in einem Gentlemen's Agreement, über alle Verhandlungsgegenstände Schweigen zu bewahren. So war bei den Entscheidungen, die mit den Ministerien vorbereitet wurden, hinreichende Diskretion sicher. Das bedeutete natürlich auch, daß die Deutsche Atomkommission selbst weder Presseverlautbarungen herausgab, noch Pressekonferenzen abhielt. Die Pressepolitik blieb dem Atomminister vorbehalten «.

Überhaupt die Einrichtung des Atomministeriums war eine Initiative des Atomkartells gewesen; Winnacker & Co. hatten sich seitens der Regierung »einen Verhandlungspartner im Kabinettsrang« gewünscht, dieser sollte »Vorschläge und Anregungen auch mit entsprechendem Nachdruck vertreten und realisieren« können. Das konnte Franz-Josef Strauß. Winnacker ist voller Lob für Strauß, den er hatte sich »in sehr kurzer Zeit mit dem neugeschaffenen Amt und seiner schwierigen Materie vertraut gemacht«. Zu schade, daß diese »Kompetenz« schon nach kurzer Zeit in das Verteidigungsressort überwechselte, wo er seine Fähigkeiten bei den bekannten HS-30-Panzer- und Starfighter-Skandalen unter Beweis stellte...

Die Großindustriellen machten bei der Neubesetzung dann auch gleich Nägel mit Köpfen: Zweiter Atomminister (bis 1962) wurde einer aus ihrer Mitte: der Topmanager Siegfried Balke, Ex-IG-Farben-Repräsentant, später Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände, CSU-Mitglied, Strauß-Intimus und Mitglied des ultrakonservativen »Kuratorium Unteilbares Deutschland«.

Nach der Weinprobe steht das Atomprogramm fest ...

»Die konkreten Pläne für das Deutsche Atomprogramm entstanden 1957 in Eltville am Rhein. Im Gästehaus der Farbwerke Hoechst AG traf sich eine kleinere, von der Atomkommission einberufene Gruppe von Wissenschaftlern, Industriellen und Vertretern des Atomministeriums zu einer Klausurtagung, in der ein Atomprogramm formuliert werden sollte. Ehe man mit einer Weinprobe das Ergebnis der Beratungen besiegeln konnte, mußte

hart gearbeitet und diskutiert werden.« So beschreibt Karl Winnacker die im Vorfeld der Deutschen Atomkommission stattgefundene, entscheidende Geheimsitzung für die Festlegung der Entwicklung deutscher Kernreaktoren. Die Öffentlichkeit war völlig ausgeschlossen - für diese Herren eine Selbstverständlichkeit; die »Vertreter des Ministeriums« reduzierten sich auf eine einzige Alibi-Person: Regierungsdirektor J. Pretsch.

Diese Klausurtagung versammelte in aller Intimität die entscheidenden Personen der aufzubauenden Atomwirtschaft am Planungstisch; das von Ihnen verabschiedete 'Eltviller Programm' sah vor, fünf (!) Leistungsreaktorentypen zu projektieren. Diese Festlegung auf gerade fünf verschiedene Baulinien war nicht technisch-wissenschaftlich begründet, sondern durch die Konkurrenz- und Machtverhältnisse im Atomkartell bedingt: es hatten sich nämlich fünf an der Kernenergie interessierte Industriekonsortien gebildet, die alle ihren Anteil am Kuchen der staatlichen Fördermittel beanspruchten.

Das 'Eltviller Programm' wurde reibungslos durch den atompolitischen Lenkungsapparat durchgezogen. Zuerst wurde es in der Deutschen Atomkommission durchgearbeitet - in den entscheidenden Kommissionen treffen wir die Hauptpromotoren: Karl Winnacker, in der Fachkommission FK III für 'Technisch-wirtschaftliche Fragen bei Reaktoren' und Menne in der FK V für 'Wirtschaftliche, finanzielle und soziale Probleme'. Durch Beschluß der Deutschen Atomkommission vom 9.12.57 wurde das 'Eltviller Programm' offiziell sanktioniert und dann durch das Atomministerium zum Kern des 1. Atomprogramms erhoben.

Es zeigt sich bald, daß die Investitionskosten für KKW's völlig unterschätzt worden waren; das Eltviller Konzept mußte zugunsten 'realistischer' Konzeptionen geändert werden. Das bedeutete: viel höhere Subventionen aus dem Bundeshaushalt. Da die vorgesehenen Summen nicht ausreichten, drängte die Atomwirtschaft auf umfassendere staatliche Förderung. Dem wurde auch bald entsprochen: im März 1959 kam es zu einer von der Deutschen Atomkommission gebilligten Vereinbarung, die außer den bisherigen Entwicklungszuschüssen und Risikogarantien auch großzügige Investitionshilfen vorsah. Dr. H. Kühne, seinerzeit Referent für Reaktoren im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung (BMwF):

»Wegen des großen Interesses der deutschen Reaktorbauindustrie an dieser Entwicklung werden die Kosten mindestens mit 20% von den ausführenden Firmen und bis 80% vom Bund getragen.«

Außerdem sollte nun auch die Brennstoff-Kreislaufindustrie mit Bundesmitteln unterstützt werden.

Je teurer und aufwendiger das Atomprogramm

wurde, um so höher der Anteil der »öffentlichen Hand«. Die Rechnung der Großkonzerne - Förderung aus Staatsgeldern, Profite in die eigenen Taschen - begann in den Jahren 1959/60 aufzugehen: Entwicklungsaufträge, die zur Erstellung von den im 'Eltviller Programm' vorgesehenen Reaktortypen bestimmt waren, gingen an die Firmenkonsortien des Atomkartells. Tatsächlich gebaut wurden aber nur zwei Typen, die anderen erwiesen sich als unwirtschaftlich, wurden stillgelegt, oder in modifizierter Form in spätere KKW-Bauprogramme eingebracht. Drei Jahre später, 1963, verabschiedete die Deutsche Atomkommission das »Zweite Atomprogramm« für 1963-67 mit detaillierten Richtlinien für alle Förderungsbereiche - von der Grundlagenforschung bis zum KKW-Bau. Dank der perfekten Kontrolle über die Atompolitik wurde dieses Programm nach Bedarf des Atomkartells vom Bund verwirklicht. Der Industrie gelang der Bau von funktionierenden Prototypen und Versuchskraftwerken - z.B. das von Siemens im KFZ erstellte »MZFR«, welches aus taktischen Gründen als 'Forschungsreaktor' deklariert wurde, um den Anteil der öffentlichen Hand (147 Mio. DM) an den Gesamtkosten (157 Mio. DM) zu »legitimieren«. Das Exportgeschäft lief vielversprechend an: Siemens erhielt - gegen starke internationale Konkurrenz - den KKW-Exportauftrag nach Argentinien - nicht wegen Vorteilen im technischen Angebot (der exportierte Natururan/Schwerwasserreaktor galt schon damals als veraltet), sondern wegen »spezieller Umstände«, auf die wir noch kommen werden. 1972 waren in der BRD die Pilze aus dem Boden geschossen: 23 KKW's waren in Betrieb, in Bau oder in Auftrag gegeben worden, 8 weitere waren in Planung. Man hatte »Glück und Pech mit Reaktoren« gehabt (K. Winnacker) doch in der Deutschen Atomkommission war man recht zufrieden mit den Ergebnissen. Im Buch »Das unverständliche Wunder Kernenergie in Deutschland« heißt es: *»Fast 10 Jahre später, am 3. Dezember 1965, traf sich der Arbeitskreis Kernreaktoren zu einer 50. Sitzung - sozusagen ein Jubiläum - wieder in Eltville. Dabei wurde ... Bilanz gezogen. Wirtz als Vorsitzender konnte feststellen, daß sich die Konzeptionen, nach denen man in der Atomkommission vorgegangen war, als richtig erwiesen hatten. Die BRD war dank eines gezielten und programmatischen Aufbaus von Kernforschung und -technik in eine Position gelangt, die den Vergleich mit Entwicklungen im Ausland nicht mehr zu scheuen brauchte. Die aktuelle Situation war gekennzeichnet durch den großen Finanzbedarf für das Reaktorprojekt Schneller Brüter und den Hochtemperaturreaktor«.*

Die Herrgötter, die schon so viele Schöpfungswunder im Reaktorbau vollbracht hatten, schickten sich nun an, die Krone ihrer Schöpfung zu vollbringen: den Schnellen Brüter.

Einige Zahlen

Aber kehren wir zu den 'bescheidenen' Anfängen zurück, als es um den ersten deutschen Reaktor ging. Für die Folgeorganisation der »Physikalischen Studiengesellschaft« fanden sich 92 Gesellschafter zusammen, die 30 Mio. DM für die »Kernreaktorfinanzierungsgesellschaft« bereitstellten. Leitmotiv bei diesem finanziellen Engagement war, laut Hauptförderer Winnacker, »genügend Spielraum der Initiative der Privatwirtschaft« im Reaktorbau, und, gottlob, »kein Staatsdirigismus«.

Die 'Atom-Mafia' bestimmte selbstherrlich und bediente sich des Atomministeriums als organisatorisches und Mittel-verteilendes Ausführungsorgan für die Realisierung des komplexen Atomprogramms. Dem Staat fielen zwei wesentliche Aufgaben zu: a) die Ausbildung von Forschern und Technikern in Universitäten und Forschungszentren, b) als Geldquelle für die Abdeckung der riesigen Kosten der mit zahlreichen Risiken und Fehlschlägen behafteten Kernreaktorenentwicklung.

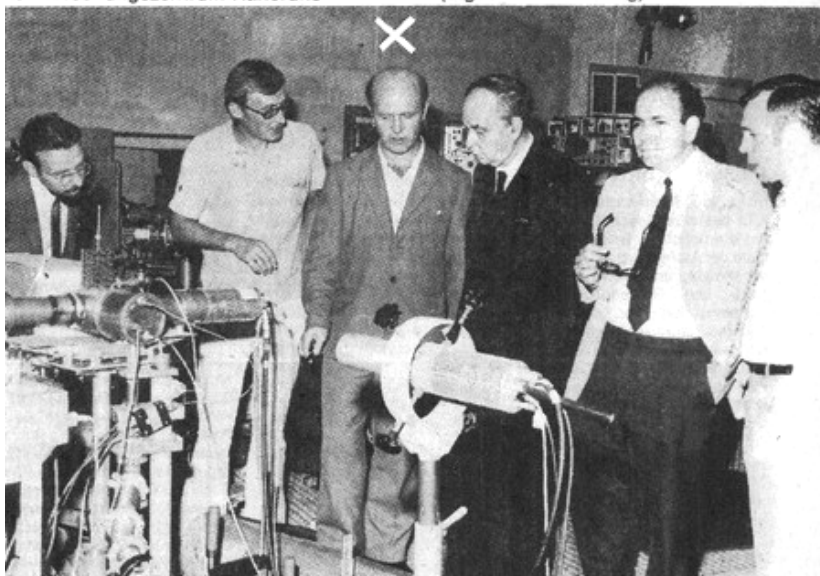
Was die "erheblichen finanziellen Risiken" betrifft, die die Industrie mit der Reaktorfinanzierungsgesellschaft eingegangen sein soll, kann man angesichts der läppischen 30-Mio-Beteiligung nur belächeln. Denn schon die nächste Gründung, die Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft für den Bau des »FR 2« hatte nur noch eine 50%ige Kapitalbeteiligung der Industrie. Der Bund war mit 30%, Baden-Württemberg mit 20% dabei. Und als sich die ursprüngliche »Reaktorstation« zu einem riesigen Forschungszentrum entwickelte, war dessen Finanzierung im Jahr 1972 vom Bund mit 90% (Baden-Württemberg: 10%) getragen. So sind allein für das KFZ Karlsruhe (nur ein Teil der bundesdeutschen Großforschungsanlagen) bis heute 7 Milliarden DM aus öffentlichen Mitteln bezahlt worden. Man vergleiche diese Subvention mit dem damaligen Industrie-Einsatz von 30 Mio. DM! Der derzeitige Betrieb des KFZ kostet dem Steuerzahler jährlich ca. 500 Mio. DM!

Was insgesamt das ins Absurde gesteigerte Unternehmen KKWs/Wiederaufarbeitung/Entsorgung an Steuern schon gekostet hat, läßt sich kaum noch berechnen. Den Reibach hat aber immer die 'Atom-Mafia' gemacht, die ausgegebenen Forschungs- und Entwicklungsgelder gingen



Bild unten: »25 Jahre Kernforschungszentrum Karlsruhe«

Bild oben: »Der Traum von der deutschen Atombombe« (Sigbert Mohn Verlag) 1967



Reaktorexperte Nr. 1

war der heute emeritierte Professor Karl Wirtz. Bis zum Einmarsch der Alliierten 1945 (Bild oben) versuchte Karl Wirtz seinen Uranmeiler im schwäbischen Haigerloch für das Heereswaffenamt in Gang zu setzen. Nach dem Krieg baute Wirtz den »FR2«, den ersten deutschen Eigenbaureaktor. Bild unten: Wirtz (x) im Kernforschungszentrum Karlsruhe.

immer als dicke Aufträge bei den Mitgliedsfirmen der atomaren »Cosa Nostra« ein, egal ob der Reaktor dann funktionierte oder nicht, egal wie es um die Betriebssicherheit bestellt war. Das Projekt Schneller Brüter bei Kalkar (funktioniert immer noch nicht) ist inzwischen auf Kosten von 6 Milliarden DM angestiegen, die "vorläufigen Gesamtkosten" des Hochtemperaturreaktors bei Hamm (funktioniert immer noch nicht) liegen bei 4 Milliarden (»Spiegel« 5. April 82). Um nur zwei typische Kostenexplosionen in der Reaktor-(Fehl-)Entwicklung zu nennen.

Von 1956 bis 1974: Karlsruher Forschungszentrum mit brauner Geschäftsführung und Atomexport in Diktaturen der Dritten Welt

Die wichtigste Schaltstelle der Atomwirtschaft wurde das KFZ Karlsruhe; hier wurden Verfahren der Brennstoffherstellung (z.B. das Trenndüsenverfahren), neue Reaktortypen (z.B. der Schnelle Brüter) und die erste deutsche Wiederaufarbeitungsanlage konstruiert. Außerdem spielt das KFZ eine entscheidende Funktion als Drehscheibe und Vermittlungsinstanz im Reaktor-exportgeschäft.

Die vom Atom-Kartell für das KFZ bestellte Geschäftsführung hat die üblichen Herkunftsmerkmale der Atom-Manager mit brauner Weste, aber nicht nur die Nazi- und Rüstungsindustrie-Vergangenheit der damaligen KFZ-Direktoren ist höchst beunruhigend, sondern auch deren unfehlbarer Instinkt, mit diktatorisch regierten III.-Welt-Ländern Atomexportgeschäfte zu betreiben. Beispielsweise mit:

- **Argentinien**, eine Militärdiktatur mit besonders herzlicher Zusammenarbeit mit Alt-Nazis,
- **Brasilien**, ebenfalls Militärdiktatur und Tätigkeitsfeld zahlreicher Flüchtlinge des III. Reichs
- **Persien**, zur Zeit des Schah, eine blutrünstige mittelalterliche Diktatur,
- **Südafrika**, rassistisches Regime der weißen »Herrenmenschen«.

Wer waren die geschäftsführenden »Männer der ersten Stunde am Herzstück FR 2« (so die Karlsruher Zeitung BNN im Jubeljahr 1981 über die ersten Direktoren des KFZ)? Wir finden an erster Stelle den Juristen **Dr. Rudolf Greifeld**. Die BNN resümiert:

»Dr. Greifeld hatte die administrative Geschäftsführung ... bis 1974 inne. Er kam aus dem Stuttgarter Wirtschaftsministerium. Zu seinen Leistungen zählt der Kampf um eine Vielzahl unkonventioneller Genehmigungen.«

Leider verschweigt uns die BNN andere Leistungen dieses Managers: seine Bemühungen um eine arische Kernforschung. Greifeld war Mitglied der deutschen Kommandatur im besetzten Paris gewesen. Am 3. Januar 1941 richtete er in seiner Eigenschaft als Mitglied der Pariser Militärregierung einen Brief an den damaligen Polizeibeauftragten:

»In letzter Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit.«

Er regte an, Pariser Lokalbesitzer sollten ein Schild »Eintritt für Juden verboten!« anbringen. Robert

Jungk berichtet im »Der Atomstaat«

»... eben dieser Herr hatte während seiner Tätigkeit in Karlsruhe die Anordnung gegeben - ich zitiere aus dem Schreiben seiner Kollegen - »bei Ausländern möglichst Blonde aus Schweden und keine vom Balkan einzustellen... Gemeinsam mit



Mit dem Führer durch das besetzte Paris: Das Foto aus Speer's »Erinnerungen« (Propyläen-Verlag 1969) zeigt Rudolf Greifeld (x), Mitglied der Nazi-Kommandatur auf dem Spaziergang vor dem Eiffelturm. Später sorgte Geschäftsführer Greifeld für arische Kernforschung im KFZ Karlsruhe. Das untere Foto aus der Jubiläumszeitschrift »25 Jahre Kernforschungszentrum Karlsruhe« zeigt Rudolf Greifeld bei der Einweihung der Reaktorsiedlung in Leopoldshafen



Prof. X läßt er einen weniger gefügigen Wissenschaftler von einem anderen bespitzeln und ein Notizbuch über dessen Äußerungen führen ... «

Als zweiten, für den wissenschaftlichen Bereich verantwortlichen Geschäftsführer, wurde der Heidelberger Physikprofessor und Strauß-Duzfreund **Otto Haxel** bestellt. Haxel gehörte vor Gründung des Zentrums einer merkwürdigen »Kommission zum Schutz vor atomaren, chemischen und biologischen Angriffen« (!) beim Bundesinnenministerium an. Seine Qualifikationen hatte Haxel vor 1945 erworben: er war Mitglied des »Uranvereins«, jener Gruppe von Atomwissenschaftlern, die 1933 freiwillig Selbstgleichschaltung übten (Arische Physik) und ab 1939 verschiedene Methoden der Atombombenherstellung für die Wehrmacht erforschten. Im Januar 1941 hatte Haxel im Rahmen des Atommeilerprojektes Neutronen-Einfangsquerschnitte im Uran experimentell bestimmt - wichtige Messungen für die Entscheidung ob die Bombe schneller über Uranmeiler oder Uranisotopentrennung zu erzielen sei. 1942 war Haxel Verbindungsmann zu Prof. Esau, dem Leiter des geheimen Atomvorhabens, 1943 am Bau des ersten Meilers mit Uranwürfel-Gittern beteiligt. 1944 beriet Haxel die Forschergruppe, die Möglichkeiten einer Wasserstoffbomben-Herstellung prüfte.

Otto Haxel sicherte also im KFZ die Kontinuität einer deutschen Kernforschung, von deren Auftraggebern der ehemalige KFZ-Mitarbeiter Dr. Leon Grünbaum vermutete:

"..es ist doch wohl kein Zufall, daß diese Männer sich gerade so sehr für die Atomindustrie interessiert haben. Sie müssen sich schon zu einem frühen Zeitpunkt gesagt haben, daß hier eine Schlüsselindustrie entsteht, die einmal alle anderen an Machtfülle und Einfluß überflügeln würde. Doch dann kommt vielleicht noch ein anderes Motiv dazu: der Wunsch der Deutschen, auch einmal Atombomben zu haben - oder zumindest die Verfügung über industrielle Kapazitäten, die eine Herstellung der ihnen verbotenen Waffengattung bei Bedarf ermöglichen".

Die direkte Kontrolle der Atom-Konzerne im KFZ übte der dritte Geschäftsführer, **Dr. Gerhard Ritter**, der laut BNN »schon seit 1926 leitende Positionen in der chemischen Großindustrie« innehatte. Und zwar, was die BNN uns nicht verrät, beim IG-Farben-Konzern. Ritter war, wie Winnacker, als Ex-IG-Farben-Manager über die Folgefirma Hoechst in das Atomkartell gekommen. 1960 wechselte Ritter in die Generaldirektion des Euratom-Forschungszentrums in Ispra, Italien, und wurde von **Walther Schnurr** abgelöst; als Schnurr in Pension ging, übernahm Haxel von 1970-74 die technische Geschäftsführung.

Laut BNN war W. Schnurr einer, »der ebenfalls (wie G. Ritter) die Lösung großtechnischer Probleme in der chemischen Industrie gelernt hatte«. In der Tat! Prof. Schnurr war Sprengstoff-Spezialist der IG-Farben; er brüstete sich, der 'Sprengstoff-Papst' Deutschlands zu sein. Dieser hochtalentierter Chemiker (50 Patente) flüchtete 1945 - mit 'zigtausenden anderen Nazis' - in das Argentinien des Diktators Peron. Dort wurde er Teilhaber einer Sprengstofffabrik. 1955 starb Diktator Peron, es empfahl sich die Ausreise für Schnurr. Atomminister Franz-Josef Strauß holte Schnurr (der keine Ahnung von Atomtechnik hatte) in seine Behörde, als Leiter der Abteilung Forschung/Technik/Strahlenschutz. Während die politische Landschaft in Argentinien für Schnurr unwirtlich geworden war, war in der BRD die Gefahr einer Entnazifizierung oder gar einer Bestrafung von Kriegsverbrechern längst gebannt - zahlreiche Nazis bestimmten Wirtschaft und Politik der Bonner Republik oder sprachen wieder Recht 'im Namen des Deutschen Volkes'. Die Nazi-Forscher, die in Argentinien Kernphysik betrieben und die erste Generation einheimischer Kernwissenschaftler ausgebildet hatten, kehrten ebenfalls nach Deutschland zurück.

Schnurr stößt schnell den oberen Chargen der Atom-Mafia zu: im Beirat »Wissenschaft und Technik« der Euratom-Behörde, die ab 1958 ein europäisches Atomforschungsprogramm erstellt, sitzen die deutschen Mitglieder K. Winnacker, O. Haxel, H. Holthausen, H. Reuter und Walther Schnurr. Schnurr hat keine Fachkompetenz, die ihn zu einem Kernforschungszentrum-Job qualifiziert hätte; trotzdem begründete Strauß die Berufung des Sprengstofftechnikers in die Geschäftsleitung des Karlsruher Zentrums:

»Der Schnurr war eine glückliche Kombination aus Experte und Manager.«

In den zehn Jahren seiner KFZ-Amtszeit bewies Schnurr noch eine ganz andere Fähigkeit: die zur Korruption. 1969 mußte Atomlobbyist Stoltenberg im Bundestag zugeben, daß Schnurr für ehrenamtliche Beratung für das »Deutsche Atomforum« Geld kassiert hatte. Schnurr war außerdem in der Affäre mit der doppelten Bestellung zweier teurer Kältemaschinen verwickelt, obwohl das KFZ nur Bedarf an einer hatte.

Die Umgebung von Schnurr wunderte sich, daß dieser ständig nach Argentinien reiste. Er hatte dort gute Beziehung zu Admiral Castro Madero, den Chef der argentinischen Atomkommission geknüpft und das große Kernkraftwerk-Exportvorhaben vorbereitet. Als BBC-Reporter Denselow 1981 Schnurr in der deutschen Kolonie Buenos Aires aufspürte, berichtete der Ex-Atommanager:

»Ich wollte mir in Deutschland neue Kenntnisse aneignen, um der argentinischen Wissenschaft zu helfen. Argentinien war ja meine zweite Heimat geworden ... «

Es war keine geringe Hilfe, Schnurr war der maßgebliche Promoter der Verhandlungen, die zur Errichtung eines deutschen KKWs in Argentinien führten. In diesem ersten Exportcoup der 'Atom-Mafia' wurde ein Reaktor vom Typ des Wirtz'schen Atommeilers verkauft, ein KKW der Natururan/-Schwerwasser-Linie, das Franz-Josef Strauß selbst als »von Anfang an veraltet« nannte. Dieses Modell ist teurer und unwirtschaftlicher als der weitverbreitete Leichtwasserreaktor; dafür hat es einen ganz besonderen Vorzug: es ist geeignet für die Gewinnung von Bombenplutonium - genau deswegen entwickelte Wirtz diesen Reaktortyp im III. Reich. Frank Barnaby, Leiter des Stockholmer Friedens-Instituts SIPRI über den deutschen Reaktorexport nach Argentinien:

"Man wählt diesen Reaktortyp, wenn man an den Bau von Atomwaffen denkt."

Durch die enge Zusammenarbeit - die KFZ-Experten vermittelten den Argentinern auch Kenntnisse über den Bau von 'Heißen Zellen' und anderer experimenteller Geräte der Wiederaufarbeitungstechnologie - haben beide Teile gleichermaßen Nutzen aus dem KKW-Projekt Atucha gezogen. Die Argentinier können das machen, was ihnen internationale Kontrollen erschweren würden: Plutonium-Verwertung. Mit der im Bau befindlichen Wiederaufarbeitungsanlage Ezeiza wird die argentinische Junta jährlich Plutonium für 10 Bomben herstellen können - eine Ausweitung bereits vorhandener Kapazitäten. Schon 1978 berichtete Jungk im »Atomstaat«:

»Verstärkt wurde der Verdacht, Deutschland könne vielleicht mit seiner Atomexportpolitik nicht ausschließlich kommerzielle Interessen verfolgen, durch die Tatsache, daß die deutsche Mitarbeit an einer Laboranlage zur Wiederaufarbeitung in Argentinien bis heute geheim gehalten wird. Es handelt sich dabei um die »Labex-Milli«-Anlage, die vom KFZ entwickelt worden ist. Sie kann, laut einem Bericht von Prof. Dr. Baumgärtner (Institut für Heiße Chemie im KFZ) pro Tag 1 kg Brennstoff verarbeiten. In der angesehenen amerikanischen Zeitschrift Nuclear Engineering wird ... die Jahresproduktion dieser Mini-Aufarbeitungsanlage mit 200 kg angegeben. ... Es kann angenommen werden, daß Argentinien auf diese Weise genügend Plutonium für mindestens 10 bis 30 Atombomben herstellen konnte...«

**IN DER NÄCHSTEN FOLGE:
Die verhängnisvolle Rolle der
deutschen Kernphysiker: Militärische**

**Forschung im Dritten Reich,
fragwürdiger Einsatz für das Atom-
Kartell**

Das deutsche Atom- Kartell

**Von Hitlers
Atombomben-
Projekt zum
»Schnellen
Brüter«**

Ein Bericht
von Hans Nuns

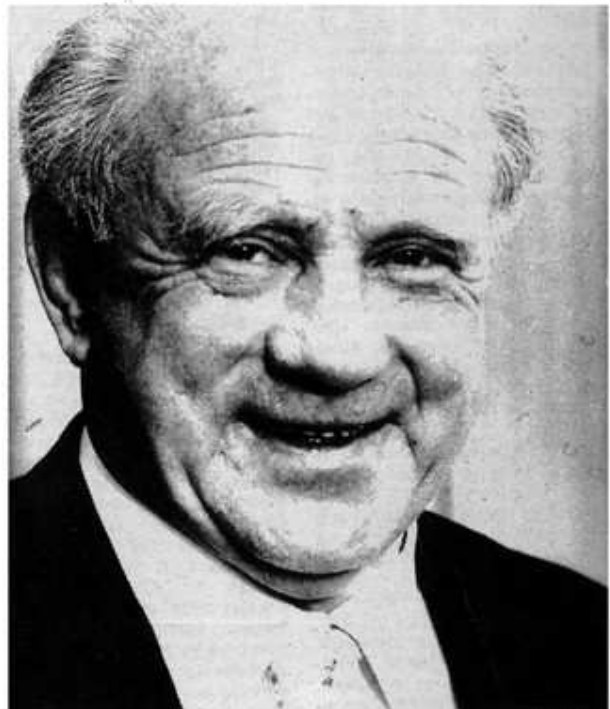


Foto: dpa

**Der fähigste Kernphysik-
Theoretiker** Deutschlands war Werner Heisenberg. Er berechnete den Uranmeiler im Atombombenprojekt des III. Reiches.

II. Folge: Die Kern-Physiker

Wir berichteten in der ersten Folge dieser Dokumentation über die deutsche Atomwirtschaft, wie Alt-Nazi Walther Schnurr in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Karlsruhe das Atomgeschäft BRD/Argentinien koordinierte. Einen erstaunlich ähnlichen (und verhängnisvollen) Ablauf zeigt die Abwicklung des Atom-Exports nach Brasilien.

Das Brasiliengeschäft

Dieses ebenfalls über das KFZ Karlsruhe ausgehandelte, 1975 vertraglich abgesicherte Mammut-Lieferungsprogramm sieht den Export von einer kompletten Atom-Industrie vor: eine Urananreicherungsanlage, 5 Kernkraftwerke vom größten Typ und eine Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Uranbrennelemente sollen geliefert werden.

Dieser Brasilien-Vertrag stellt einen Durchbruch für das deutsche Atom-Kartell dar: mit diesem als »Jahrhundertgeschäft« gefeierten KKW-Export ist es zum ersten Mal den deutschen Atomindustriellen gelungen, ihre US-Konkurrenz im großen Stil auszuschalten. Während heute die KKW-Industrie in den USA durch finanzielle Schwierigkeiten einen allgemeinen KKW-Baustop verfügt hat, blühen die Unternehmen des deutschen Kartells auf. Im Inland soll zünftig weitergebaut werden, das Auslandsgeschäft läuft.

Die politische Hilfestellung für die Einleitung des Brasilien-Geschäftes leistete die sozialliberale Regierung, die entgegen den Reformervorwartungen vieler Kritiker des deutschen Atomprogramms und KKW-Exports sich von Anfang an entschloß, dem Kurs ihrer CDU/CSU-Vorgänger in Bonn nachzueifern ... Das auf Regierungsebene geschlossene »Abkommen über wissenschaftlich-technologische und kulturelle Zusammenarbeit« zwischen Brasilien und der BRD war die entscheidende Vorstufe zur vertraglichen Festlegung des Atomgeschäfts. Dieses Abkommen wurde anlässlich des Besuches des brasilianischen Außenministers im Juni 1969 vereinbart, nachdem Stoltenberg im März in Brasilien bereits eine »Vereinbarung über friedliche Nutzung der Kernenergie« getroffen hatte.

Diese Vereinbarungen fanden statt, just kurz nachdem Staatspräsident Costa e Silva sich mit den Militärs an die Macht geputscht hatte und voll damit beschäftigt war, Brasilien in eine grausame Diktatur zu verwandeln. Während er in Bonn mit der Willy-Brandt-Regierung Atom-Vereinbarungen treffen ließ, verfügte er zu Hause die Auflösung des brasilianischen Parlaments, die Ausschaltung der politischen Parteien, Massenverhaftungen, Folterung und Liquidation von unzähligen Oppositionellen.

Eine Spur zurück zum Atombombenprojekt des III. Reiches

Die Kontakte nach Brasilien bestanden allerdings schon seit längerer Zeit. Wenn nicht schon früher, begannen sie 1953, also noch zur Zeit des alliierten Kernforschungsverbots, als Admiral Alvaro Alberto, Vorsitzender des brasilianischen Forschungsrats, nach Deutschland kam, um zwei der eifrigsten Kernphysiker des Atombombenprojekts im III.

Reich zu treffen: Paul Harteck und Wilhelm Groth. Groth, der SA- und NSDAP-Mitglied, außerdem Personal- und Pressereferent des NS-Studentenbundes gewesen war, bot sofort seinem brasilianischen Gast atomare Hilfestellung an:

»Geben sie mir nur die notwendigen Mittel, und wir werden die Prototypen entwickeln. Dann werden wir alle nach Brasilien kommen und dort die Einrichtungen schaffen ... «

Groth sprach von Anlagen zur Anreicherung von Uran, die er im III. Reich entwickelt hatte und damals nicht in Deutschland bauen durfte - wegen dem Kernforschungsverbot.

Dieses großzügige Angebot in Nuklear-Technologie kam von Top-Experten. Professor Paul Harteck und sein Assistent Dr. Wilhelm Groth hatten als einige der ersten Wissenschaftler überhaupt auf die militärische Anwendung der Atomspaltung hingewiesen. Dies geschah zwei Tage (!) nach der ersten wissenschaftlichen Veröffentlichung über die Uran-Kettenreaktion. Im April 1939 hatten sie an das Reichskriegsministerium geschrieben: die neueste Entdeckung der Kernphysik würde es wahrscheinlich ermöglichen einen Sprengstoff herzustellen, der um viele Größenordnungen stärker sei als alle konventionellen.

Die Wissenschaftler wollten mit diesem Brief die Hitler-Militärs dazu animieren, den damaligen Vorsprung der Amerikaner und Briten in der Kernphysik aufzuholen:

»... Das Land, das als erstes Gebrauch davon macht, besitzt den anderen gegenüber eine nicht einzuholende Überlegenheit«.

Der Harteck/Groth-Brief hatte weitreichende Konsequenzen. Das Schreiben wurde im NS-Kriegsministerium an Kurt Diebner, Fachmann des Heeres für Kernphysik und Sprengstoffe, weitergeleitet und dieser löste den Anfang der militärischen Atomforschung im »Tausendjährigen Reich« aus. Diebner erhielt die Leitung eines neugeschaffenen Kernforschungsreferats im Heereswaffenamt, und in Gottow bei Berlin wurde ein Laboratorium für Atomforschung auf dem riesigen Kammersdorfer Versuchsgelände für Raketengeschosse und Sprengstoffe eingerichtet.

Prof. Harteck wurde eine treibende Kraft der deutschen Atomvorhaben während der Kriegsjahre; zusammen mit W. Groth entwickelte er die Gaszentrifuge, die das für die Atombombe gebrauchte Uran 235 aus dem natürlichen Urangemisch abtrennt. Außerdem entwickelten die zwei eine andere Urantrennmethode, das Gasdiffusionstrennungsverfahren mit Uranhexafluoridgas.

Der britische Neuzeit-Historiker David Irving berichtet in »Der Traum von der deutschen

Atombombe« über die Arbeitsgruppe der Physiko-Chemiker unter P. Harteck in Hamburg als eine der eifrigsten im deutschen Atomwaffenvorhaben. Harteck hatte von Anfang an vorgeschlagen, Uran und Moderator im Atomreaktor zu trennen; Harteck hatte auch den ersten Uranmeiler aufgebaut, Anfang 1940, 2 Jahre bevor Fermi seinen Meiler in Chicago in Betrieb setzte. Weiter war es Dr. Groth, der sich ein Jahr lang mit Harteck darum bemüht hatte, das sogenannte "Diffusionsverfahren" so zu verändern, daß es für die Urantrennung zu verwenden war

Was Harteck und Groth bis Kriegsende nicht gelungen war, versuchten sie offenbar wenige Jahre später mit den Brasilianern nachzuholen. Anlässlich des Besuches des Atombeauftragten Alberto bei Harteck und Groth wurde ein Geheimvertrag abgeschlossen, der die Basis dafür abgab, daß drei brasilianische Chemiker in der BRD eine Spezialausbildung erhielten und die notwendigen Bestandteile für die »Prototypen« bei vierzehn deutschen Unternehmen bestellt wurden. Zu Hause berichtete Emissär Alberto einer Untersuchungskommission des brasilianischen Parlaments:

»Deutschland ist ein von den Siegermächten besetztes Land. Wenn es herauskommt, daß sie angereichertes Uran bestellen wollen, würde das eine internationale Krise herbeiführen.«

Es kam nicht zur Krise, sondern zur Intervention: die Amerikaner fanden rechtzeitig heraus, daß die von Groth bestellten Bestandteile in einem deutschen Hafen schon zur Verschiffung bereitlagen, und beschlagnahmten sie im allerletzten Augenblick.

Was damals nicht gelang, holte das Atomkartell 1975 nach. Das Brasilien-Exportgeschäft wurde in scharfer Konkurrenz mit den US-Atomkonzernen »errungen«, sehr zum Mißfallen der Washingtoner Regierung, die einen Teil ihres

Einflusses über die brasilianischen Militärdiktatoren schwinden sah. Besonderes Prunkstück der westdeutschen KKW-Industrie-Lieferung: eine Trenndüsenanlage zur Urananreicherung ...

Die »Stunde Null« war nicht 1955 sondern 1939



»Der dynamische Bayer«

... nannte **Atompabst**

Karl Winnacker den ersten Atomminister der BRD, Franz-Josef Strauß. Hier bei der Gründung (19.6.1956) der »Kernreaktorbau GmbH«, die den ersten deutschen Eigenbau-Reaktor bei Karlsruhe errichtete (Bild oben)

Beide Fotos aus der Jubiläumszeitschrift: »25 Jahre KFK«

Ähnlich wie die beschriebene Anreicherungs-Technologie wurden viele entscheidende Voraussetzungen für die westdeutsche Atomwirtschaft während der NS-Zeit entwickelt. Zwei dominierende Großchemie-Konzerne des im Nachkriegsdeutschland formierten Atom-Kartells verfügten um 1955 längst über beträchtliche Kenntnisse der nuklearen Technologie: die DEGUSSA AG und die IG Farben, bzw. deren Nachfolgerin HOECHST AG. Beide Konzerne hatten wichtige technische Teilaufgaben für das Atomprojekt des Heereswaffenamtes ausgeführt: die Degussa die Uranaufbereitung; die IG-Farben die Uranisotopentrennung und die Schwerwasser-Herstellung.

Die Tatsache, daß 1953 im Stillen, unter Umgehung des Forschungsverbots und unter Ausschluß der Öffentlichkeit an bereits vorhandene Erfahrungen angeknüpft wurde, wird systematisch in den Publikationen der Atomlobby vertuscht. Zu deutlich sonst wäre der Kontinuitätsfaden sichtbar, der - auch in der Atomwirtschaft - die schwarze Republik mit der braunen Diktatur verknüpft.

Die Degussa, von Anfang an eine bedeutende Firma des BRD-Atomkartells, hatte schon zum 1. Mai 1942 3,5 Tonnen reines Uranmetall aufgearbeitet und an das Heereswaffenamt und an das Leipziger Labor von Heisenberg geliefert. Mit dieser Anfangsmenge wurde der

erste größere Uranmeilerversuch (erfolglos) durchgeführt. Weitere Bauversuche folgten, die jeweils immer größere Mengen Uran für die Herstellung einer »kritischen Masse« beanspruchten. So hatte bis Ende des Krieges die Degussa in Frankfurt über 13 Tonnen Uranmetall für die Atommeiler aufgearbeitet und verfügte über entsprechendes Know-how auf diesem Gebiet. Zehn Jahre später konnte sie wieder daran anknüpfen: schon die allerersten Reaktoren in der BRD waren mit Degussaaufbereitetem Uran bestückt.

Viel umfangreicher und zukunftssträchtiger war die Teilnahme des Chemiekonzerns IG Farben am Atomprojekt des III. Reiches gewesen. Die Kontakte zu Wissenschaftlern des Projekts begannen schon sehr früh, am 8. April 1939, als der uns bereits vom Brasilien-Geschäft bekannte Hamburger Physiko-Chemiker P. Harteck, eine treibende Kraft des Uranmeilerbaus und der Uranisotopentrennung, die Leuna-Werke in Merseburg, damals bei weitem die größte Ammoniak-Anlage der Welt, aufsuchte. Diese riesige Fabrik, die voll auf Kriegsproduktion eingestellt worden war, war einer der unzähligen Chemiebetriebe, die der zum Monopolisten expandierte Chemietrust IG Farben sich einverleibt hatte. In Merseburg skizzierte Prof. Harteck dem nationalsozialistischen Forschungsdirektor des Werks, Dr. Herold, einen Plan für einen Versuchs-Uranmeiler mit Uranoxyd als nuklearen Brennstoff und fester Kohlensäure als Moderator.

Herold, dessen Konzern offenbar an den wirtschaftlichen und kriegstechnischen Aussichten der Kernenergie interessiert war, bot dem eifrigen Kernforscher einen ganzen Güterwagen Kohlensäure kostenlos für das Experiment an und schlug gleich vor, die Reaktoranlage im Leuna-Werk zu bauen. Jedoch Dr. Heinrich Bütefisch vom Vorstand der IG zog vor, die Anlage in Hamburg bauen zu lassen. Ausserdem kümmerte sich Direktor Bütefisch von nun an persönlich um alles weitere.

Zu der Zusammenarbeit auf diesem Sektor kam bald eine andere wichtige Komponente: die Urananreicherung. Am 25. September 1939, als Hitlers Blitzüberfall in Polen bereits vollzogen war, schrieb Harteck einen freundlichen Kollegenbrief an den Spezialisten Prof. O. Ruff und bat ihn um Rat, wo er eine kleine Menge Uranhexafluorid für sein Urananreicherungs experiment bekommen könne. Innerhalb von zwei Wochen hatte sich das Leverkusener IG Farben-Chemiewerk wieder freundlich angeboten: sie waren bereit, die erforderliche Menge herzustellen. Dem Werk wurden 100 g Uran bereitgestellt, die dort zu Uranfluoridgas verarbeitet wurden, während im Hamburger Labor von Harteck die Hauptteile eines Clusius-Dickeis-Trennapparats für die Urantrennung schon bereit standen. Ausserdem wurden im Leverkusener IG Farben-Werk

noch Korrosionsprüfungen durchgeführt, um ein Metall zu finden, das dem zersetzenden Uranfluoridgas widerstand.

Als nach der Unterbrechung in der Nachkriegszeit die Reaktortechnologie ab 1955 im Eiltempo vorangetrieben wurde, konnte »Atom-Papst« und ex-IG Farben-Direktor Karl Winnacker mit Genugtuung konstatieren:

"Alle technisch bedeutsamen Anreicherungsverfahren, die gegenwärtig bekannt sind, arbeiten mit dem gasförmigen Uranhexafluorid. Dieses Gas entsteht durch Umsetzung von .. usw... Dieses sogenannte Konversionsverfahren war schon während des Krieges in Leverkusen ausgearbeitet worden. Es stand also in Deutschland zur Verfügung".

Was damals aber nicht in Deutschland, sondern nur in Norwegen zur Verfügung stand, war Schweres Wasser, das von der deutschen Forschergruppe auserwählte Moderatormaterial für den Uranmeiler. Das einzige Werk auf der Welt, welches nennenswerte Mengen von Schwerwasser produzierte, war die Norsk Hydro in Norwegen, wohin im Januar 1940 Vertreter der IG Farben im Auftrag der NS-Regierung reisten. Sie sollten in der Norsk Hydro, an der die IG Farben finanziellen Anteil hatte, die Firmenleitung dazu überreden, den gesamten Vorrat von 185 kg Schwerwasser herzugeben. Die Nazi-Emissäre stellten auch weitere Großaufträge für die Produktion dieses seltenen Stoffes in Aussicht. Die mißtrauisch gewordenen Norweger lehnten jedoch ab und verschenkten ihre Vorräte an französische Kernphysiker; im Februar 1940 erhielten die Nazis die endgültige Absage der Norsk Hydro.

Doch schon drei Monate später hatten Hitlers Besatzungstruppen das erhalten, was den Verhandlern versagt wurde. Das Norsk Hydro Werk wurde unversehrt erobert, ein effektiveres Verfahren (von Harteck und Suess) für die erhöhte Schwerwasserproduktion wurde installiert. Harteck und Karl Wirtz, Schwerwasserspezialist und spätere Leitfigur der Atom-Mafia der BRD, inspizierten die nun zur Schwerwasserfabrik umgewandelte Norsk Hydro noch im Frühjahr 1940.

Heisenberg und sein »Uranverein« animieren die NS-Militärs; die IG Farben steigt ein

Nachdem die Kernphysiker des »Uranvereins« im Februar 1942 zu einer größeren Tagung im Heereswaffenamt die militärischen Oberchargen einluden, um ihnen über die Fortschritte der Kernforschung zu berichten und eine künftige »Kernwaffe« zu empfehlen, war die IG Farben noch interessierter am Atomprojekt geworden. Dr. Herold, der bei der Tagung anwesend war, wandte

sich erneut an Kernforscher Harteck und Mitarbeiter, um ihnen den Bau einer halbtechnischen Versuchsanlage für die Herstellung von Schwerwasser in Deutschland vorzuschlagen. Der Chemiekonzern errechnete einen »tragbaren« Preis von 30 Pfg. pro Gramm Schwerem Wasser.

Harteck verhandelte mit Herold die Errichtung einer größeren Schwerwasseranlage in den Leunawerken, Kostenpunkt 150.000 RM. Die IG Farben, die längst zum Schlüsselkonzern der chemischen Rüstungsproduktion geworden war, erklärte sich bereit, die gesamten Kosten dieser Anlage zu übernehmen - für den Preis einer vollständigen Einweihung in das geheime Atomprojekt. Dr. Bütetisch verlangte:

" .. das Heereswaffenamt müßte gestatten, daß ich und meine engsten Mitarbeiter an dieser Aufgabe über Grundzüge des ganzen Problems dieser Art von Energiegewinnung genauestens unterrichtet werden".

IG Farben wollte rechtzeitig genug an der Entwicklung des Kernwaffen-Supersprengstoffs beteiligt sein. Bütetischs nochmalige Forderung nach »einer genauen Kenntnis des gesamten Problems« am 30.4.42 wurde dann auch von der Nazi-Regierung entsprochen: Im Laufe des Mai '42 wurde die Firma vollständig über die Ziele des geheimen Uranvorhabens unterrichtet und die Anlage für die Schwerwasserproduktion im Leuna-Werk in Angriff genommen.

Im Jahre 1944, als die Alliierten die Schwerwasserproduktion im Hydrierwerk Norsk-Hydro im besetzten Norwegen erfolgreich sabotiert hatten, wurde die Umstellung der Produktion in das Leuna-Werk verfügt. Doch dieses Hydrierwerk der IG Farben wurde am 28. Juli '44 bei einem schweren Bombenangriff auch völlig zerstört. Unmittelbar nach der Zerstörung erörterten Harteck, Diebner und Gerlach, 3 Hauptverantwortliche des Uranmeilerprojekts, zum letzten Mal mit Bütetisch und Herold die Möglichkeiten der Schwerwasserproduktion in industriellem Maßstab. Doch die IG Farben wollte nicht mehr. Voller Erstaunen kriegte Harteck von Direktor Bütetisch zu hören, daß ein »gentleman's agreement« des deutschen Konzerns mit der alliierten Schwerindustrie bestünde, welches regelte, daß Hydrierwerke wie Leuna, (für die die alliierten Trusts so erhebliche Investitionen geleistet hatten) vor Zerstörung zu bewahren seien. Daß diese Vereinbarung nun verletzt worden sei, so vermutete richtig der aufgebrachte Bütetisch, läge daran, daß die Alliierten die Leuna-Anlage absichtlich bombardiert hätten, weil sie vom nationalsozialistischen Kernwaffenprojekt wußten und es sabotieren wollten. Die Leitung der IG Farben, die schon längst davon ausging, daß Hitler den Krieg verlieren würde, hatte bereits für die Nachkriegszeit vorgesorgt: seit 1943 lagen im Safe

des Konzerns geheime Pläne für die deutsche Wirtschaft nach Kriegsende. IG Farben beendete die Schwerwasserproduktion und sparte sich ihre atomwirtschaftlichen Projekte für die Nachkriegszeit. So blieb es dem IG Farben Nachfolgekonzern Hoechst und seinem Chef Winnacker, ex-IG Farben-Direktor, vorbehalten, das zu leisten, was Bütetisch 1944 vorläufig ad acta gelegt hatte.

Aber das weitere Schicksal von Dr. Heinrich Bütetisch soll noch kurz skizziert werden. Dieser Kriegsverbrecher wurde zusammen mit anderen Leitern des IG Farben-Rüstungskonzerns in Nürnberg vor Gericht gestellt. Die Anklage war: Planung, Vorbereitung, Führung von Angriffskriegen und Einfällen in andere Länder, Plünderung und Raub, Versklavung und Massenmord im III. Reich, Mitgliedschaft in der SS, Verschwörung... SS-Obersturmbannführer Bütetisch, Vertreter der IG im »Freundeskreis des Reichsführers SS Himmler«, war schuldig und wurde zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Frühzeitig entlassen, kam Kriegsverbrecher Bütetisch in den Aufsichtsrat der bundeseigenen Ruhrchemie AG und anderer chemischer Großunternehmen, wurde ein bedeutender Wirtschaftsexperte in Bonn. 1939 war Bütetisch von Hitler zum Wehrwirtschaftsführer ernannt worden, später erhielt er vom Führer das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz. Das zweite Verdienstkreuz erhielt er dann vom Präsidenten der BRD. In der »Woche der Brüderlichkeit« im März 1964, von der Regierung veranstaltet, um angeblich insbesondere der jüdischen Opfer der Nazi-Barbarei zu gedenken, wurde Bütetisch, der maßgeblich den Großeinsatz von Häftlingen in der IG Rüstungsproduktion als Sklavenarbeiter mitorganisiert hatte, durch Bundespräsident Lübke das Große Verdienstkreuz der BRD verliehen.

Erst nachdem ein Gutachter im Frankfurter Auschwitz-Prozeß die maßgebliche Mitschuld Bütetischs an der Ermordung vieler tausend Juden nachwies, wurde die Verleihung eine Woche später rückgängig gemacht...

Bütetischs Werdegang vom braunen Wehrwirtschaftsführer in die Leitung bundesrepublikanischer Konzerne ist ein allzu typischer Fall der Restauration von Wirtschaftsmacht und Einfluß der Großindustrie im westdeutschen Staat. Erst diese Restauration ermöglichte ab 1950 das Wiederanknüpfen an die während des Krieges schon recht entwickelte Nuklear-Technologie. So fand die »Stunde Null« der deutschen Wirtschaft nicht 1955 in Genf auf der 1. Internationalen Atomkonferenz statt - wie es Karl Winnacker in 'Das unverstandene Kernwunder' suggeriert. Das 'Wunderwerk' deutsche Kernenergie begann 1939 im Dritten Reich und hatte schon sehr früh in den Amtsstuben der Adenauer-Verwaltung und vor allem in den Chefetagen der wieder mächtigen

Großkonzerne eine heftige Wiederbelebung erfahren. Fast alles Entscheidende in der Reaktortechnologie und -theorie war während des Krieges erarbeitet worden. 1955 galt es nun auf den neuesten Stand der Reaktorentwicklung zu kommen...

Nach dem Krieg: Die Physiker des Kernwaffenprojekts kommen in Göttingen wieder zusammen

Bis zum Aufblühen der westdeutschen Atomwirtschaft in den 60ern mußte die deutsche Kernforschung erst aus der Isolation herausmanövriert werden, in die sie durch die Mitarbeit von 4/5 aller bedeutenden Kernphysiker an der Atombombenforschung für die Wehrmacht geraten war. Die Alliierten hatten beim Abhören der In England internierten Kernphysiker und durch die Analyse der nach USA beschlagnahmten Akten des deutschen Kernwaffenprojektes festgestellt, daß die Deutschen - trotz mangelnder Finanzierung durch die oberste Partei- und Staatsführung, trotz verzettelter Anstrengungen (alle mögliche Wege zur Bombe wurden erforscht und entwickelt) und innerer Streitigkeiten - kurz vor dem Durchbruch in der Uranforschung standen. Kein Wunder, dass sie zunächst alle angewandte Kernphysikforschung im besetzten Deutschland unter Verbot stellten. Aber dieses Kernforschungsverbot hinderte die 1946 aus der Internierung entlassenen Atomwissenschaftler keinesfalls daran, bald wieder zusammen Pläne für die Atom-Zukunft Deutschlands auszutüfteln. Da diese Kernphysiker sehr bald in die gestaltenden Gremien des westdeutschen Atomprogramms aufgenommen wurden, bemühte sich die Atomlobby schon recht früh um eine publizistische Ehrenrettung der Kernwaffenforscher des NS-Staates. Die Tätigkeit dieser Professoren im Hitler-Regime wurde verharmlost: Heisenberg, Wirtz & Co. werden heute in den Werbebroschüren der KKW-Propagandisten stets unter der harmlos klingenden Bezeichnung »Uranverein« geführt; glaubt man diesen Publikationen. So waren sie alle integre Wissenschaftler, die die Nazis geschickt mit einer Kernwaffen-Utopie genarrt hätten, nur um der NS-Führung Mittel für die friedlichste Kernforschung aller Zeiten abzuluchsen...

Die Nachkriegs-Forscherguppe - sie war kaum verschieden von der Mannschaft an der heimatischen Wissenschaftsfront vor 1945 - sammelte sich in Göttingen im alten Stammhaus wieder, im Kaiser-Wilhelm-Institut, welches aus kosmetischen Gründen und auf Geheiß der Alliierten in »Max-Planck-Gesellschaft« umbenannt wurde. Diese traditionsreiche Institution hatte schon während der Weimarer Republik die Wissenschaft der Wirtschaft dienstbar gemacht, bevor sie im III. Reich auf Kriegsforschung umgestellt wurde. Die auf der

ganzen Welt hochangesehene Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war 1911 von einflußreichen Großindustriellen mit einem anfänglichen Stiftungskapital von 20 Mio. Goldmark gegründet worden, um leistungsfähige Forschungsstätten im Interesse der Wirtschaftstrüsts einzurichten. Die in den nur formal juristisch 'selbständigen' K.W.-Instituten getätigte Forschung wurde von den berühmtesten Namen der deutschen Wissenschaft geleitet: Otto Hahn, Lise Meitner, Fritz Haber, Werner Heisenberg; Carl Bosch, leitender Mann im Vorstand des Chemie- und Rüstungs-Imperiums IG Farben (damals der weltgrößte Chemie-Trust) war zu dieser Zeit Präsident des KWI.

Nach 1945 wurde im KWI-Nachfolgehaus »Max-Planck-Institut« angeblich nur an den "wissenschaftlichen Grundlagen" der Kernphysik wieder angeknüpft – behauptete Atom-Papst Karl Winnacker in seinem Buch »Schicksalsfrage Kernenergie«. Merkwürdigerweise, als 1954 die von ihm gegründete Physikalische Studiengesellschaft die Errichtung eines Kernreaktors 'eigener Konstruktion und eigener Fertigung' plant, kann sie sich schon stützen auf »Vorarbeiten, die Karl Wirtz im Göttinger Institut von Heisenberg ausgeführt hatte« - (so berichtet Karl Winnacker an einer anderen Stelle...).

Im Göttinger MPI hatten Vertreter der Großindustrie bereits die Weichen gestellt für eine Weiterführung der durch die Kapitulation unterbrochenen Kernforschung. Ganz ähnlich wie vor dem Krieg saßen in den Kontrollgremien der Max-Planck-Gesellschaften die neuen Vertreter jener Konzerne, die das ehemalige KWI trugen. Nur die Förderung war jetzt anders geregelt, die MPI-Institute wurden hauptsächlich vom Staat finanziert. Bestimmt haben aber Herren wie z.B. der Düsseldorfer Bankier Wilhelm Böttskes: er war Vize-Präsident der Max-Planck-Gesellschaft und gleichzeitig Vorsitzender der Gründung der »Physikalischen Studiengesellschaft«, die uns gleich beschäftigen wird. Und Karl Winnacker, Vorstands-Vorsitzender der Hoechst AG, war Mitglied des Senats der Max-Planck-Gesellschaft.

Südafrika – Zusammenarbeit mit dem 'Apartheid-Regime'

Nur Dank der Aufklärungsarbeit des »African National Congress« konnte die weitgehend geheimgehaltene Zusammenarbeit Bonn/Pretoria auf dem Rüstungssektor, und da besonders auf nuklearem Gebiet, aufgedeckt werden. Der ANC, die Organisation des schwarzen Widerstandes gegen das Apartheid-Regime, enthüllte Dokumente, die eine nukleare Verschwörung BRD / Südafrika belegen und auf einen Schlag unzählige Dementis und Fehlinformationen der Bonner Regierung widerlegten. Die Briefe und Memoranden zwischen den Rassisten Südafri-

kas, Bundeswehr-Generälen, Bonner Spitzenpolitikern, deutschen Konzernmanagern und Kernforschern aus dem Karlsruher Zentrum, die der ANC veröffentlichte, entlarven eine jahrelange, geheime Kollaboration. Dieser Austausch brachte bis jetzt den Rassisten am Kap eine Großanlage für Urananreicherung, dem deutschen Atomkartell 40% des momentanen Uran-Jahresbedarfs, der in den besetzten Minen Namibias geschürft wird.

Die Urananreicherungsanlage, seit 1975 in Betrieb, hat höchstwahrscheinlich den südafrikanischen Militärs bereits zur Atombombe verholfen. Sagte doch schon Premier Forster im Jahr 1976:

"...wir können Uran anreichern ... und wir haben den Nichtverbreitungsvertrag für Kernwaffen nicht unterzeichnet".

Wie auch im Falle Argentiniens und Brasiliens spielten Forscher und Manager des KFZ Karlsruhes, eine entscheidende Vermittlungsrolle in diesem Geschäft; die 1969 in Karlsruhe und Jülich eingerichteten »Internationalen Büros« haben einen wesentlichen Anteil daran, daß die wegen ihrer Rassenpolitik geächtete Regierung von Pretoria das im KFZ Karlsruhe entwickelte 'Becker'sche Trenndüsenverfahren' zur Urananreicherung vermittelt bekam.

Die nukleare Zusammenarbeit begann offiziell 1972 - die politische Verantwortung fällt hier der sozial-liberalen Regierung zu, die sich (auch in diesem Fall) am vorgeprägten CDU-Kurs hielt. Die ersten Kontakte hatten nämlich schon viel früher angefangen.

Im September 1958 kam A. Roux, Vizepräsident des für die Rüstungsforschung zuständigen CSIR und Direktor der südafrikanischen Atom-Behörde AEB (Atomic Energy Board), zum 1. Mal in die BRD und besuchte die Firma Degussa, ein Mitgliedskonzern des Atomkartells. A. Roux, eine führende Figur im deutsch/südafrikanischen Austausch, kam dann immer wieder nach Deutschland. 1963 war er im KFZ Karlsruhe, im März und September '73 erneut bei mehreren Firmen der Atomwirtschaft, im April '74, Februar und März '75 und Dezember '77 in der BRD.

1963 reiste Hermann J. Abs (Vorstandssprecher der Deutschen Bank und Aufsichtsratsmitglied mehrerer Firmen der Atomwirtschaft) zu

N. Diederichs, damals Finanzminister der Südafrikanischen Republik (SAR) und Vorsitzender der AEB. In diesem Jahr beginnt in Palabora, Südafrika, ein Schürfungsprojekt für Kupfer und Uran, unter Führung der Degussa und der Norddeutschen Raffinerie, Hamburg und mit Unterstützung eines 108 Mio. DM-Exportkredits der Bundesregierung.



Brasilianische Militärdiktatoren verhandeln 1978 mit Atommanagern des KFZ

Teil des "Jahrhundertgeschäfts" der deutschen Atomwirtschaft war die Trenndüsenanlage zur Urananreicherung (Bild oben) - ein Patent des Karlsruher Forschungszentrums.

1965 wird der erste Forschungsreaktor in Südafrika in Betrieb genommen - ein Projekt von Allis Chalmers (USA), Krupp und Hochtief (BRD). 1968 werden riesige Uranvorkommen in Rössing, Namibia, entdeckt. Die Erschließung dieser Uranerzlager wird durch die (von der Bundesregierung kontrollierten und finanzierten) Uran-Gesellschaft mit Pretoria und dem Konzern Rio Tinto Zinc, London, betrieben. Im selben Jahr unterzeichnet die deutsche Atomfirma STEAG einen Vertrag mit der AEB/-Südafrika über atomare Zusammenarbeit. Sogar auf diplomatischer Ebene wird die Zusammenarbeit sichtbar: 1969 wird Atomexperte D. B. Sole Botschafter Südafrikas in der BRD - sicherlich keine zufällige Wahl. 1970 finden wir Prof. Becker, Leiter des Instituts für Kernverfahrenstechnik in Karlsruhe, auf Reise in

die SAR. Dieser Forscher des KFZ hatte das nach ihm benannte Trenndüsenverfahren für Urananreicherung erfunden, eine Methode, die wegen des sehr hohen Energiebedarfs in Europa nicht für die »friedliche Nutzung« benutzt wird... Becker's Kollege Dr. W. L. Grant, der südafrikanische Spezialist für Anreicherung, hatte die BRD schon 1969 besucht und Wissenschaftler der Atomenergiebehörde AEB hatten '69/'70 eine Spezialausbildung in Karlsruhe durchlaufen.

Die Kontakte verlagerten sich auf höhere Chargen im Jahr 1972, als der Atom-Deal perfekt gemacht wurde. Mit dem Staatssekretär im BMWF reiste der Vorsitzende des FZK Karlsruhe nach Pretoria; vereinbart wurde der Technologie-Export des Becker-Prozesses über die staatlich kontrollierte Firma STEAG, geheimer Austausch von Wissenschaftlern und die Zusammenarbeit wissenschaftlicher Institute. Es folgten zahlreiche gegenseitige Kontakte (meistens geheim gehaltene) von denen hier nur eine Auswahl erwähnt sei.

Lambsdorff war im Feb. 1975 in der Kap-Republik; zurück in Deutschland, empfahl er am 24. April dem Bundestag die BRD-Beteiligung am Urananreicherungsvorhaben. Stoltenberg, einer der eifrigsten Verfechter der atomaren Sache, war hier auch bemüht: er reiste 1973 und 1975 nach Südafrika, beide Male besuchte er das Nuklearzentrum in Pelindaba. Franz-Josef Strauß war seit 1971 mindestens viermal in Südafrika und hatte Vertreter der AEB mehrmals in München empfangen. Im Rahmen einer breiten, von der UN sanktionierten militärisch/wirtschaftlichen Unterstützung des Apartheid-Regimes besuchten die Bundeswehr-Generäle Rall, Tretner, Kielmansegg, de Maiziere und Grüner die SAAR, der Oberbefehlshaber und weitere höhere Apartheidoffiziere besuchten die BRD. Generalmajor du Toll vom Geheimdienst kam regelmäßig zu Besuch bei Bonner Kollegen.

Bei diesen zahlreichen Kontakten handelte es sich nicht um Höflichkeitsbesuche oder diplomatische Stilübungen. Es wurden vermittelt: Waffentechnologie (Radarsysteme, Elektronik, Raketentechnik), strategische Informationen, das Knowhow für die Herstellung von Bomben-Uran. Regierung, Privatfirmen und öffentliche Institute ignorierten alle UN-Beschlüsse zur Isolierung des rassistischen SAR-Regimes und in einem Jahrzehnt avancierte die BRD zur Gruppe der wichtigsten Kollaborateure der Apartheid-Regierung. Die vielen Verbindungen genießen die aktive und ausdrückliche Unterstützung der Bundesregierung, die Besorgtheit der sozialliberalen Koalition ging so weit, die Bürgschaften für die Absicherung der Exporte in die SAR um 300% zu erhöhen.

Vermittlerin des Urananreicherungsprozesses war die Firma STEAG, die die Weltrechte für die kommerzielle Nutzung des Becker-Systems vom

KFZ Karlsruhe im Jahre 1970 erwarb. Diese Atomfirma mit Anteilen der Bundesregierung und unter deren finanzieller Kontrolle, unterzeichnete 1973 mit der UCOR-Südafrika die Sub-Lizenzierung des Becker-Verfahrens - mit Zustimmung des KFZ. Als Proteste laut wurden, wurde vom KFZ die Verantwortung für die Vergabe der Sub-Lizenz auf ihren Vorsitzenden Staatssekretär Haunschild, dann auf die Staatssekretärrunde des Wirtschafts- und Außenministeriums und des Bundeskanzleramtes und schließlich auf das Kabinett abgeschoben...

Das Kabinett in Bonn befaßte sich am 17. Oktober 1973 mit der Frage der Lizenzvergabe; Willy Brandt und das Kabinett wollten der STEAG die Vergabe der Sub-Lizenz genehmigen. Da aber die Minister Eppler und Maihofer nicht einverstanden waren, wurde die Sache um eine Woche verschoben. Die STEAG, in Furcht vor einer Ausweitung der Ablehnung, machte einen schnellen Rückzieher: sie zog den Genehmigungsantrag zurück und ließ die Opponenten im Glauben, die Sache sei vom Tisch. Nach diesem taktischen (Rück-)Zug kam es über unauffälligere Wege schließlich doch zur Unterzeichnung eines Abkommens im März 1974. Für diesen Zweck hatte der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Rohwedder empfohlen, die STEAG möge von deutscher Seite die Beteiligung weiterer Firmen in ein neues Konsortium erreichen.

Hans Nuns

Kontakt:

Dr. Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de
Beiratsmitglied NaturwissenschaftlerInnen-Initiative
für Frieden und Zukunftsfähigkeit www.natwiss.de
Initiative gegen Militärforschung an Universitäten
www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Alte Nazis in der Atomforschung

Von Helmut Lorscheid

Als "einen der Wege, auf dem die arische Rasse wieder ihre wirkliche Rolle in der Welt übernehmen kann, vor allem militärisch..." bezeichnete eine faschistische Gruppe in Brasilien den Nuklearvertrag zwischen Bonn und Brasilia. Beim ersten Anlauf zu einer engen Kooperation auf atomarem Gebiet zwischen der Bundesrepublik und Brasilien im Jahre 1953 soll der ehemalige SA-Mann und spätere Arbeitsgruppenleiter (Physikalische Chemie) in der Kernforschungsanlage Jülich (KFAJ), Dr. Wilhelm Groth, wörtlich zu dem brasilianischen Admiral Alberto gesagt haben: "Geben Sie mir nur die notwendigen Mittel und wir werden die Prototypen entwickeln. Dann werden wir nach Brasilien kommen und dort die Einrichtungen schaffen."

Geheimvertrag flog auf

Der damals geschlossene Geheimvertrag flog jedoch vorzeitig auf. Die USA beschlagnahmte die ersten Lieferungen noch eben rechtzeitig vor der Verschiffung in einem westdeutschen Hafen. Alberto erklärte später vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission seines Landes "Deutschland ist ein von den Siegermächten besetztes Land. Wenn es herauskommt, daß sie angereichertes Uran herstellen wollen, würde das eine internationale Krise herbeiführen." Doch kam es dazu werden weder beim neuerlichen Brasilien-Vertrag, noch bei der atomaren Zusammenarbeit mit Argentinien, Südafrika, Indien oder Pakistan.

Aus Karlsruhe abgeschoben

Es blieb auch einzelnen Personen wie dem Nuklear-Physiker Dr. Leon Grünbaum überlassen, als französischer Jude in der Gesellschaft für Kernforschung (GfK) seine eigenen Erfahrungen mit Alt-Nazis zu sammeln. Er konnte den ehemaligen Oberkriegsverwaltungsrat der deutschen Besatzungstruppen in Paris und späteren verwaltenden Direktor des Kernforschungszentrums antisemitischer, persönlicher Initiativen überführen. 1974 wurde Greifeld aus Karlsruhe abgeschoben und als BRD-Vertreter ins Direktionskomitee des Institutes Max von Laue-Langevin in Grenoble entsandt. Leon Grünbaum erhielt daraufhin keine Vertragsverlängerung bei der GfK und mußte das Karlsruher Zentrum verlassen. Aufgrund französischer Proteste mußte jedoch auch Dr. Greifeld bereits 1975 seinen Posten in Grenoble wieder aufgeben.

Damit war aber nur einer von vielen Alt-Nazis aus dem direkten Einflußbereich deutscher Atomforschung entfernt.

Aus einer Aufstellung des "Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie" geht hervor, daß allein in der Kernforschungsanlage Jülich neben Wilhelm Groth mindestens sieben Ex-Nazis führende Positionen innehatten. Vor 1945 betätigte sich beispielsweise das Mitglied des wissenschaftlichen Rates der KfJ, Rolf Danneel, als Scharführer in der SA-Marinestandarte 90 in Königsberg, Hans Grosse ebenfalls zeitweise Mitglied des wiss. Rates war Teilnehmer des Kapp-Putsches, Mitglied der SA und leitender Ingenieur der Junkers Werke (Luftwaffenrüstung). Robert Haul, Mitglied des Verwaltungsrates und stellvertretender Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der KfJ war NSDAP-Mitglied ab 1. März 1933 und stellte sein Wissen von 1949-56 den Südafrikanern zur Verfügung. Dort arbeitete er mit dem ehemaligen SA-Mitglied und Atomphysiker an der physikalisch-technischen Reichsanstalt,

Verleger, zusammen. Verleger war nach dem Krieg zum südafrikanischen Atomic-Energie-Board gekommen.

Über den DEGUSSA-Konzern

Überhaupt wurden die Bande zwischen den in der Bundesrepublik verbliebenen oder bald wieder hierher zurückgekehrten Nazi-Wissenschaftlern und ihren braunen Kumpanen in Südafrika und Brasilien sehr bald intensiviert. Als Verbindungsstelle für Südafrika diente bis mindestens 1958 der DEGUSSA-Konzern und später die Gesellschaft für Kernforschung. Dort entwickelte Professor Erwin Willy Becker das Trenndüsenverfahren zur Urananreicherung, welches später über die staatlich kontrollierte STEAG Essen nach Südafrika und Brasilien gelangen sollte. Die Waffentauglichkeit seiner Erfindung wurde von ihm noch in diesem Monat in Brasilia bestätigt. Becker war bereits 1941 mit Forschungen im Bereich der Isotopenanreicherung in München beschäftigt.

Auch in der Euratom

Auf internationaler Ebene wurden die Geschäfte der Steinkohle- und Elektrizitätsgesellschaft (STEAG) und DEGUSSA durch den Generaldirektor für Wirtschaft in der Euratom, Hans Michaelis gedeckt. Jener war Mitglied der SA, SS und der NS-Studentenorganisation.

Eine wichtige Rolle in der Atomforschung bekleidete auch der ehemalige Chef des Kriegsverbrecherkonzerns IG Farben, Dr. Karl Winnacker, über lange Jahre hin. Nach 1945 wurde er Direktor des IG-Farben-Nachfolgekonzerns Hoechst. 1969 Mitglied des "Supervisions Council" der Hoechst sowie entsprechender Räte bei Degussa, Demag und der Dechema. Winnacker widmete sich fortan gänzlich der Atomkraft.

Im Bundestag wurde durch Minister Leussink eine Arbeit Winnackers zum Atomsperrvertrag als Diskussionsbasis eingebracht. Am 28. November 1969 unterzeichnete die Bundesrepublik den Atomsperrvertrag allerdings mit den von Karl Winnacker ausgearbeiteten Einschränkungen. Eine der wichtigsten Einschränkungen untersagt der Bundesrepublik lediglich die Herstellung von Atomwaffen auf dem eigenen Territorium.

Als Kriegsverbrecher verurteilt

Eine ebenfalls wichtige Rolle in der deutschen Atomgeschichte nimmt der ehemalige SS-Obersturmbannführer in Leiden (Holland) und spätere wissenschaftliche Direktor der Kernforschungsanlage Jülich, Dr. Alfred Boettcher, ein. Proteste in den Niederlanden machten es notwendig, den dort verurteilten Kriegsverbrecher 1966 aus Jülich abziehen. Andere wichtige Aufgaben erwarteten ihn. 1969 wurde Alfred Boettcher Koordinator des Rahmenabkommens über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit und organisierte speziell die Fachkräfte für diesen Vertrag mit Brasilien, welcher am 9. Juni 1969 von Außenminister Willy Brandt unterzeichnet worden war. 1970 organisierte Boettcher Sommerkurse für Atomwissenschaftler in Brasilien sowie wissenschaftlichen Austausch mit Südafrika.

Wie Boettcher ist auch der ehemalige bei der IG-Farben mit der Herstellung von Giftgas befaßte Chemiker Dr. Walter Schnurr in Brasilien tätig. Gegen die Beteiligung der letztgenannten Ex-Nazis am Brasilien-Geschäft richtete sich in den vergangenen Wochen weltweiter Protest.



FAZ 26.11.75

Ärgernis am ILL in Grenoble

Vermeidbare Blamage

350 französische Wissenschaftler fordern die Abberufung von R. Greifeld

Das Ärgernis, dem sich das BMPT mit der Forderung von 350 französischen Physikern nach der Enthebung Greifelds — früher Geschäftsführer am Kernforschungszentrum Karlsruhe — von seiner hohen Funktion am Laue-Langevin-Institut in Grenoble jetzt ausgesetzt sieht, hätte es sich ersparen können. Es bleibt unbestreitbar, wieso das Bundesforschungsministerium 1974 der Berufung Greifelds als Mitglied des Lenkungsausschusses und als Berater des ILL überhaupt zustimmen konnte. Der parlamentarische Staatssekretär D. Volker Hauff war schon 1973 schriftlich und mündlich über die bestehenden Verdachtsmomente unterrichtet worden. Wenn damals die inzwischen bekanntgewordenen konkreten Details und Dokumente auch noch nicht vorgelegen hatten, so waren die Hauff unterbreiteten Indizien doch der Art, daß die Ernennung Greifelds dem Ministerium unter diesen Umständen als politisch untragbar hätte erscheinen müssen. Immerhin hat Hauff diese Informationen — neben anderen Beschwerden über die unzutrefflichen Zustände im Kernforschungszentrum Karlsruhe — auf einer Veranstaltung dort am 23. November 1973 öffentlich als falsche Behauptungen hingestellt, wobei er mit der Nennung der Namen der Beschwerdeführenden zugleich das Vertrauen brach, auf das diese von ihm als Bundestagsabgeordneten auch rechtlich begründeten Anspruch hatten.

Unverständlich bleibt die Ernennung auch deshalb, weil Greifeld, wie bekannt, für das Milieu-Management im Personal- und Forschungsbereich des Kernforschungszentrums Karlsruhe wesentlich verantwortlich ist. Es hat entscheidend zu dessen — noch heute darauf lastenden — Ineffizienz beigetragen. Dieses Milieu-Management ist unter anderem schon 1969 von dem damaligen Abgeordneten Karl Moersch vor dem Bundestag (Sitzungen vom 31.3. und 8.5.1969) und vom Bundesrechnungshof (Bundestagsdrucksache VI 2897 vom 16.9.1971) und immer wieder in der F.A.Z. kritisiert worden. — Greifeld, der Jurist ist, wurde 1974 für seine Verdienste um den Aufbau des Kernforschungszentrums Karlsruhe mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

(S. 8)

Die sofortige Enthebung Dr. R. Greifelds von seinem Amt als Mitglied des Lenkungsausschusses des Max von Laue — Paul Langevin-Instituts (ILL) in Grenoble fordern 350 französische Festkörperphysiker in einem Brief vom 17. November an den Generaldirektor des Instituts, Professor R. Mössbauer, und an seine beiden Mitdirektoren, den Franzosen Professor Dreyfus und den Engländer Professor Winter. Greifeld werden antijüdische Aktivitäten während der Besetzung in Paris vorgeworfen. Die gleiche Forderung wurde von wissenschaftlichen Mitarbeitern des ILL und seitens der Gewerkschaften von Grenoble erhoben.

Das Max von Laue — Paul Langevin-Institut in Grenoble war 1967 als gemeinschaftliches deutsch-französisches Forschungszentrum für nukleare Festkörperphysik gegründet worden. Seit 1974 beteiligt sich auch England daran. Der wichtigste Teil des mit rund 200 Millionen DM Aufwand errichteten Forschungszentrums ist der Kernreaktor für extrem hohen Neutronenfluß, womit Festkörpermaterialelemente bestrahlt werden. Maßgebliches Organ des ILL ist der Lenkungsausschuß, das Comité de Direction. Erster Generaldirektor war bis 1971 Professor Heinz Maier-

Leibnitz, seitdem Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Träger des ILL ist eine deutsch-französisch-englische Gesellschaft nach französischem, bürgerlichem Recht. Die Baukosten und die Betriebskosten wurden ursprünglich von der Bundesrepublik und Frankreich je zu 50 Prozent getragen. Seit dem Beitritt Englands trägt jedes Land ein Drittel der Betriebskosten. Deutscher Gesellschafter ist die Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe (Kernforschungszentrum), über die auch die deutschen Gelder (1973 = 13,5 Millionen DM) laufen.

Greifeld war bis 1973 Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Karlsruhe gewesen. Während des Krieges hatte er bis 1941 der Militärverwaltung in Paris angehört, die bis dahin für Judenfragen in Frankreich zuständig gewesen war. Der Vorwurf antijüdischer Aktivitäten Greifelds — darunter die Sperrung von Nachtlokalen in Paris für Juden — wird von der Liga gegen Rassismus und Antisemitismus erhoben. Dokumente zur Belegung dieser Vorwürfe sind auch dem Schreiben an den Generaldirektor des ILL beigelegt.

K. H.

Stz 8.12.75

Greifeld verzichtet

Von unserer Karlsruher Redaktion

do. KARLSRUHE. Dr. Rudolf Greifeld, bis vor zwei Jahren Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Karlsruhe, hat auf sein Amt als Mitglied des Lenkungsausschusses des von Frankreich, der Bundesrepublik und Großbritannien gemeinsam getragenen Max-von-Laue/Paul-Langevin-Instituts in Grenoble (ILL) verzichtet. Greifeld hat seinen Entschluß am Wochenende dem Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Hans Hilger Haunschild, mitgeteilt. Dem Juristen Greifeld, der im nächsten Jahr den Vorsitz des Lenkungsausschusses übernehmen sollte, war von 350 französischen Wissenschaftlern vorgeworfen worden, während des zweiten Weltkrieges als Mitglied der deutschen Militärregierung in Paris eine Anordnung unterzeichnet zu haben, die Juden das Betreten öffentlicher Lokale untersagte. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Volker Hauff, hatte daraufhin mitgeteilt, Greifelds Amt ruhe so lange, bis der Vorwurf geprüft worden sei. Gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“ erklärte Greifeld, sich an die Unterzeichnung der ihm vorgehaltenen Anordnung nicht erinnern zu können. Als Verbindungsbeamter der Wehrmacht zum Präfekten von Paris sei er für Maßnahmen gegen Juden nicht zuständig gewesen. Er habe auf sein Amt freiwillig verzichtet, um das internationale Gremium in Grenoble nicht durch Erörterungen um seine Person zu belasten.

Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France

Militants de la Mémoire

F.F.D.J.F.

Association régie par la Loi de 1901

32, rue La Boétie – 75008 Paris

Président : Me Serge Klarsfeld

Téléphone : 01 45 61 18 78 - 01 45 62 41 71 - Fax 01 45 63 95 58 E-Mail : Klarsfeld.ffdjf@wanadoo.fr

28. Mai 2006

Herrn
Dietrich Schulze
VVN
Fax : 00 49 721 38 54 03

Hierher Herr Schulze,

Legen Ihnen Artikel aus "Tribune Juive" über Rudolf Greinfeld bei.
Wie Sie ersehen können, es war nicht nur Greinfeld, der wieder einen hohen
Posten nach dem Krieg gefunden hatte, sondern auch Dr. Waldemar Ernst,
Hauptgeschäftsführer der Schwäbischen Hüttenwerke..

mit freundlichen Grüßen

Bei Mt

Ernst war Leiter des Polizeireferats des Militärbefehlhabers in Frankreich,
verantwortlich für zahlreiche Polizeimassnahmen gegen die Juden und Festnahme
der ersten tausend französischen Juden 1941

Monde

Le très zélé Dr. Rudolf Greinfeld

Le "patron" de la Recherche nucléaire d'Allemagne Fédérale ne s'est guère repenti des activités nazies qu'il exerçait pendant la guerre. A Paris.

L'hebdomadaire "Der Stern" et "Le Spiegel" ont révélé dernièrement la candale de la collusion entre l'Allemagne Fédérale et l'Afrique du Sud de l'Apartheid dans le domaine nucléaire. En réponse aux très vives attaques dont il fut l'objet, le gouvernement de l'Allemagne Fédérale (voir notre article sur l'"Aigle Impérial de Bonn"), prétend qu'il s'agissait là de contrats de Centres d'études nucléaires qui sont des affaires privées...

Assez curieusement on a peu parlé de ces centres de recherches. En vérité, il n'en existe qu'un seul. Il se trouve à Karlsruhe. Son "patron" est le Dr. Rudolf Greinfeld, qui n'a jamais caché les excellents rapports qu'il

entretenait avec l'Afrique du Sud et qui, pour autant qu'on le sache, est également responsable de la vente de réacteurs atomiques à un autre pays dont le régime n'est pas particulièrement pointilleux sur le plan de la morale : le Brésil.

Apparemment, le Dr. Rudolf Greinfeld, qui a toute la confiance du gouvernement allemand, est un homme discret. L'ennui est que sa discrétion connaît des éclipses. Surtout quand il a dû...

C'est ainsi qu'un groupe de savants du Centre de Recherches nucléaires de Karlsruhe a été amené à écrire le 15 janvier 1973, au Dr Volker Hauff, secrétaire d'Etat fédéral à la Recherche Scientifique. Dans cette lettre, les savants faisaient état de confidences de cocktail par l'honorable Dr Rudolf Greinfeld quelque peu émêché. "C'est moi - avait dit en substance le directeur général - qui ait organisé la visite du Führer, à Paris en 1940. Le Führer

est d'ailleurs un type très bon. Les Juifs recommencent les mêmes erreurs que jadis..."

Y a-t-il vraiment compatibilité entre les fonctions scientifiques du Dr Greinfeld, son sombre passé, les certitudes qui sont restées les siennes, sur le Führer et sur les Juifs et ses énormes responsabilités dans le domaine nucléaire, et les rapports entretenus par le Dr Greinfeld avec des Etats aussi peu respectueux du droit des gens que l'Afrique du Sud et le Brésil ? A cette question, le secrétaire d'Etat de Bonn n'a pas jugé utile de répondre.

Le Dr Léon Grunbaum, un jeune savant français s'intéressa alors de près aux années de guerre du Dr Greinfeld. Le Dr Grunbaum prétend, entre autres, que si son contrat n'a pas été renouvelé en 1973 par son employeur, le Centre d'études nucléaires de Karlsruhe, c'est en raison des sentiments antisémites du PDG, le Dr Rudolf Greinfeld.

L'ami de M. Greinfeld

Sur ces entrefaits, le hasard voulut que le directeur des Ateliers de Badewürttemberg, le Dr. Waldemar Ernst rencontre un chercheur du Centre de Karlsruhe. "Mais je connais bien votre directeur, le Dr Greinfeld, lui dit-il. Rappelez-moi à son bon souvenir, nous avons travaillé ensemble pendant la guerre au Commandement Militaire. A Paris".

Les recherches que le Dr Grunbaum entreprend aussitôt avec la collaboration de Serge et de Beate Klarsfeld, permettent alors de dévoiler la personnalité du ... Dr Ernst.

C'est lui qui fait arrêter, le 12 décembre 1941, un millier de Juifs français, principalement des "personnalités" et des intellectuels. Ils furent internés à Compiègne dans des conditions effroyables, relatées par le professeur Georges Wellers dans "L'Etoile jaune à l'heure de Vichy", et par Jean-Jacques Bernard dans "Le camp de la mort lente". La plupart de ces malheureux (558) auxquels, on avait adjoint 554 autres Juifs de Drancy, furent déportés le 27 mars 1942. Les survivants du convoi se comptent sur les doigts d'une seule main...



A gauche, un portrait du Dr. Greinfeld à l'occasion des cérémonies marquant son 60e anniversaire. Ci-dessous, le Dr. Greinfeld en compagnie du Dr. Alberts, Vice-Président de la Commission à l'Energie Atomique d'Afrique du Sud. - (Documents du Kernforschungszentrum, Karlsruhe).

30.5.1972

Dr. J. F. Tschernilin (rechts), stellvertretender Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA), Wien.



Le Dr Grunbaum demanda aussitôt l'ouverture d'une enquête judiciaire sur M. Ernst. Dans une lettre au Ministre allemand de la Recherche Scientifique à Bonn, M. Mathöfer, il rappela par ailleurs ses démêlés avec le Dr Greifeld et fit remarquer le caractère fort suspect des relations de guerre et parisiennes du Directeur du Centre Nucléaire de Karlsruhe. Comme le Secrétaire d'Etat, le ministre ne donna aucune suite au courrier.

Juden Verboten

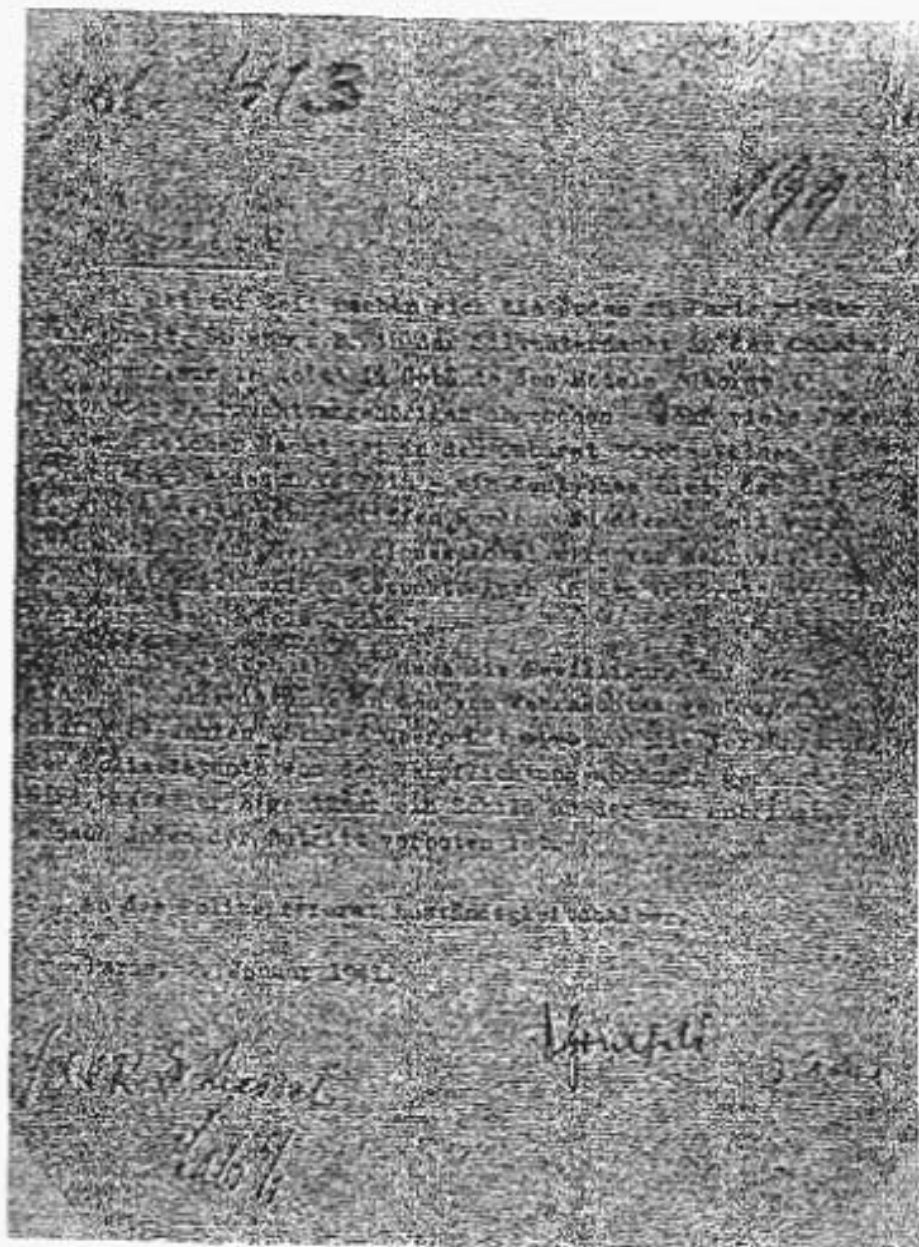
On en était là quand les recherches de Serge et Beate Klarsfeld dans les archives allemandes ont conduit, au début de cette semaine, à la découverte d'un premier document qui met gravement en cause le Dr Rudolf Greifeld : Le 2 janvier 1941, c'est-à-dire tout au début de l'occupation allemande, une circulaire anti-juive est signée par un certain Greifeld. A la lecture de ce document, le signataire apparaît comme l'un de ces personnages douteux qui, à force de zèle, veulent prouver leur attachement à la cause de leurs maîtres. Greifeld, occupant de Paris en janvier 1941, "demande" (ce qui prouve l'autorité attachée à sa personnalité ou à ses fonctions) "une prolongation du couvre-feu" dans Paris et "contraint" les propriétaires de "cabarets" "à suspendre une enseigne à leur porte d'entrée, interdisant aux Juifs l'accès du local".

Lundi dernier, Mme Bermann-Laufer, expert graphologue auprès la Cour d'Appel de Paris, a authentifié la signature du Dr Greifeld. C'est bien la même plume qui a signé la lettre de 1972 et le document du 2 janvier 1941.

Et demain ?

Voilà quel fut le passé du Dr Rudolf Greifeld, grand patron du Centre de Recherches Nucléaires de Karlsruhe, homme de confiance du gouvernement allemand, vendeur de centrales nucléaires aux pays fascistes. De ce passé, on l'a vu, Herr Doktor Greifeld, n'éprouve aucun remord.

Les recherches, dans les archives laissées par les forces d'occupation allemandes continuent. Quels que soient leurs résultats, demain, il semble d'ores et déjà inadmissible que le Dr Greifeld puisse continuer à exercer les moindres responsabilités dans le domaine nucléaire, et qui plus est dans une Allemagne liée par des actes très précis sur son réarmement.



1) CIRCULAIRE.

LES DERNIERS TEMPS LES JUIFS SORTENT TROP FREQUEMMENT DANS PARIS. PAR EXEMPLE ON A RENCONTRE DURANT LE NOUVEL AN BEAUCOUP DE JUIFS DANS LE CABARET "LE BOEUF SUR LE TOIT", A L'HOTEL "GEORGE V", LIEUX SOUVENT FREQUENTES PAR L'ARMEE ALLEMANDE. D'APRES LES TEMOIGNAGES DU OKVJ FEIN, ON AURAIT MEME SIFFLE, CETTE NUIT-LA AU CABARET "TROIS VALSES" PENDANT QUE L'ORCHES-TRE JOUAIT UNE CHANSON ALLEMANDE. CET ENDROIT EST PARTICULIEREMENT BIEN FREQUENTE PAR DES MEMBRES DE L'ARMEE ALLEMANDE. DANS LE CABARET "CARRIERE" SE TROUVENT EGALEMENT BEAUCOUP DE JUIFS.

POUR CETTE RAISON, JE DEMANDE UN CONTROLE POLICIER PLUS INTENSE DANS LES LOCAUX FREQUENTES PAR L'ARMEE ALLEMANDE, AINSI QU'UNE PROLONGATION DU COUVRE-FEU : LES PROPRIETAIRES SERONT CONTRAINTS DE SUSPENDRE UNE ENSEIGNE A LEUR PORTE D'ENTREE, INTERDISANT AUX JUIFS L'ACCES DU LOCAL.

2) CIRCULAIRE A TRANSMETTRE A LA DIRECTION DE LA POLICE

PARIS, LE 2 JANVIER 1941

Signé : GREIFELD

Date contresignée : 3.1.41.

Der äußerst diensteifrige Dr. Rudolf Greifeld

Der „Patron“ der Atomforschung der Bundesrepublik Deutschland empfindet wenig Reue über seine Nazi-Aktivitäten, die er während des Krieges verübte – in Paris.

Die Wochenblätter „Der Stern“ und „Der Spiegel“ haben kürzlich den Skandal über die geheime atomare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Apartheid-Regime in Südafrika aufgedeckt. Auf die heftigen Angriffe, die daraufhin folgten, reagierte die deutsche Bundesregierung (siehe unseren Artikel „Der imperiale Adler von Bonn“) mit der Behauptung, dabei handele es sich um Verträge zwischen Kernforschungszentren, die Privatangelegenheit seien...

In der Öffentlichkeit wurde merkwürdigerweise sehr wenig über diese Forschungszentren gesprochen. Tatsächlich gibt es auch nur ein einziges. Es befindet sich in Karlsruhe. Dessen „Patron“ ist Dr. Rudolf Greifeld, der aus seinen ausgezeichneten Beziehungen zu Südafrika niemals einen Hehl gemacht hat und für den Verkauf von Atomreaktoren an ein Land verantwortlich ist, das in moralischer Hinsicht nicht besonders empfindlich ist: Brasilien.

Anscheinend ist Dr. Rudolf Greifeld, der das volle Vertrauen der deutschen Bundesregierung genießt, ein diskreter Mann. Leider versagt seine Diskretion hin und wieder. Besonders unter Alkoholeinfluss...

Dies führte dazu, dass eine Gruppe von Wissenschaftlern aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe sich genötigt sah, am 15. Januar 1973 an Dr. Volker Hauff, den bundesrepublikanischen Forschungsminister, einen Brief zu schreiben. Darin informierten sie ihn über die Geständnisse, die der ehrenwerte Dr. Rudolf Greifeld etwas angetrunken beim Cocktail abgelegt hatte. „Ich habe“ – so hatte der Generaldirektor im Wesentlichen gesagt – „den Besuch des Führers 1940 in Paris organisiert. Der Führer war übrigens ein sehr offener Mensch, und die Juden benehmen sich wieder so wie früher...“

Sind die wissenschaftlichen Funktionen von Dr. Greifeld tatsächlich vereinbar mit seiner dunklen Vergangenheit, mit seinen unverändert gebliebenen Ansichten über den Führer und über die Juden? Ist seine große Verantwortung im atomaren Bereich vereinbar mit den Beziehungen, die Dr. Greifeld zu Staaten pflegt, die die Menschenrechte so wenig achten wie Südafrika und Brasilien?

Diese Fragen zu beantworten, erachtete der Bonner Minister nicht für nötig.

Ein junger französischer Wissenschaftler, Dr. Léon Gruenbaum, interessierte sich nun näher für die Kriegsjahre von Dr. Greifeld. Dr. Grünbaum behauptet unter anderem, sein Arbeitsvertrag sei 1973 von seinem Arbeitgeber, dem Kernforschungszentrum Karlsruhe, wegen der antisemitischen Einstellung von dessen Geschäftsführer, Dr. Rudolf Greifeld, nicht verlängert worden.

Der Freund von Herrn Greifeld

Mittlerweile wollte es der Zufall, dass der Direktor der Schwäbischen Hüttenwerke GmbH in Aalen, Dr. Waldemar Ernst, einem Forscher aus dem Karlsruher Zentrum begegnete. „Ich kenne Ihren Direktor, Dr. Greifeld, sehr gut“, erklärte er diesem. „Übermitteln

Sie ihm meine besten Grüße, wir haben während des Krieges in Paris in der Militärverwaltung zusammengearbeitet.“

Die Nachforschungen, die Dr. Gruenbaum zusammen mit Serge und Beate Klarsfeld daraufhin anstellte, ermöglichten es, die Identität von Dr. Ernst zu enthüllen.

Er war es nämlich, der am 12. Dezember 1941 die Verhaftung von tausend französischen Juden veranlasst hatte, hauptsächlich bekannte Persönlichkeiten und Intellektuelle. Sie wurden in Compiègne unter entsetzlichen Bedingungen interniert, die Georges Wellers in „Gelber Stern in der Vichy-Zeit“ und Jean-Jacques Bernard in „Das Lager des langsamen Todes“ im Einzelnen beschrieben haben. Die meisten (558) dieser Unglücklichen, denen man weitere 554 Juden aus Drancy beigesellte, wurden am 21. März 1942 deportiert. Die Überlebenden dieses Transports kann man an den Fingern einer einzigen Hand abzählen...

Dr. Gruenbaum verlangte, auch über Herrn Ernst juristische Nachforschungen einzuleiten. In einem Schreiben an Herrn Matthöfer, deutscher Minister für Wissenschaft und Forschung in Bonn, erinnerte er gleichzeitig an seinen Streit mit Dr. Greifeld und wies auf die äußerst verdächtigen Pariser Kriegskontakte des Direktors des Kernforschungszentrums hin. Der Minister setzte, ebenso wie der Staatssekretär, den Briefwechsel nicht fort.

Juden verboten

In dieser Situation führten die Nachforschungen von Serge und Beate Klarsfeld in den deutschen Archiven am Anfang der Woche zur Entdeckung eines ersten Dokuments, das Dr. Rudolf Greifeld völlig fragwürdig erscheinen lässt. Am 2. Januar 1941, das heißt zu Beginn der deutschen Besatzung, war von einem gewissen Greifeld eine antijüdische Anweisung unterschrieben worden. Beim Lesen dieses Dokuments erscheint der Unterzeichner als einer jener zweifelhaften Personen, die von übermäßigem Eifer getrieben ihre Dienstbereitschaft für die Sache ihrer Herren beweisen wollen. Greifeld, im Januar 1941 Besatzer von Paris, „regt an“ (was die Autorität beweist, die seiner Person oder Funktion zukam), „eine Verlängerung der Verdunkelung“ in Paris und „verpflichtet“ die Eigentümer von „Kabaretts“, „an ihrer Eingangstür ein Hinweisschild aufzuhängen, dass Juden der Zutritt zum Lokal untersagt ist“.

Am letzten Montag hat Frau Bermann-Laufer, Expertin für Handschriften beim Berufungsgericht in Paris, die Unterschrift von Dr. Greifeld auf ihre Echtheit geprüft. Tatsächlich wurden der Brief von 1972 und das Dokument vom 2. Januar 1941 mit demselben Federstrich unterzeichnet.

Und morgen?

Das ist also die Vergangenheit von Dr. Rudolf Greifeld, großer Patron des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Mann des Vertrauens der deutschen Regierung, Verkäufer von Atomkraftwerken an faschistische Länder. Wegen dieser Vergangenheit leidet Herr Dr. Greifeld, wie wir gesehen haben, unter keinem einzigen Gewissensbiß.

Die Nachforschungen in den von der Besatzungsmacht hinterlassenen Archiven werden weitergeführt. Welche Ergebnisse diese in der Zukunft auch immer haben werden, so erscheint es bereits jetzt als unzulässig, dass Dr. Greifeld auch nur die geringste verantwortliche Position auf atomarem Gebiet bekleidet, noch dazu in einem Deutschland, das an genau festgelegte Vorschriften hinsichtlich seiner Wiederbewaffnung gebunden ist.